

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung	
Weltwirtschaft: Moderate Aufwärtsentwicklung	1
Bundesrepublik Deutschland:	
Nur zögernde Erholung	10

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/97

Berlin

Stöglin

9. Januar 1997

64. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Moderate Aufwärtsentwicklung

Der Konjunkturverlauf in den Industrieländern war 1996 etwas stärker aufwärtsgerichtet als im Vorjahr. In Nordamerika beschleunigte sich die Expansion infolge der monetären Lockerung 1995 leicht, während in Japan die Entwicklung nach einer überaus kräftigen Ausweitung der Produktion im ersten Quartal im weiteren Jahresverlauf labil war. In Westeuropa kam es erst nach der Jahresmitte zu einer fühlbaren konjunkturellen Erholung. In Mitteleuropa setzte sich die Expansion fort und in Südostasien hielt das kräftige Wachstum, wenn auch leicht abgeschwächt, an.

In Westeuropa trug die inzwischen expansivere Geldpolitik zur Beschleunigung der konjunkturellen Entwicklung bei. Eine kraftvolle Entfaltung des Aufschwungs ist indes wegen der forcierten Konsolidierungsbemühungen im Vorfeld der Europäischen Währungsunion nicht zu erwarten. Hinzu kommt, daß von den USA ausgehend eine Zinswende auf den Kapitalmärkten wahrscheinlich ist. Auch scheinen sich die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu verstärken und lassen damit ein Potential für ausgeprägte Wechselkursänderungen entstehen.

Im Jahresdurchschnitt 1996 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt der Industrieländer insgesamt um knapp 2½ nach etwa 2 vH im Vorjahr. Der Anstieg der Verbraucherpreise fiel 1996 in den außereuropäischen Industrieländern etwas höher aus; ein Inflationsproblem ist aber nirgends zu erkennen. In Westeuropa ging der Preisanstieg von knapp 3 auf knapp 2½ vH zurück.

Stetiger Aufschwung in den USA

Der Konjunkturverlauf in den USA bewegt sich nun wieder in ruhigen Bahnen, nachdem die Überzeichnung der

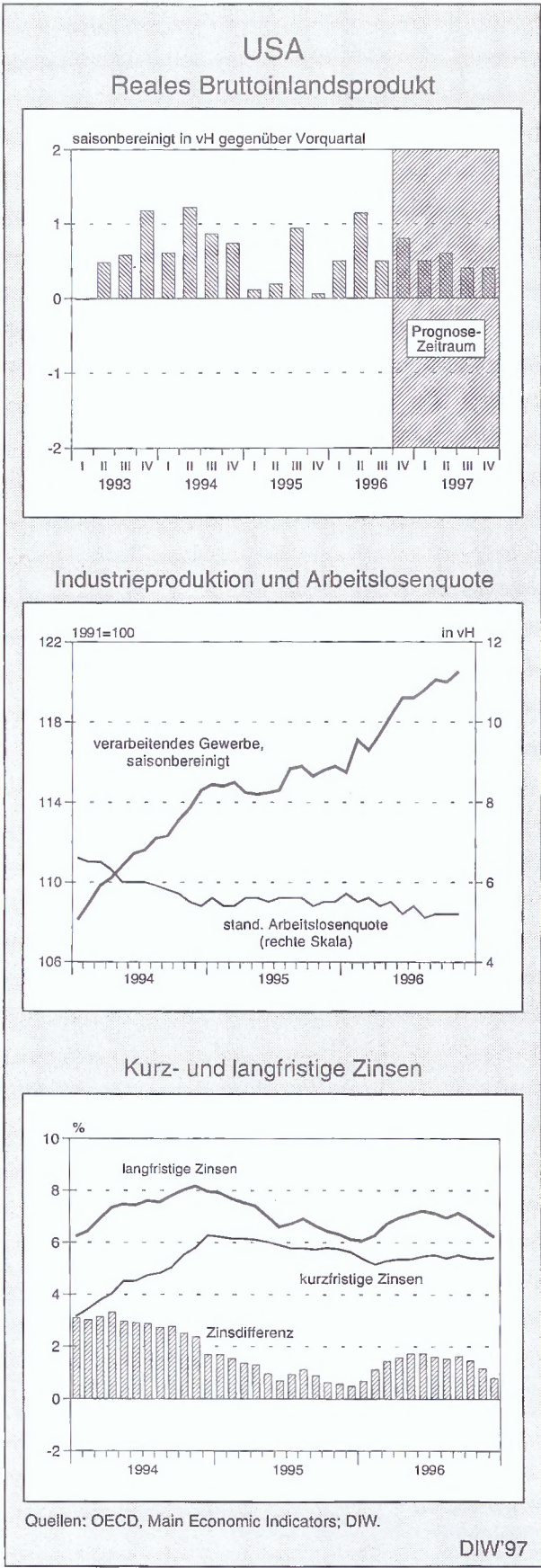
konjunkturellen Grundtendenz im Sommer 1996, die vor allem durch eine vorübergehende starke Ausweitung der Staatsausgaben zustande gekommen war, wieder abgeklungen ist (Schaubild 1).

Getragen wird der Aufschwung nach wie vor von der kräftigen Ausweitung der Investitionen. Insbesondere die Ausstattungsinvestitionen stiegen 1996 wie in den Vorjahren deutlich, und der Wohnungsbau hat sich spürbar belebt. Bemerkenswert ist, daß sich die Investitionsquote in diesem Aufschwung wesentlich stärker erhöht hat als in den achtziger Jahren. Ein wesentlicher Grund hierfür dürften die langanhaltend günstigen monetären Rahmenbedingungen sein, die den jüngsten Aufschwung mit niedrigen Zinsen initiiert und begleitet haben, während die Fiskalpolitik über weite Strecken restriktiv war. In dieser Hinsicht besteht ein Unterschied zur Aufwärtsentwicklung der achtziger Jahre, die im wesentlichen von einer expansiven Finanzpolitik ausgelöst wurde, wohingegen die Geldpolitik primär auf eine Rückführung der damals erheblich höheren Inflationsraten ausgerichtet war.

Da der Dollar gegenüber dem Frühjahr 1995 merklich an Wert gewonnen und damit die Exporte verteuert hat, expandierte die Ausfuhr insgesamt nur schwach und war zeitweilig sogar rückläufig. Darüber hinaus schlugen sich hier die immer noch verhaltene Belebung in Europa und die etwas abgeschwächte Dynamik in Südostasien nieder. Gleichzeitig nahm die Einfuhr fast unverändert kräftig zu, so daß sich der Außenbeitrag erheblich passivierte.

Das Preisklima blieb 1996 bei leicht sinkender Kapazitätsauslastung mit um etwa 3 vH steigenden Lebenshaltungskosten ruhig. Der Lohnanstieg hat sich etwas beschleunigt. Der zeitweilig überaus dynamische Beschäf-

Schaubild 1



tigungsaufbau hat sich zuletzt ein wenig abgeflacht, und die Arbeitslosenquote ist nahezu unverändert niedrig.

Die Finanzpolitik hat 1996 ihren prononcierten Konsolidierungskurs verlassen. Die Staatsausgaben wiesen in realer Rechnung im Jahresdurchschnitt geringfügige Zuwächse auf. Das Haushaltsdefizit des Bundes hat sich im Zuge des nunmehr seit 4 Jahren anhaltenden konjunkturellen Aufschwungs von 4,5 vH im Jahr 1992 auf knapp 1,5 vH vom BIP vermindert. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Konsolidierungsanstrengungen in diesem Jahr verstärkt werden, so daß wohl insgesamt die öffentlichen Ausgaben weiterhin vorsichtig ausgeweitet werden.

Die Geldpolitik hat eine abwartende Haltung eingenommen und seit Anfang 1996 die Leitzinsen nicht mehr verändert. Sollten sich allerdings auf Güter- und Arbeitsmärkten Spannungen andeuten, wird die Zentralbank nicht zögern, präventiv, d.h. noch bevor es zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs kommt, ein Signal in Richtung höhere Zinsen zu setzen. Vieles spricht dafür, daß dies bei Fortsetzung des gegenwärtigen Tempos der Lohnentwicklung in diesem Jahr der Fall sein wird. So zeigt sich bei den Lohnstückkosten bereits eine spürbare Aufwärtstendenz, die von der Notenbank als Vorläufer für eine zu erwartende Beschleunigung des Preisauftriebs interpretiert werden dürfte.

Insgesamt dürfte sich in den USA 1997 trotz der zu erwartenden Zinssteigerungen zunächst noch die gemäßigte Konjunktorentwicklung fortsetzen. Dabei werden die Investitionen weiterhin kräftig expandieren. Auch der private Verbrauch bleibt bei deutlich höheren Einkommen aufwärtsgerichtet. Anlaß zur Sorge gibt die außenwirtschaftliche Entwicklung. Angesichts des zögerlichen Aufschwungs in Europa und der leichten Abschwächung des Wachstumstempos in Japan und Südostasien sowie dem höher bewerteten Dollar besteht die Gefahr, daß sich das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der USA, das sich in den hohen Fehlbeträgen in der Leistungsbilanz zeigt, verstärkt. Damit baut sich ein Potential für zukünftige Abwertungen des Dollars auf, das auf längere Sicht die konjunkturelle Entwicklung außerhalb der USA beeinträchtigen könnte.

Labile Erholung in Japan

Die wirtschaftliche Entwicklung Japans war im vergangenen Jahr von starken Schwankungen gekennzeichnet. Im Rahmen eines öffentlichen Konjunkturprogramms stiegen die staatlichen Investitionen zu Beginn des Jahres kräftig an. Auch im weiteren Jahresverlauf gingen von der Finanzpolitik noch expansive Impulse insbesondere auf die öffentlichen und die Wohnungsbauinvestitionen aus. Hiervon profitierten vor allem die gewerblichen Anlageinvestitionen. Dennoch hat sich eine eigenständige wirtschaftliche Dynamik noch nicht eingestellt. Der private Verbrauch und die Exporte nahmen vergleichsweise bescheiden zu. Gleichzeitig dürften die Importe bei einem immer

Tabelle 1
Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1995 in vH		B I P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Verbraucherpreise ³⁾		
			Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
	BIP	deutsche Ausfuhr	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Deutschland	11,1		1,9	1,5	2,0	2,1	1,0	1,5	1,9	2,0	1,5
Frankreich	7,0	15,8	2,2	1¼	2¼	2,0	1,0	2,0	1,7	2,0	1¾
Großbritannien	5,1	10,9	2,4	2,5	3,0	1,5	2,5	3,0	3,4	2,5	3 ¼
Italien	5,0	10,2	3,0	1,0	1¼	2,3	0,0	0,5	5,2	4,0	3¼
Spanien	2,6	4,6	2,8	2,0	3,0	3,1	2,5	3,0	4,7	3,5	3,0
Niederlande	1,8	10,1	2,1	2,5	3,0	2,4	2,0	2,5	2,0	2,0	2,0
Belgien	1,2	8,8	1,9	1,5	2,5	1,5	1,5	1,0	1,5	2,0	2,0
Schweden	1,1	3,3	3,6	1,5	2,5	2,3	1,0	2,5	2,5	0,5	2,0
Österreich	1,1	7,5	1,8	1,0	2,0	2,9	1,0	1,5	2,2	2,0	2,0
Dänemark	0,8	2,6	2,8	2,0	3,0	4,6	3,0	3,5	2,1	2,0	2,5
Finnland	0,6	1,2	4,2	2,0	3,0	3,4	3,0	3,0	1,0	1,0	1,5
Griechenland	0,5	1,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,0	2,0	9,3	7,5	6,5
Portugal	0,4	1,2	1,5	2,5	2,5	1,9	2,5	2,5	4,1	2,5	3,0
Irland	0,3	0,6	10,3	6,0	5,0	5,7	5,0	3,5	2,4	1,5	2,0
EU	38,6		2,4	1,7	2,3	2,2	1,4	1,9	2,8	2,4	2,3
EU ohne Deutschland	27,5		2,6	1,7	2,4	2,3	1,5	2,1	3,2	2,6	2,6
EU ohne Deutschland ⁴⁾		77,8	2,4	1,7	2,4	2,3	1,5	2,0	2,8	2,4	2,4
Schweiz	1,4	7,1	0,1	0,0	1,0	1,9	0,0	0,5	1,8	1,0	1,0
Norwegen	0,6	1,1	3,3	4,0	3,0	3,7	3,0	3,0	2,4	1,5	2,0
Europäische Industrieländer	40,6		2,3	1,6	2,3	2,2	1,3	1,9	2,8	2,4	2,2
Europäische Industrieländer ohne Deutschland	29,5		2,5	1,7	2,4	2,3	1,5	2,0	3,1	2,5	2,5
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ⁴⁾		86,0	2,3	1,6	2,3	2,3	1,4	1,9	2,7	2,3	2,3
USA	33,3	9,8	2,0	2,5	2,5	2,0	2,5	3,0	2,8	3,0	3,5
Kanada	2,6	0,8	2,3	1,5	3,0	1,1	0,5	2,0	2,2	2,0	1,5
Japan	23,5	3,4	0,9	3¾	2,0	1,7	4,5	2,0	−0,1	0,5	1,5
Außereuropäische Industrieländer	59,4		1,6	3,0	2,3	1,8	3,2	2,6	1,6	2,0	2,6
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾		14,0	1,7	2,8	2,4	1,9	2,9	2,7	2,1	2,3	2,9
Insgesamt	100,0		1,9	2,4	2,3	2,0	2,5	2,3	2,1	2,1	2,5
Insgesamt ohne Deutschland	88,9		1,9	2,5	2,3	2,0	2,6	2,4	2,1	2,2	2,6
Insgesamt ohne Deutschland ⁴⁾		100,0	2,2	1,8	2,3	2,2	1,6	2,0	2,6	2,3	2,4

1) Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1995 (Jahresdurchschnitt). — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Für Deutschland Preisindex des privaten Verbrauchs. — 4) Gewichtet gemäß Anteilen an der deutschen Warenausfuhr 1995.

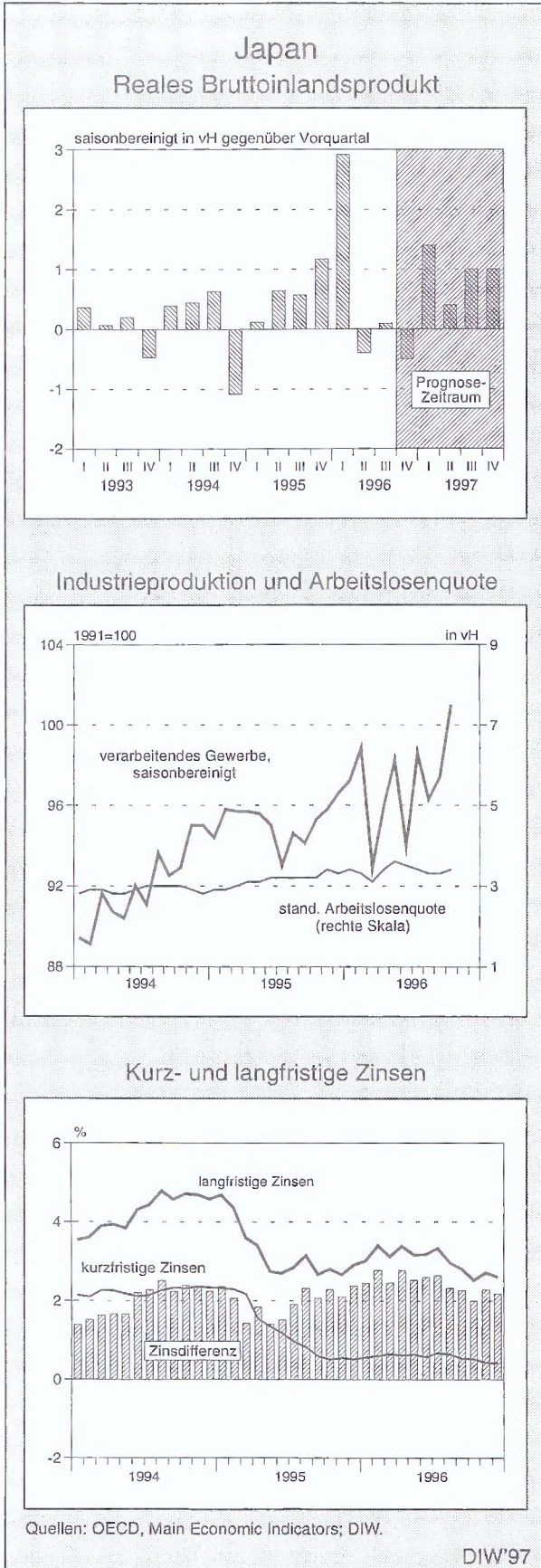
Quellen: Nationale Statistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

noch hohen Außenwert des Yen um fast 10 vH expandiert haben. Hier überlagern sich konjunkturelle und strukturelle Einflüsse, die von der weiteren Öffnung des japanischen Binnenmarktes ausgehen. Die Arbeitslosenquote stagnierte auf dem für japanische Verhältnisse hohen Niveau von fast 3,5 vH. Während sich die Verbraucherpreise stabilisierten, gingen die Erzeugerpreise bis zuletzt zurück. Angesichts der schwachen Expansion im Laufe des Jahres überzeichnet die hohe Wachstumsrate für das

reale Bruttoinlandsprodukt von voraussichtlich knapp 4 vH gegenüber dem Vorjahr die konjunkturelle Grundtendenz (Schaubild 2).

In diesem Jahr beabsichtigt die Regierung, mit einer Anhebung der Umsatzsteuersätze um 2 vH-Punkte, das Haushaltsdefizit der Gebietskörperschaften zurückzuführen; es betrug 1996 rund 7 vH vom BIP. Gleichzeitig laufen befristete Einkommensteuervergünstigungen aus. Die gegenwärtige konjunkturelle Erholung dürfte von den Ein-

Schaubild 2



schnitten auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte in diesem Jahr gedämpft werden. Die Geldpolitik wird bei zeitweise deflationärer Preisentwicklung weiterhin um niedrige Zinsen bemüht sein. Der Diskontsatz liegt nun schon seit über einem Jahr bei 0,5 %.

Es ist zu erwarten, daß die Wirkungen des zunehmend niedrigeren Yen-Kurses nunmehr an die Stelle der bisher expansiven Finanzpolitik treten. Die Exporte dürften wieder deutlich zulegen und damit die gewerbliche Investitionstätigkeit positiv beeinflussen. Dagegen ist mit geringeren öffentlichen Investitionen und einem abgeflachten Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen zu rechnen. Der private Verbrauch dürfte wegen des steuerbedingten Kaufkraftentzugs nur mäßig expandieren; hemmend wirken auch höhere Importpreise. Die Importe dürften bei der Abwertung des Yen und der mäßigen Inlandsnachfrage deutlich geringer als im Vorjahr steigen. Insgesamt dürfte die Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts bei etwa 2 vH liegen.

Fortsetzung der Expansion in Mitteleuropa, weitere Abschwächung in der GUS

Die wachsende wirtschaftliche Verflechtung der westeuropäischen Länder mit den mitteleuropäischen Staaten und der GUS rückt auch diese Länder zunehmend in den Blickpunkt. Während der wirtschaftliche Rückgang in der ersten Phase der Transformation in diesen Ländern sehr ausgeprägt war, kam es in der Folge insbesondere in Mitteleuropa zu einer kräftigen Expansion.

In Mitteleuropa hat sich das Expansionstempo etwas verringert. Vor allem in Folge der Konjunkturschwäche in Westeuropa und der realen Aufwertung der Währungen in Mitteleuropa ließen die außenwirtschaftlichen Impulse nach, die im Erholungsprozeß bis dahin eine große Rolle spielten. Andererseits konnte sich in einigen Ländern inzwischen auch die heimische Nachfrage zu einem konjunkturstützenden Faktor entwickeln. In mehreren Ländern, so in Polen und in der Tschechischen Republik, verstärkte sich damit aber auch der Importsog. Hier wie auch in anderen Ländern Mitteleuropas haben sich die Handelsbilanzdefizite vergrößert.

In den GUS-Ländern hat sich der Rückgang der Produktion fortgesetzt. Selbst im Verlauf dieses Jahres ist ein Stillstand aber wenig wahrscheinlich. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter rasch, und der Preisauftrieb hat spürbar nachgelassen. Stützend wirkte lediglich die relativ starke Auslandsnachfrage nach Rohstoffen und Energieträgern; Rußland verzeichnet inzwischen hohe Handelsbilanzüberschüsse. Nur eine grundlegende Wendung der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Geldpolitik, könnte — angesichts extrem hoher Realzinsen — die Talfahrt stoppen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt 1997 nochmals unter dem Vorjahresniveau liegen.

Die Aussichten für die mitteleuropäischen Reformländer sind für dieses und für das kommende Jahr insgesamt

Tabelle 2

Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und Dienstleistungen			Importe		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Deutschland	1,8	1,5	1,5	2,0	2,5	1,5	1,5	-0,5	1,0	5,9	4,0	5,5	6,4	2,0	4,0
Frankreich	1,8	2,5	1,5	0,9	1,5	1,5	2,7	0,5	3,0	6,0	2,0	4,5	5,4	0,5	3,5
Großbritannien	2,0	3,0	3,5	1,0	1,0	1,0	-0,1	3,5	5,0	7,2	6,0	5,0	3,9	7,0	5,5
Italien	1,7	0,5	1,0	-0,5	-0,5	-0,5	5,9	2,0	1,0	11,6	0,0	3,5	9,6	-3,0	1,5
Spanien	1,5	2,0	2,0	1,3	0,0	0,0	8,2	4,0	4,0	8,2	4,0	4,5	8,8	5,0	4,5
Niederlande	2,1	2,0	2,0	0,5	2,0	1,5	4,9	4,0	3,5	6,1	3,0	4,0	6,5	2,5	3,5
Belgien	2,0	1,5	1,0	1,0	0,0	0,5	4,0	2,5	2,5	4,0	3,0	4,0	3,5	3,0	3,0
Schweden	0,8	1,5	2,0	-1,0	-1,0	0,0	10,9	6,0	3,0	12,6	3,0	3,5	10,3	2,0	3,5
Österreich	1,9	1,0	1,5	2,1	0,5	0,5	2,3	1,0	2,0	5,0	3,0	4,0	7,1	2,5	3,0
Dänemark	2,3	2,0	2,0	0,8	1,0	1,0	10,2	3,0	4,0	3,7	2,0	3,5	8,2	4,5	4,5
Finnland	3,8	2,5	2,5	1,3	1,0	1,0	7,7	4,5	4,5	8,3	2,5	4,5	6,3	7,5	5,5
Griechenland	1,5	1,5	1,5	1,0	0,0	1,0	8,0	5,0	5,0	4,0	3,0	4,5	3,5	3,0	4,0
Portugal	2,5	2,0	2,0	1,5	2,0	1,5	4,0	3,0	4,0	5,5	2,5	3,5	5,0	2,0	3,5
Irland	3,7	6,0	3,0	3,0	2,0	1,5	10,0	8,0	5,0	17,0	10,0	10,0	12,3	10,0	10,0
EU ¹⁾	1,8	1,9	1,8	1,1	1,2	1,0	3,4	1,5	2,5	7,1	3,3	4,6	6,4	2,6	3,9
EU ohne Deutschland ¹⁾	1,9	2,0	1,9	0,7	0,7	0,8	4,4	2,5	3,2	7,5	3,1	4,4	6,4	2,8	3,8
Schweiz	0,7	0,5	0,5	-0,1	0,0	-1,0	2,3	0,5	0,5	3,0	2,0	3,5	6,6	1,7	2,5
Norwegen	2,6	3,5	2,5	0,2	1,5	2,0	4,5	7,0	5,0	3,8	6,0	4,0	5,1	4,5	4,0
Europäische Industrieländer ¹⁾	1,8	1,8	1,8	1,0	1,2	0,9	3,4	1,6	2,4	6,9	3,3	4,6	6,4	2,6	3,8
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ¹⁾	1,8	2,0	1,9	0,7	0,7	0,7	4,3	2,5	3,1	7,2	3,1	4,3	6,4	2,7	3,8
USA	2,3	2,5	2,5	-0,3	0,5	1,0	5,2	6,0	6,5	8,9	5,5	7,0	8,0	7,0	9,5
Kanada	1,4	2,0	1,5	-0,7	-1,0	0,5	-0,1	3,5	4,5	12,0	5,0	8,5	8,7	3,5	6,5
Japan	1,7	2,5	2,0	2,0	1,0	-1,5	0,9	10,0	2,5	5,0	1,5	7,0	13,5	9,5	5,0
Außereuropäische Industrieländer ¹⁾	2,0	2,5	2,3	0,3	0,5	0,3	2,8	8,0	4,4	8,1	4,1	7,2	9,6	7,2	7,9
Insgesamt ¹⁾	2,0	2,2	2,1	0,7	0,9	0,6	3,0	5,6	3,6	7,3	3,6	5,5	7,6	4,3	5,4
Insgesamt ohne Deutschland ¹⁾	2,0	2,3	2,1	0,5	0,6	0,4	3,2	6,4	4,0	7,6	3,5	5,5	7,8	4,7	5,6

¹⁾ Gewichte 1995 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1995 (Jahresdurchschnitt).

Quellen: Nationale Statistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

positiv. Die Binnennachfrage expandiert in den meisten Ländern, mit Ausnahme Bulgariens und Ungarns, verstärkt. Vor allem in Polen, Tschechien und Slowenien ist die Investitionstätigkeit anhaltend rege. Die Konjunkturbelebungs- in Westeuropa dürfte zudem den Export stützen. Mit einer Rate von etwa 4 vH im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttoinlandsprodukt 1997 in ähnlichem Tempo wie im Vorjahr zunehmen. Unbefriedigend bleibt die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Zwar hat sich der Beschäftigtenrückgang verlangsamt, jedoch bleibt nicht nur die offene ausgewiesene Arbeitslosigkeit groß. Der Preisauftrieb bildet sich weiter zurück, wenn auch teilweise kräftige Lohn-erhöhungen diesem Prozeß entgegenstehen.

Finanzpolitische Parallelpolitik hemmt Aufschwung in Westeuropa

Die wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa zeigt seit Mitte vergangenen Jahres erste Anzeichen einer konjunkturellen Beschleunigung (Schaubild 3). Damit scheint eine längere Abschwächungsphase überwunden, die im Herbst 1994 begonnen hatte. Auf die Verlangsamung der Konjunktur hat die Geldpolitik zwar reagiert, aber zu spät und zu zögerlich. Im vergangenen Jahr senkten die Zentralbanken dann allerdings die Zinsen deutlich, so daß nunmehr expansivere Impulse von der Geldpolitik ausgingen. Auch haben sich die Verwerfungen auf den Devisenmärkten weitgehend zurückgebildet.

Tabelle 3

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾					
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit											
	in Landeswährung													in SZR	
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	
Deutschland	9,4	4,0	8,0	3,1	1,5	1,5	7,3	2,5	6,0	1,1	0,0	−0,5	8,0	−0,1	
Frankreich	3,7	4,0	6,5	3,8	3,0	3,0	1,4	2,5	4,5	1,5	2,0	1,0	6,5	4,2	
Großbritannien	6,0	11,0	11,5	3,5	3,0	3,5	3,5	8,5	8,0	1,1	0,5	0,5	−1,7	1,8	
Italien	12,6	6,5	5,5	4,4	4,5	4,0	9,3	5,5	4,5	1,4	3,5	2,5	−5,3	13,1	
Spanien	11,0	7,0	9,0	5,5	5,5	4,5	8,0	4,5	6,0	2,5	3,5	1,5	3,9	6,9	
Niederlande	2,2	7,0	8,0	4,1	3,5	3,5	−0,1	4,5	5,0	1,7	1,0	0,5	8,8	1,0	
Belgien	4,1	3,5	6,5	4,0	3,5	3,5	2,2	2,0	4,0	2,1	2,0	1,0	9,4	2,0	
Schweden	21,5	2,0	10,0	5,0	4,0	4,0	17,1	0,5	7,5	1,4	2,5	1,5	3,5	13,3	
Österreich	9,3	6,5	9,0	3,8	2,5	2,5	7,3	5,5	7,0	1,9	1,5	0,5	9,0	1,4	
Dänemark	3,9	6,5	8,5	5,6	4,0	4,5	1,1	4,0	5,5	2,7	2,0	1,5	10,1	3,2	
Finnland	14,1	−0,5	6,5	6,6	4,5	3,0	9,5	−2,5	3,5	2,3	2,5	0,0	15,5	1,4	
Griechenland	14,3	10,0	9,0	10,5	7,5	7,0	12,0	8,0	6,5	8,3	5,5	5,0	7,1	5,8	
Portugal	9,7	5,5	6,5	6,0	5,5	5,0	8,1	3,0	3,5	4,4	3,0	2,5	8,2	5,2	
Irland	22,0	10,0	10,0	6,5	6,0	5,0	10,6	3,5	4,5	−3,5	0,0	0,0	−2,5	2,9	
EU ³⁾	8,8	5,9	7,8	3,9	3,0	3,0	5,6	3,8	5,6	1,5	1,5	0,7	4,9	3,7	
EU ohne Deutschland ³⁾	8,6	6,5	7,8	4,3	3,7	3,6	5,0	4,3	5,4	1,6	2,0	1,1	3,8	5,0	
Schweiz	3,1	9,0	8,5	2,4	1,0	1,0	3,0	9,0	7,5	2,3	1,0	0,0	11,7	2,2	
Norwegen	8,9	8,0	6,5	5,0	5,0	5,0	5,5	4,0	3,5	1,6	1,0	2,0	6,8	3,3	
Europäische Industrieländer ³⁾	8,6	6,1	7,8	3,9	3,0	2,9	5,5	4,0	5,6	1,5	1,4	0,7	5,2	3,7	
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ³⁾	8,3	6,7	7,8	4,2	3,6	3,5	4,9	4,5	5,5	1,6	1,9	1,1	4,2	4,8	
USA	6,6	8,5	4,0	5,3	5,0	6,0	4,5	6,0	1,5	3,2	2,5	3,5	−2,6	6,8	
Kanada	7,6	4,5	10,5	3,2	3,5	4,5	5,2	3,0	7,5	0,8	2,0	1,5	−5,3	6,7	
Japan	1,5	11,0	1,5	1,6	2,0	2,5	0,6	7,0	−0,5	0,7	−1,5	0,5	3,3	−9,9	
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	4,7	9,3	3,3	3,8	3,8	4,6	3,2	5,9	1,7	1,9	1,0	2,1	−0,9	0,7	
Insgesamt ³⁾	6,4	7,8	5,4	3,8	3,5	3,9	4,6	4,7	4,2	1,6	1,3	1,2	2,9	2,6	
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	6,1	8,3	5,1	3,9	3,7	4,2	4,2	5,1	3,9	1,7	1,5	1,5	2,0	3,1	

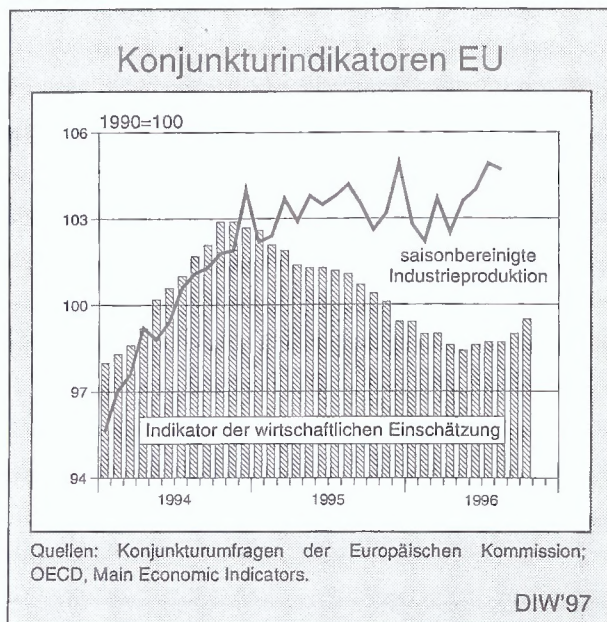
1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts. — 3) Gewichte 1995 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1995 (Jahresdurchschnitt). Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung der SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD Economic Outlook; SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationale Statistiken; Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

In Italien schwächte sich das Wirtschaftswachstum 1996 sehr stark ab. Ursache hierfür war einmal der eher restriktive Kurs der Geldpolitik; erst in jüngster Zeit deutet sich eine Abkehr von diesem Kurs an. Mindestens ebenso bedeutsam war der drastische Konsolidierungskurs der Finanzpolitik, um den Referenzwerten des Maastricht-Vertrages Genüge zu tun (Schaubild 4).

Eine Prognose für 1997 hat die insgesamt restriktiven Wirkungen der Wirtschaftspolitik in Rechnung zu stellen. Vor allem wird die Konsolidierungspolitik die Binnennachfrage treffen. Indes ist das weltwirtschaftliche Umfeld, insbesondere in Europa, wieder günstiger, und eine Lira-aufwertung ist nicht zu erwarten. Italien hat erhebliche Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation und den Reformen

Schaubild 3

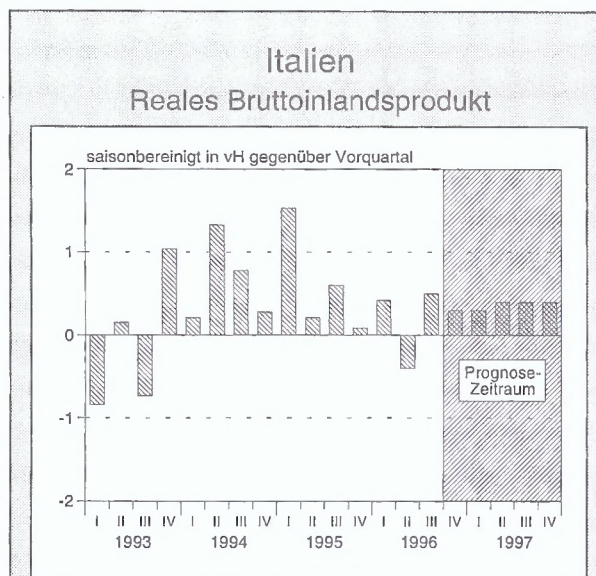


des staatlichen Sektors vorzuweisen. Diese haben die Rahmenbedingungen für die längerfristige wirtschaftliche Entwicklung verbessert. Die forcierte Konsolidierungspolitik wird das Wirtschaftswachstum 1997 allerdings erheblich belasten. Positive Impulse gehen nur von der Außenwirtschaft aus; die Investitionsneigung bleibt gering. Relativ günstig sind die Aussichten für die weitere Preisentwicklung; der Preisauftrieb dürfte sich auf 3 vH verlangsamen. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich nochmals erhöhen.

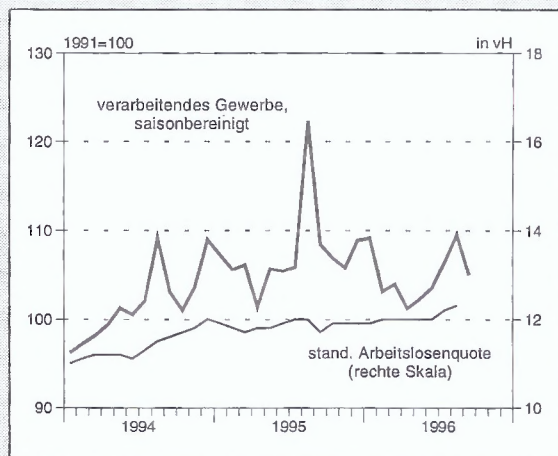
Auch Frankreich zeigte 1996 nur eine geringe wirtschaftliche Dynamik. Im Laufe des Jahres stabilisierte sich mit der allmählichen realen Abwertung des Franc auch die Exportentwicklung. Von der Wachstumsabschwächung bei den Partnerländern, dem Ausbleiben neuer außenwirtschaftlicher Impulse und von dem hohen Zinsniveau waren vor allem die Investitionen getroffen. Hingegen hat sich der private Verbrauch insgesamt als robuster erwiesen als erwartet. Im Verlauf des vergangenen Jahres verbesserten sich die Rahmenbedingungen für eine konjunkturelle Erholung. Bis in die jüngste Zeit fielen die kurz- und langfristigen Zinsen rasch, und die Zinsstruktur normalisierte sich (Schaubild 5). Dabei verminderten sich die Realzinsen spürbar.

Während die geldpolitischen Voraussetzungen für die Entwicklung in 1997 nunmehr recht günstig sind und ein hohes Maß an Preisstabilität besteht, werden die Wachstumsmöglichkeiten weiterhin durch die finanzpolitische Konsolidierung beeinträchtigt, wenn auch nicht in dem Maße wie in Italien. Unter diesen Rahmenbedingungen ist eine etwas kräftigere Expansion zu erwarten. Allerdings wird das Wachstum 1997 noch nicht ausreichen, um spürbare Erfolge am Arbeitsmarkt zu erzielen. Die Preise bleiben auch 1997 stabil.

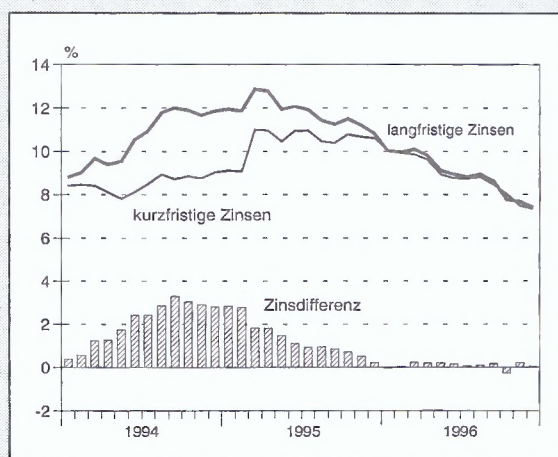
Schaubild 4



Industrieproduktion und Arbeitslosenquote



Kurz- und langfristige Zinsen



Quellen: OECD, Main Economic Indicators; DIW.

DIW'97

Schaubild 5

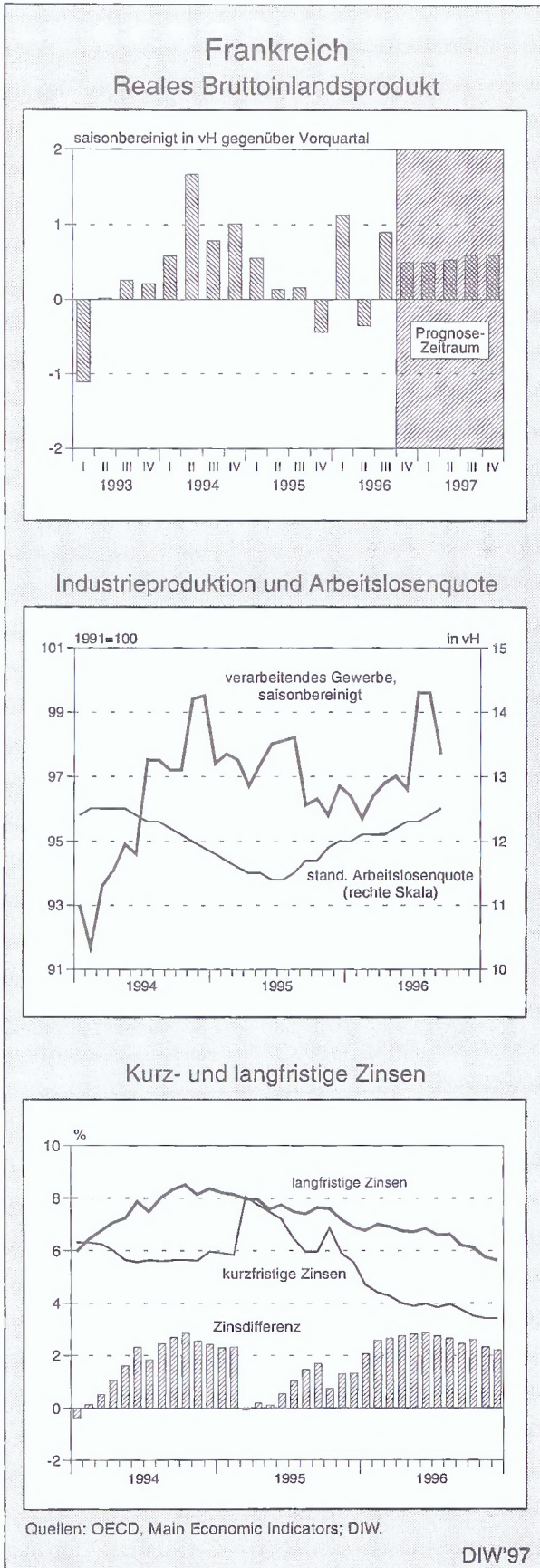
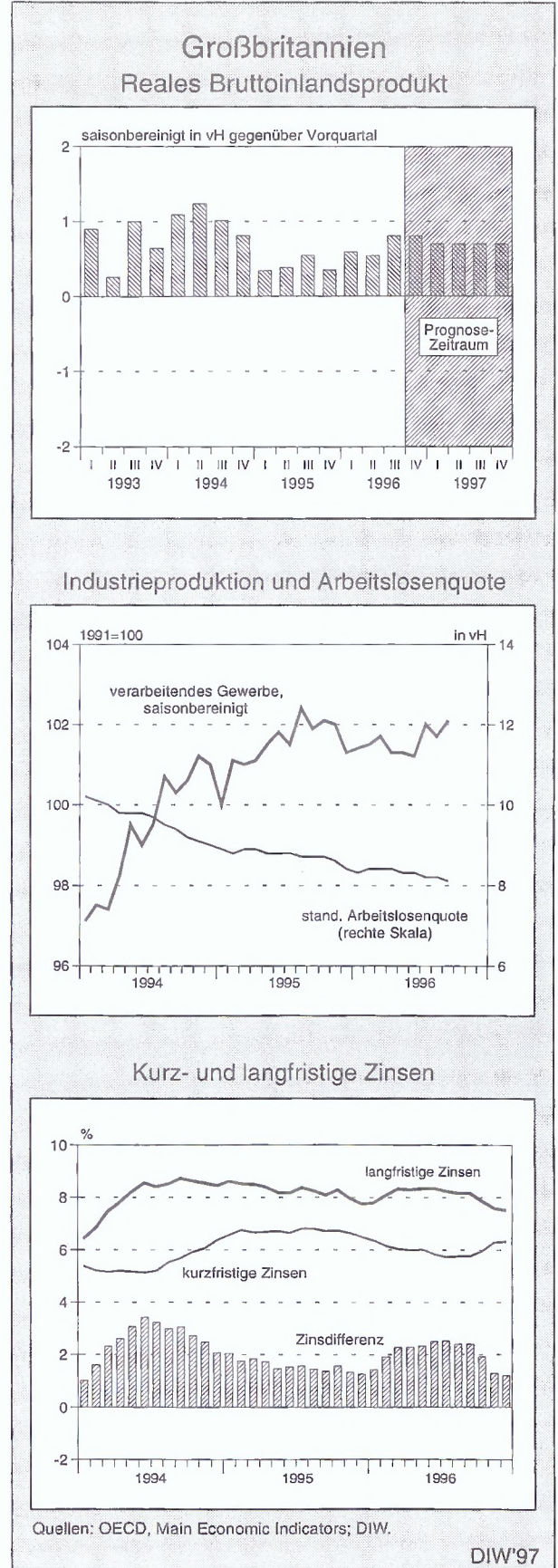


Schaubild 6

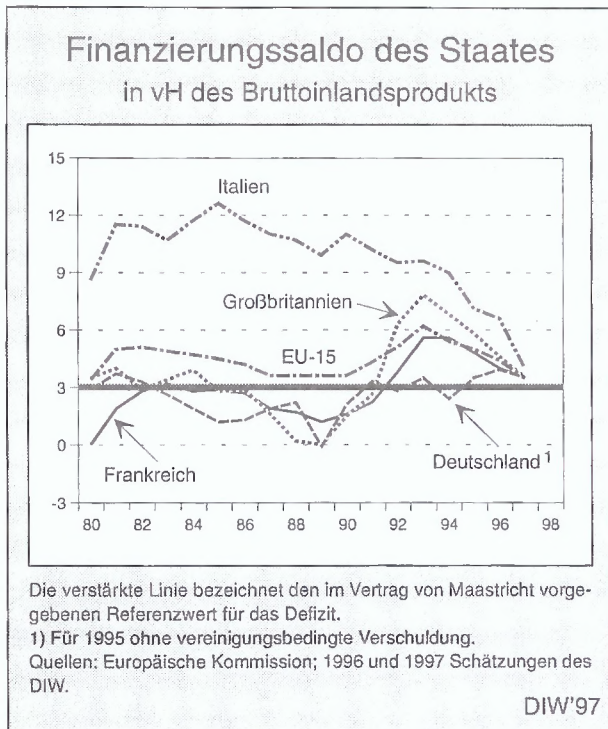


Eine grundsätzlich andere Politik als die meisten kontinentaleuropäischen Länder hat seit einigen Jahren *Großbritannien* verfolgt. Hier wirkte die Geldpolitik bereits seit 1992 expansiv, und die Finanzpolitik nahm eine konjunkturbedingte Erhöhung der Budgetdefizite auf etwa 8 vH (1993) vom BIP bewußt hin. Begleitet wurde diese Politik von einer kräftigen Pfundabwertung. Dies alles führte dazu, daß sich der Aufschwung auf eine immer breitere Basis stützen konnte. Das langanhaltende vergleichsweise kräftige Wirtschaftswachstum bewirkt schon seit 1993 einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen, von damals knapp 3 auf etwa 2 Millionen Ende 1996. Dabei hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise trotz kräftiger Pfundabwertung nur wenig beschleunigt und im vergangenen Jahr sogar wieder verlangsamt. Die Bank of England hat die kurzfristigen Zinsen seit Herbst 1996 etwas angehoben, um befürchteten Inflationstendenzen schon im Vorfeld entgegenzutreten. Insgesamt bleibt die Geldpolitik aber expansiv. Die andauernde wirtschaftliche Expansion hat zu einem erheblichen Abbau der öffentlichen Defizite auf 4½ vH des BIP im Jahre 1996 beigetragen. Im Vorfeld der Wahlen will die Regierung den wiedergewonnenen finanzpolitischen Spielraum nunmehr teilweise zu Steuersenkungen nutzen. Dies dürfte 1997 den privaten Verbrauch stimulieren. Alles in allem ist für 1997 mit einer Wirtschaftsexpansion im bisherigen Tempo zu rechnen; im Jahresvergleich wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts dabei etwas höher ausfallen (Schaubild 6).

Die Aussichten für eine stärkere konjunkturelle Expansion in Westeuropa sind nunmehr günstiger. Maßgeblich dafür ist die Geldpolitik. Die Investitionstätigkeit bleibt im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen in den meisten Ländern allerdings noch schwach. Dies mag auch daran liegen, daß die Investoren auf die besseren geldpolitischen Bedingungen weniger rasch reagieren als in früheren ähnlichen Konjunkturphasen, weil ihr Vertrauen auf einen nachhaltigen Aufschwung nach dem frühzeitigen Abbruch 1995 noch nicht gefestigt ist.

Zudem werden die geldpolitischen Impulse von einer insgesamt durchgehend auf Konsolidierung gerichteten Finanzpolitik konterkariert (Schaubild 7). Dabei gibt es nur wenige Länder, die bereits 1996 die Maastricht-Referenz-

Schaubild 7



werte für das öffentliche Defizit erreicht haben, so Dänemark, die Niederlande, Irland und Luxemburg. Die größten Konsolidierungsanstrengungen unternimmt Italien, aber auch Spanien forciert seine Bemühungen. Bereits heute ist abzusehen, daß viele Länder, darunter Deutschland und Frankreich, ein „punktgenaues“ Erreichen der Referenzwerte wohl kaum rechtzeitig schaffen werden. Bis Anfang 1998 besteht daher die Gefahr, daß es in einer Reihe von Ländern zu einem erneuten „Nachlegen“ von Ausgabenkürzungen und/oder Steuererhöhungen kommt. Damit wird die Möglichkeit eines finanzpolitischen „overkills“ verstärkt, der eine Fortsetzung des Aufschwungs erheblich beeinträchtigen könnte. Eine Verbesserung der bedrückenden Arbeitsmarktlage in Europa rückte damit in weite Ferne.

Bundesrepublik Deutschland: Nur zögernde Erholung

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich im Laufe des Jahres 1996 allmählich verbessert. Seit dem Frühjahr steigt die Industrieproduktion in der Grundtendenz wieder, und die Bauwirtschaft hat den witterungsbedingten Rückschlag des letzten Winters ausgeglichen (Schaubild 9). Neue und alte Bundesländer weisen allerdings unterschiedliche Muster auf: Westdeutschland profitiert in hohem Maße von einer Belebung der Auslandskonjunktur und der Abwertung der D-Mark; in Ostdeutschland aber ist der Aufholprozeß ins Stocken geraten. Die leichte Belebung der Konjunktur im Verlauf von 1996 sollte, nach dem herben Rückschlag des Jahres 1995, nicht Anlaß zur Selbstzufriedenheit für die Wirtschaftspolitik sein. Vielmehr war die konjunkturelle Belebung der letzten Jahre mit Abstand die schwächste in der Geschichte der Bundesrepublik und hat daher, mit Ausnahme einer kurzen Phase im Jahre 1994, nicht auf den Arbeitsmarkt übergreifen können.

Das wird sich in diesem Jahr weder in Deutschland noch im übrigen Europa ändern. Zwar sind von der monetären Seite die Weichen im vergangenen Jahr wieder auf Expansion gestellt worden, die Finanzpolitik wird aber dämpfend wirken. Es ist daher nicht zu erwarten, daß die Unternehmen mehr Arbeitskräfte einstellen als entlassen werden. Der zu erwartende Produktionszuwachs kann bei dem angelegten Tempo des Produktivitätsfortschritts mit den vorhandenen Arbeitskräften bewältigt werden. Die Arbeitslosenquote wird bei einer weiterhin leicht zunehmenden Zahl von Erwerbspersonen folglich neue Rekordstände aufweisen. In Deutschland dürften im Durchschnitt dieses Jahres fast 11 vH aller Erwerbstätigen ohne Arbeitsplatz sein.

Je länger eine durchgreifende Änderung der Situation auf dem Arbeitsmarkt auf sich warten läßt, umso geringer ist auch die Chance der Bundesregierung, ihr erklärtes Ziel noch zu erreichen, die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000

Tabelle 4

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Bundesrepublik Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1995	1996	1997	1995	1996	1997	1995	1996	1997
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,5	2,0	1,6	1,5	2,0	5,3	2,5	1,0
Erwerbstätige ²⁾ (1000 Personen)	34 868	34 510	34 340	28 482	28 205	28 080	6 386	6 305	6 260
Arbeitslose (1000 Personen)	3 612	3 965	4 155	2 565	2 795	2 925	1 047	1 165	1 230
Arbeitslosenquote ³⁾ (in vH)	9,4	10,3	10,8	8,3	9,0	9,4	14,1	15,6	16,4
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,5	1,0	1,8	1,5	1,0	2,1	2,0	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁵⁾ (Mrd. DM)	-122,7	-137,0	-125,0	—	—	—	—	—	—
Defizitquote des Staates ⁵⁾⁶⁾ (in vH)	-3,5	-3,9	-3,4	—	—	—	—	—	—
Leistungsbilanzsaldo ⁷⁾ (Mrd. DM)	-29,9	-26,5	-18,5	—	—	—	—	—	—

1) In Preisen von 1991. — 2) Im Inland. — 3) Deutschland: Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose), West- und Ostdeutschland: Anteil an den Erwerbspersonen im Inland (Erwerbstätige und Arbeitslose). — 4) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. — 5) In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. 1995: ohne Einnahmen von 5,6 Mrd. DM aus der Übernahme der Deutschen Kreditbank sowie ohne auf den Erblastentilgungsfonds übertragene Schulden der Treuhandanstalt von 204,6 Mrd. DM und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft von 30,0 Mrd. DM. — 6) Finanzierungssaldo des Staates in vH des nominalen Bruttoinlandsprodukts. — 7) In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des DIW; 1996 und 1997 Prognose des DIW, Angaben gerundet.

zu halbieren. Selbst in den beiden wirtschaftlich besten Jahren der letzten zwei Jahrzehnte, dem durch einen weltweiten Investitionsaufschwung und eine starke Unterbewertung der D-Mark begünstigten Jahr 1989 und dem vom Einigungsboom und extrem expansiver Finanzpolitik geprägten Jahr 1991, sank die Zahl der Arbeitslosen nur um jeweils etwa 200 000. Bei jetzt 4 Millionen Arbeitslosen benötigt man offensichtlich zehn aufeinanderfolgende Jahre einer ähnlich guten wirtschaftlichen Entwicklung, um die Zahl der Arbeitslosen zu halbieren.

Die Fehlentwicklungen der letzten beiden Jahre zeigen in großer Deutlichkeit, daß eine Politik, die vorwiegend auf nationale Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen setzt, viel zu kurz greift. Der Versuch der Verbesserung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnsenkung oder pauschale Senkung der Sozialleistungen kann nicht erfolgversprechend sein, weil er die Handelspartner zur Anpassung zwingt. Diese Politik verstößt gegen die zentrale Regel für ein funktionsfähiges Festkurs-system oder eine Währungsunion. Dieses verlangt, die nationalen Ansprüche mit der nationalen Produktivitätsentwicklung in Übereinstimmung zu bringen: nicht mehr, aber auch nicht weniger. Wer das nicht leistet, muß Anpassungslasten in Form höherer Arbeitslosigkeit tragen. Wer „unter seinen Verhältnissen“ lebt, zwingt die anderen, das Gleiche zu tun, und wird damit auf längere Sicht nichts gewinnen können.

Europa ist eine große, fast geschlossene Volkswirtschaft. Es könnte mit einer angemessenen wirtschaftspolitischen Strategie ähnlich erfolgreich wie die USA sein. Das betrifft in erster Linie die Geldpolitik. Aber auch eine Koordinierung der finanzpolitischen Ausrichtung ist notwendig, soll die Kompensation nationaler Impulse in der einen oder anderen Richtung bzw. ein Steuersenkungs- und Subventionswettlauf vermieden werden. Weitgehend in nationaler Verantwortung sollte dagegen die Lohn- und Sozialpolitik bleiben, da die Entlohnung des weitgehend immobilien Faktors Arbeit über den Großteil der nationalen Ansprüche entscheidet. Deren Übereinstimmung mit der nationalen Produktivitätsentwicklung ist solange unumgänglich, wie eine volle politische Union und ein Finanzausgleich zwischen den Nationalstaaten nicht zur Debatte steht.

Export stützt Konjunktur

Der konjunkturelle Umschwung nach der Abschwächung im Jahre 1995 wurde zu Beginn des vergangenen Jahres (Schaubilder 9 und 10) von der anziehenden Auslandsnachfrage ausgelöst. Maßgeblich für die erneute Belebung der Konjunktur in den Industrieländern war der Rückgang des langfristigen Zinses. Anfang 1996 war in den meisten Ländern das Niveau wieder erreicht, bei dem zwei Jahre zuvor der Aufschwung begonnen hatte. Hinzu kam in Deutschland, daß auch die reale Aufwertung der D-Mark vom Frühjahr 1995 korrigiert wurde. Zuletzt lag der Außen-

Schaubild 8

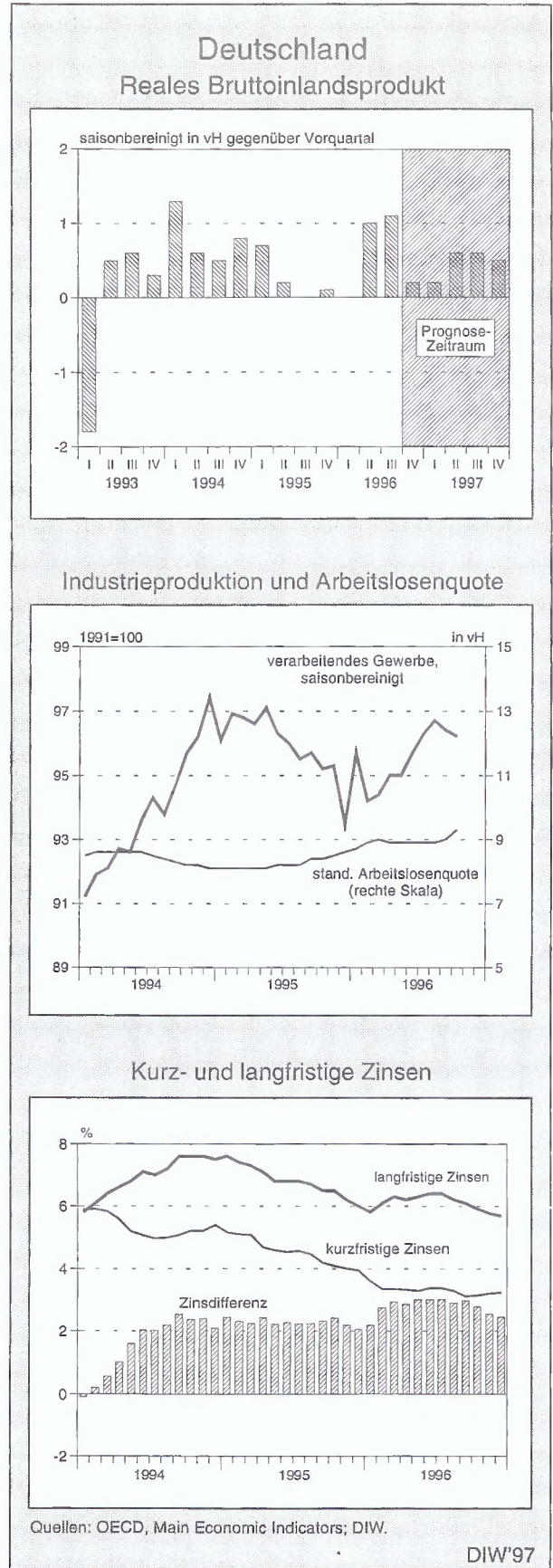
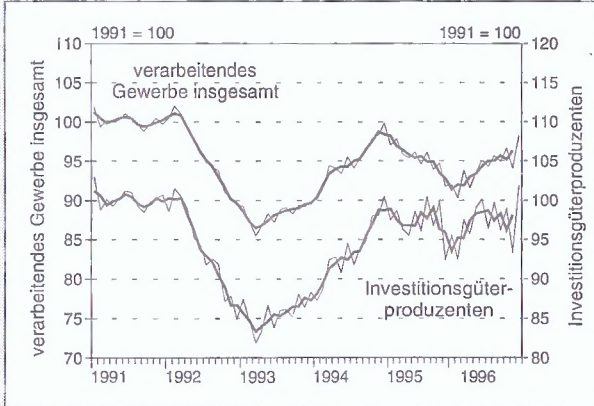


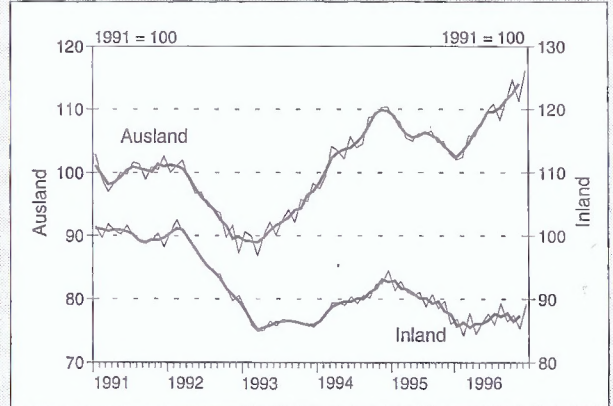
Schaubild 9

Zur konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland

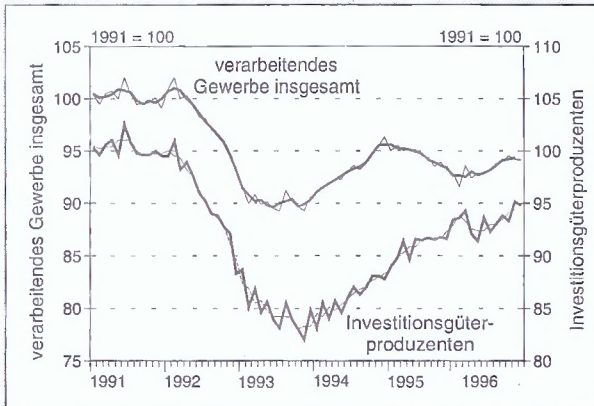
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe insgesamt¹
und bei Investitionsgüterproduzenten (Volumenindex)



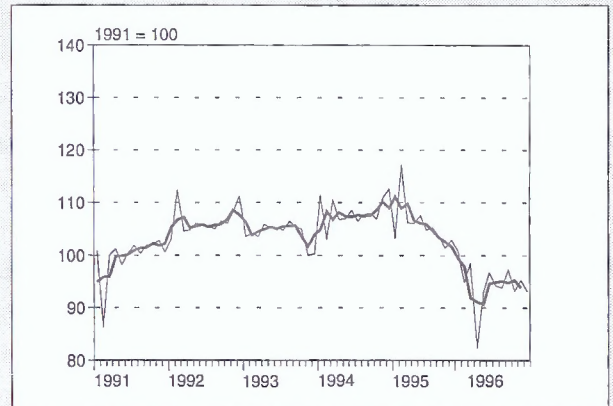
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹
aus dem Inland und Ausland (Volumenindex)



Produktionsindex¹ für das verarbeitende
Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten



Produktionsindex¹ für das
Bauhauptgewerbe insgesamt



1) Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '97

wert der D-Mark, freilich bei großen Unterschieden gegenüber einzelnen Ländern, wieder nahe der Kaufkraftparität; das ist der Wert, bei dem weder eine Über- noch eine Unterbewertung zu vermuten ist.

Trotz der Wechselkurskorrektur hat sich bisher die Nachfrage aus den westeuropäischen Ländern nur wenig bewegt. Erfolgreich war die deutsche Exportindustrie dagegen in den Vereinigten Staaten und in den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens. Zu einem zusätzlichen Standbein der westdeutschen Ausfuhr entwickelt sich zudem mehr und mehr der Handel mit den mittel- und osteuropäischen Reformländern. Nach einer kurzen Verschnaufpause um die Jahreswende 1995/1996 wurden hier wieder sehr hohe Zuwachsraten erzielt. Zwar steigen auch die Importe aus diesen Ländern kräftig, die westdeutsche Wirtschaft erzielt aber im Handel mit den in unmittelbarer

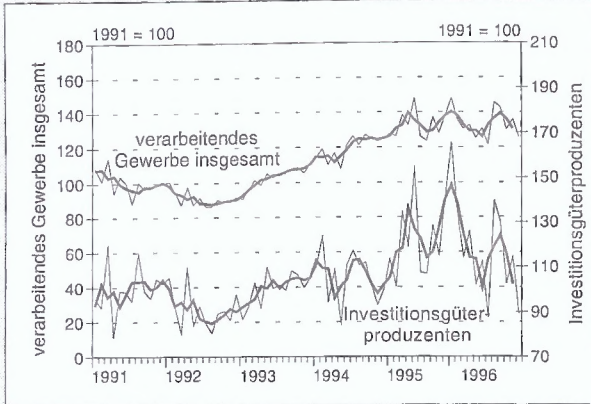
Nachbarschaft befindlichen „Niedriglohnländern“ durchweg Überschüsse. Das gilt in gleicher Weise für die meisten der südostasiatischen Schwellenländer. Insgesamt gesehen hat die deutsche Wirtschaft trotz der mit Sicherheit noch hohen Defizite der neuen Bundesländer, für die aber keine getrennten Zahlen mehr vorliegen, im vergangenen Jahr mit über 100 Mrd. DM (Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) einen noch höheren nominalen Überschuß im Warenhandel als im Vorjahr erzielt.

Der Export wird auch in diesem Jahr die entscheidende Stütze der Konjunktur sein. Angesichts des hohen statistischen Überhangs am Ende des Vorjahres ist preisbereinigt eine Jahresdurchschnittsrate von 5½ vH zu erwarten. Da die Importe weit weniger stark zunehmen, wird der Außenbeitrag, der Saldo aus Ausfuhr und Einfuhr von Waren und

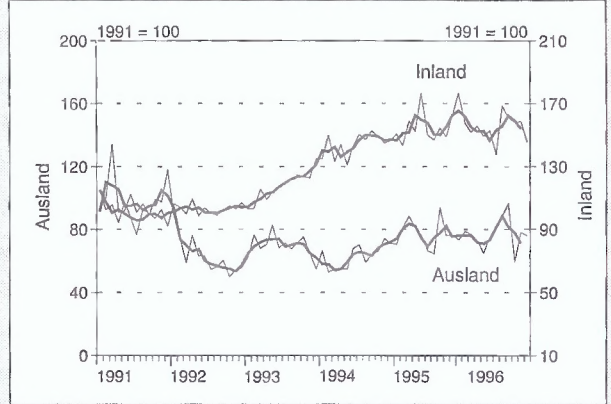
Schaubild 10

Zur konjunkturellen Entwicklung in Ostdeutschland

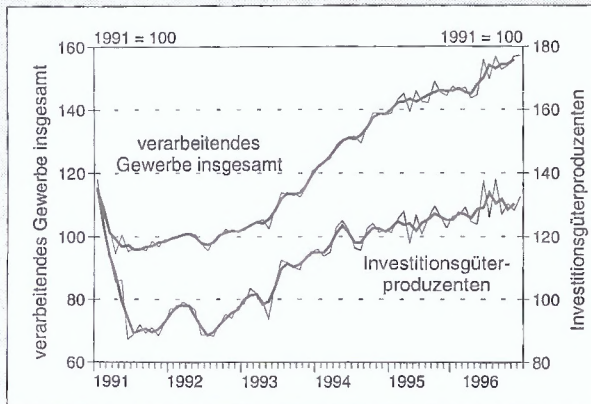
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe insgesamt¹ und bei Investitionsgüterproduzenten (Volumenindex)



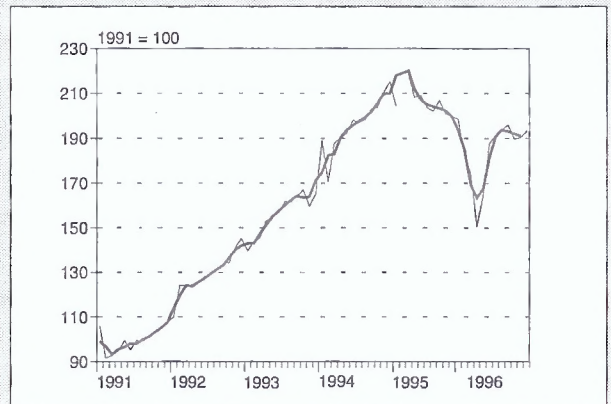
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe¹ aus dem Inland und Ausland (Volumenindex)



Produktionsindex¹ für das verarbeitende Gewerbe und die Investitionsgüterproduzenten



Produktionsindex¹ für das Bauhauptgewerbe insgesamt



1) Saison- und arbeitstägig bereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3) und gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW '97

Diensten, kräftig steigen. Trotzdem wird die Leistungsbilanz, unter anderem wegen hoher staatlicher Übertragungen Deutschlands an die Europäische Gemeinschaft (1996 über 30 Mrd. DM), wiederum mit einem Defizit abschließen (annähernd 20 Mrd. DM).

Die Inlandsnachfrage in Deutschland hat vom Export bisher keine sichtbaren Impulse erhalten. Das von vielen erwartete Muster einer von der Auslandsnachfrage angeführten inländischen Belebung läßt auf sich warten. Die Nachfrage der Konsumenten und Investoren (Schaubilder 9 und 10) bei der Industrie hat sich im Verlauf von 1996 kaum von der Talsohle gelöst. Leicht belebt hat sich dagegen die Nachfrage nach Grundstoff- und Produktionsgütern, was auf eine Aufstockung der Lager schließen läßt. Überraschend war, daß neben einer anscheinend stetigen

Expansion des privaten Verbrauchs im vergangenen Jahr (siehe Kasten Seite 16) die Inlandsnachfrage auch vom Staat gestützt wurde. Nach den vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Schätzungen stieg der Staatsverbrauch in den ersten drei Quartalen 1996 real mit 3 vH äußerst kräftig. Allerdings weist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einen gesunkenen Preisindex für den Staatsverbrauch aus.

Der private Verbrauch zeigt sich, zumindest den amtlichen Berechnungen zufolge, in dieser Schwächeperiode der Wirtschaft bei rückläufiger Sparquote durchgängig als entscheidender Träger der Inlandsnachfrage. Erstaunlich ist allerdings, daß weder in der öffentlichen, noch in der wissenschaftlichen Diskussion die Folgen dieser Entwicklung für den Kapitalmarkt und das Niveau der langfristigen Zin-

sen problematisiert werden. Abnehmende Ersparnisse der privaten Haushalte müßten, den üblichen Vorstellungen zufolge, das Kapitalangebot vermindern und damit den Zinssatz in gleicher Weise erhöhen wie eine zunehmende Kapitalnachfrage des Staates. Letzteres wird regelmäßig als destabilisierendes Element staatlichen Handelns interpretiert, bei ersterem überwiegt bei der Bewertung in Öffentlichkeit und Politik regelmäßig das Element der Nachfragestabilisierung.

Auch in diesem Jahr könnte der private Verbrauch real wieder mit etwa 1½ vH expandieren. Voraussetzung ist jedoch, daß die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen abermals kräftig steigen, und so den für 1997 zu erwartenden realen Rückgang der Masseneinkommen (Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und empfangene Übertragungen) mehr als kompensieren. Außerdem muß dabei angenommen werden, daß die Sparquote der privaten Haushalte — wie in den vergangenen vier Jahren schon — sinkt.

Produktionseinbruch in der Bauwirtschaft

Für die Bauproduktion im Jahr 1996 errechnet sich auf Basis der amtlichen Vorgaben ein Rückgang um etwa 2,5 vH gegenüber dem Vorjahr. Wahrscheinlicher ist jedoch eine Rate, die bei 3 bis 4 vH liegt. (Siehe Kasten Seite 16; Westdeutschland —4 vH, Ostdeutschland —2 vH). Zu dem Rückgang trug auch der witterungsbedingte Produktionseinbruch im ersten Quartal bei, der in den Folgemonaten schwer aufzuholen war; allerdings waren auch von der Nachfrage kaum neue Impulse zu verzeichnen. Am deutlichsten waren diese noch im Wohnungsbau, im Ostteil des Landes nach wie vor bedingt durch steuerliche Fristsetzungen bei der Kapitalanlage zur Vermietung, im Westteil allein vom Eigenheimbau ausgehend, dessen Rahmenbedingungen von der monetären und der steuerlichen Seite zur Zeit günstig sind. Eher enttäuschend blieb die Nachfrage nach gewerblichen Bauten. Hier sind es nach wie vor die Überangebote an Büro- und Gewerbeimmobilien aus Investitionen der Vorjahre, die in West- und Ostdeutschland neue Vorhaben im Immobiliensektor zur Vermietung als risikoreich erscheinen lassen. Der klassische Wirtschaftsbau, d.h. von Unternehmen für eigene Zwecke finanzierte Investitionen, und der Tiefbau (Energiewirtschaft, Bahn und Post) zeigen in Westdeutschland zwar eine leichte Belebung, können aber den Rückgang bei Bürogebäuden nicht ausgleichen. Im öffentlichen Bau setzte sich der in Westdeutschland schon seit Jahren anhaltende Rückgang fort, aber auch in Ostdeutschland war ein stärkeres Minus zu verzeichnen als 1995.

In diesem Jahr ist trotz eher optimistischer Annahmen für die gesamten Bauinvestitionen nochmals mit einem Minus von 1 vH zu rechnen. Im Wohnungsbau wird es in den neuen Bundesländern einen deutlichen Rückgang geben, denn die Streckungsmöglichkeit von Bauaufträgen mittels Vorauszahlungen zur Wahrung der 50 %-Sonderabschreibung, die 1996 gegeben war, dürfte schwerlich in

größerem Umfang genutzt worden sein, weil bereits fertige Gebäude in Überzahl zum Kauf bereitstanden. Bei den 1996 noch anhaltend hohen Genehmigungen dürfte es sich zu einem Teil um ältere Projekte handeln, deren Bauausführung mangels Nachfrage gefährdet ist. In Westdeutschland hängt die Entwicklung der Bauinvestitionen nicht zuletzt davon ab, ob der Nachfragerückgang im Mietwohnungsbau zum Stillstand kommt. An sich sind die Aussichten von den Kostenbedingungen her günstig und auch die Vermietungschancen werden allmählich wieder besser beurteilt. Möglicherweise ergibt sich jedoch ein Attentismus durch die Ankündigungen zur Steuerreform; hier ist es insbesondere die geplante Besteuerung von Veräußerungsgewinnen beim Privatvermögen, die die Renditekalkulation vieler Investoren künftig drücken dürfte.

Der öffentliche Bau wird, bedingt durch die prekäre Finanzlage der Gebietskörperschaften, sowohl im Westen wie auch im Osten weiter zurückgehen.

Schwäche bei den Ausrüstungsinvestitionen setzt sich fort

Entscheidend für die wirtschaftlichen Aussichten über das Jahr hinaus ist die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland und in Europa insgesamt. Zwar ist das Gewicht dieser Investitionen weit geringer als etwa das des Staatsverbrauchs, doch ist die Bereitschaft der Unternehmen, in Ausrüstungen zu investieren, das sicherste Merkmal für die Stabilität einer Aufwärtsentwicklung, und vor allem über neue Ausrüstungen entsteht letztlich höhere Produktivität, aus der höhere Einkommen gezahlt werden können. Die Dynamik dieser Investitionen war seit 1994 äußerst verhalten. Nach dem tiefen Einbruch des Jahres 1993 war zumeist eine rasche Erholung der Investitionstätigkeit der Unternehmen und in deren Gefolge ein selbsttragender Aufschwung erwartet worden. Tatsächlich sind aber die Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland 1994 nochmals leicht rückläufig gewesen und auch in den beiden vergangenen Jahren nur wenig gestiegen.

Über die Gründe für die Investitionslethargie und die damit eng verbundene geringe Einstellungsbereitschaft der deutschen Unternehmen wird vielfach gerätselt. Die Wirtschaftspolitik beklagt die zögerliche Haltung der Unternehmen, hat sie, aus ihrer Sicht, doch alles notwendige getan, um die Unternehmen zu einer mutigeren Haltung zu bewegen. Auch in der Wissenschaft werden, wie jüngst im Gutachten des Sachverständigenrates, Erklärungen gesucht, ist doch aus der Sicht der Angebotstheorie die gegenwärtige Situation durch hervorragende Angebotsbedingungen gekennzeichnet. Fast alle die Bedingungen, die jahrelang eingefordert wurden, sind längst verwirklicht:

— Die Einkommensverteilung hat sich in den vergangenen 15 Jahren in ganz Europa massiv zugunsten der Unternehmen verbessert. Der Anstieg der Reallöhne — inklusive der Lohnzusatzkosten — ist weit hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückgeblieben. Die

Tabelle 5

Entwicklung des Bauvolumens in Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997

	1993	1994	1995	1996		1996 ⁴⁾	1997 ⁴⁾	1994	1995	1996		1996 ⁴⁾	1997 ⁴⁾
				1. Hj.	2. Hj. ⁴⁾					1. Hj.	2. Hj. ⁴⁾		
	in Mrd. DM zu jeweiligen Preisen							Veränderungsraten in vH					
Bauvolumen insgesamt ¹⁾	516,4	571,6	589,4	265,9	303,0	568,5	562,5	10,7	3,1	-6,5	-1,0	-3,5	-1,0
davon:													
Alte Bundesländer	404,6	427,9	430,6	192,7	220,5	413,0	413,5	5,8	0,6	-6,7	-1,5	-4,0	0,0
Neue Bundesländer	111,9	143,7	158,8	73,2	82,5	155,5	149,0	28,4	10,6	-5,9	1,5	-2,0	-4,5
	Indizes 1991 = 100												
Preisentwicklung	110,9	113,6	116,4	116,9	116,4	116,6	116,5	2,5	2,5	0,7	-0,2	0,2	-0,2
Alte Bundesländer	109,5	111,6	114,0	114,4	114,1	114,2	114,1	1,9	2,2	0,6	-0,2	0,2	-0,1
Neue Bundesländer	116,1	120,0	123,3	124,1	123,1	123,6	123,5	3,4	2,7	0,8	-0,3	0,2	-0,1
	in Mrd. DM zu Preisen von 1991							Veränderungsraten in vH					
Bauvolumen insgesamt ¹⁾	465,8	503,1	506,4	227,4	260,0	487,5	483,0	8,0	0,7	-7,1	-0,5	-3,5	-1,0
davon:													
Alte Bundesländer	369,5	383,5	377,6	168,5	193,0	361,5	362,5	3,8	-1,5	-7,3	-1,5	-4,0	0,5
Neue Bundesländer	96,3	119,7	128,8	59,0	67,0	126,0	120,5	24,2	7,6	-6,6	2,0	-2,0	-4,5
Nach Baubereichen:													
Wohnungsbau	228,4	259,0	265,0	124,0	137,0	261,0	259,0	13,4	2,3	-4,8	1,5	-1,5	-0,5
Alte Bundesländer	195,4	212,9	210,9	96,8	107,5	204,5	206,0	9,0	-1,0	-6,2	-0,5	-3,5	1,0
Neue Bundesländer	33,0	46,1	54,1	27,2	29,5	56,5	53,0	39,5	17,4	0,4	9,0	5,0	-6,5
Wirtschaftsbau ²⁾	152,9	155,9	155,8	67,9	78,5	146,5	147,0	2,0	-0,1	-8,7	-3,5	-6,0	0,0
Alte Bundesländer	111,8	108,9	107,0	47,0	55,0	102,0	103,0	-2,6	-1,7	-7,4	-2,5	-4,5	1,0
Neue Bundesländer	41,1	47,1	48,8	20,9	23,5	44,5	43,5	14,5	3,6	-11,6	-6,5	-8,5	-2,0
Öffentlicher Bau ²⁾	84,6	88,2	85,7	35,6	44,5	80,0	77,0	4,3	-2,9	-11,4	-2,0	-6,0	-3,5
Alte Bundesländer	62,4	61,7	59,7	24,7	30,5	55,5	53,0	-1,1	-3,2	-11,0	-3,5	-6,5	-3,5
Neue Bundesländer	22,2	26,5	25,9	10,9	13,5	24,5	24,0	19,4	-2,2	-12,3	1,5	-5,5	-3,5
Nachrichtlich: Bahn und Post	13,9	12,4	12,0	5,6	6,5	12,0	12,0	-10,7	-3,3	0,1	1,0	0,0	0,0
Alte Bundesländer	10,0	9,0	8,2	3,8	4,5	8,5	8,5	-10,8	-8,7	-0,4	3,0	-2,0	0,0
Neue Bundesländer	3,9	3,5	3,9	1,8	2,0	4,0	4,0	-10,6	10,5	1,1	-3,5	3,5	0,0
Nach Produzentengruppen:													
Alte Bundesländer													
Bauhauptgewerbe	154,3	160,7	155,3	63,8	77,5	141,0	140,5	4,1	-3,3	-15,1	-3,5	-9,0	-0,5
Hochbau	105,3	111,6	108,3	45,3	53,0	98,5	99,0	6,0	-3,0	-15,5	-3,0	-9,0	0,5
Tiefbau	49,0	49,0	47,0	18,5	24,5	43,0	41,5	0,1	-4,1	-14,0	-4,0	-9,0	-3,0
Ausbaugewerbe	111,2	114,0	114,0	54,7	60,0	114,5	115,5	2,5	0,0	-0,4	1,5	0,5	1,0
Übrige Bereiche ³⁾	104,1	108,8	108,2	50,0	55,5	105,5	106,5	4,5	-0,5	-3,1	-2,0	-2,5	1,0
Neue Bundesländer													
Bauhauptgewerbe	45,0	56,6	59,3	24,4	31,5	56,0	53,0	25,7	4,8	-13,5	1,5	-5,5	-5,5
Hochbau	26,1	34,6	37,9	16,2	20,0	36,5	34,0	32,7	9,7	-10,9	1,5	-4,5	-6,5
Tiefbau	19,0	22,0	21,4	8,2	11,5	19,5	19,0	16,1	-2,9	-18,4	1,0	-8,0	-3,5
Ausbaugewerbe	33,3	41,9	47,4	24,1	24,0	48,0	47,0	25,8	13,0	-0,4	3,0	1,5	-2,0
Übrige Bereiche ³⁾	18,0	21,2	22,1	10,5	11,5	22,0	20,5	17,7	4,6	-2,2	0,5	-0,5	-6,5

¹⁾ Nach Lage der Baustellen in den alten und neuen Ländern. — ²⁾ Wirtschaftsbau hier einschließlich, Öffentlicher Bau ohne Bahn und Post. — ³⁾ Verarbeitendes Gewerbe (Ausbau und Montagebau), baubezogene Dienstleistungen, Außenanlagen, selbst-erstellte Anlagen. — ⁴⁾ Angaben gerundet.

Quelle: Berechnungen des DIW, gestützt auf die amtlichen Statistiken zum Baugewerbe.

Zur Inlandsproduktsberechnung 1996

Im Wochenbericht 47/96 hatte das DIW die Ansicht vertreten, daß das vom Statistischen Bundesamt für das erste Halbjahr 1996 ausgewiesene Niveau des Bruttoinlandsprodukts zu hoch sei, und die Vermutung geäußert, daß dies mit der Datenlieferung für das dritte Quartal korrigiert werden würde. Zwar hat das Statistische Bundesamt dann erwartungsgemäß einige Korrekturbuchungen vorgenommen, doch das Niveau des Bruttoinlandsprodukts ist praktisch unverändert geblieben. Im Gegenteil: Folgt man den Angaben aus der laufenden Statistik, dann hat sich der Abstand zu den vom DIW errechneten Daten im dritten Quartal sogar noch deutlich vergrößert. Vor allem die vom DIW errechneten Ergebnisse für den privaten Verbrauch und die Bauinvestitionen unterscheiden sich merklich von denen des Statistischen Bundesamtes. (Vgl.: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Reihe 3; Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung, 3. Vierteljahr 1996).

In realer Rechnung hat das DIW für die ersten drei Quartale 1996 für den privaten Verbrauch ein um mindestens 6 Mrd. DM und für die Bauinvestitionen ein um etwa 4 Mrd. DM niedrigeres Niveau ermittelt. Zwar ist zu berücksichtigen, daß die Umstellung bei den Statistiken für das Baugewerbe und den Einzelhandel in diesem Jahr besondere Schätzprobleme aufwirft. Die

genannten Differenzen bedeuten aber eine sehr großzügige Auslegung der Interpretationsspielräume bei den hinzugezogenen Fachstatistiken. Derartige Diskrepanzen bei den Berechnungen am aktuellen Rand sind allerdings kein neues Phänomen: Schon öfter hat das Statistische Bundesamt beispielsweise die Bauinvestitionen zwei Jahre später — in der Regel anlässlich der dann vorliegenden ausführlichen Investorenrechnung nach Wirtschaftsbereichen — nach unten korrigiert (zuletzt für 1993 um fast 9 Mrd. DM).

In der Schätzung des DIW für 1996 insgesamt und aufbauend auf den derzeit verfügbaren amtlichen Daten errechnet sich für das reale Bruttoinlandsprodukt Deutschlands ein Wert von 3068 Mrd. DM, das entspricht einem Zuwachs von 1,5 vH gegenüber 1995. Eine Schätzung für 1996 auf der Grundlage der vom DIW für die ersten drei Quartale berechneten Werte würde zu einem um mindestens 15 Mrd. DM niedrigeren Wert führen; damit beliefe sich aber der Zuwachs für 1996 in realer Rechnung nur auf etwa 1 vH und zu jeweiligen Preisen auf gut 2 vH. Dies hätte auch erhebliche Konsequenzen für die Beurteilung der Entwicklung der Einkommensverteilung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die Gewinneinkommen wären dann am aktuellen Rand deutlich niedriger.

Arbeitseinkommensquote wird im Jahre 1997 für Westdeutschland auf das Niveau vom Anfang der sechziger Jahre sinken.

- Die staatliche Entlastung der Investoren, die ein zentraler Baustein der angebotspolitischen Überlegungen war, ist in fast allen Industrieländern vorangetrieben worden. In Deutschland beträgt die Quote der Steuern am Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen heute weniger als 25 vH, nachdem sie zu Anfang der achtziger Jahre bei über 35 vH gelegen hatte.
- Ein hohes Maß an Preisstabilität, das ein G7-Gipfel im Jahre 1978 als Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen bezeichnet hatte, ist heute in fast allen Ländern realisiert.

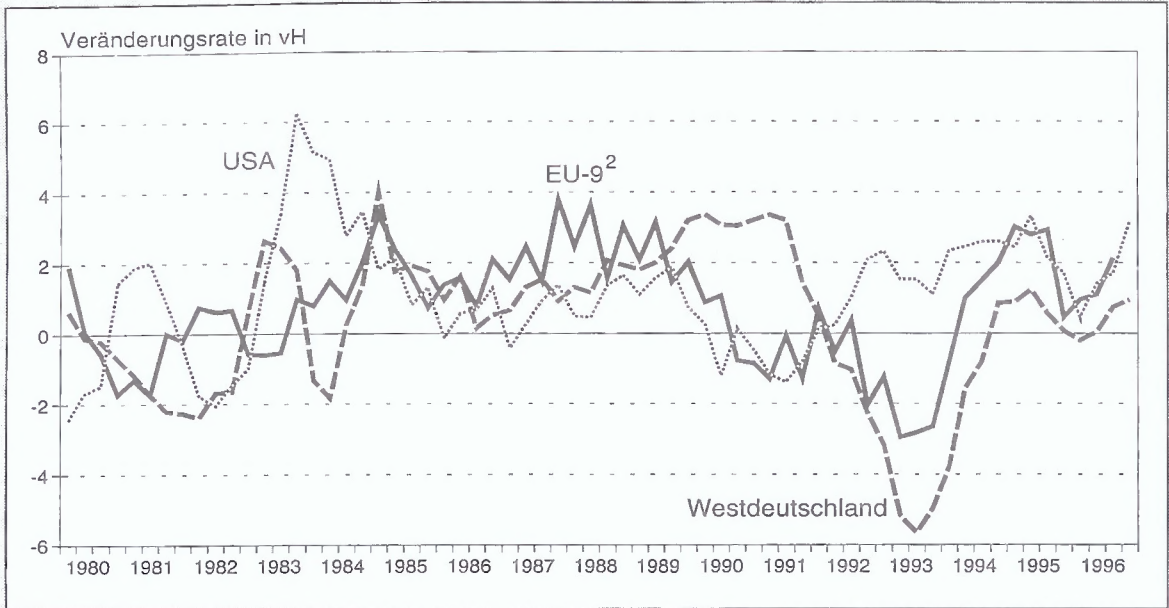
Trotz dieser hervorragenden Angebotsbedingungen hat es nicht nur keine wesentliche Beschleunigung der Investitionsdynamik in Deutschland und Europa gegeben, das westliche Europa hat in den neunziger Jahren sogar die schlechteste Investitionsentwicklung seit dem 2. Weltkrieg zu verzeichnen (Schaubild 11). Westdeutschland hat dank des finanzpolitisch induzierten Vereinigungsbooms und

hoher Wettbewerbsfähigkeit zunächst noch relativ gut abgeschnitten. In Frankreich und Italien gab es dagegen eine extrem lange Phase stagnierender oder gar abnehmender Investitionstätigkeit. Auch Großbritannien schnitt in den neunziger Jahren sehr schlecht ab und hat sich erst jüngst vom Rest Europas etwas abkoppeln können. Ganz anders in den USA: Nach einem kurzen Einbruch in der Rezession zu Beginn dieses Jahrzehnts nahm die Investitionsdynamik dort kontinuierlich zu und gab, wie in allen anderen Ländern, erst im Zuge der vom amerikanischen Federal Reserve System gewollten Bremsung durch Zinserhöhungen im Jahr 1994 nach. Inzwischen hat sie sich aber schon wieder erholt.

Der Versuch einer Deutung der gegenwärtigen Investitionsschwäche in einem rein nationalen Rahmen führt nicht weiter. Zunächst ist es methodisch zweifelhaft, die „Gewinn-Erlös-Relation“, eine gesamtwirtschaftliche Umsatzrendite, der Investitionsentwicklung „in Mrd. DM“ gegenüberzustellen, wie es der Sachverständigenrat tut. Zieht man stattdessen eine Investitionsquote oder Veränderungsraten der Ausrüstungsinvestitionen, wie in Schaubild 12 und 13 geschehen, heran, dann ist der Zusammenhang zwischen beiden Größen nicht sonderlich ausgeprägt.

Schaubild 11

Reale Ausrüstungsinvestitionen¹



1) Saisonbereinigt und gleitender 3-Quartalsdurchschnitt. Gewichte: nominales BIP auf Dollarbasis zu laufenden Wechselkursen. — 2) Frankreich, Italien, Großbritannien, Niederlande, Österreich, Dänemark, Finnland, Portugal und Spanien.

Quellen: OECD, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW'97

Insbesondere die Phase der fundamentalen Verbesserung der Umsatzrendite in der ersten Hälfte der achtziger Jahre schlägt sich nicht in einem entsprechenden Anstieg der Investitionsquote nieder. Erst der weltweite Investitionsboom Ende der achtziger Jahre und die deutsche Vereinigung bringen einen zusätzlichen Schub an Investitionen, freilich ohne den darauffolgenden tiefen Einbruch verhindern zu können. Eklatant ist jedoch die Schwäche dieses Erklärungsversuches am aktuellen Rand. Die Gewinn-Erlös-Relation erholt sich nach der Rezession des Jahres 1993 sehr rasch auf den höchsten Wert der letzten 20 Jahre, während die Investitionsquote, in Westdeutschland zumindest, auf dem tiefsten Niveau verharret, das sie seit 1960 hatte.

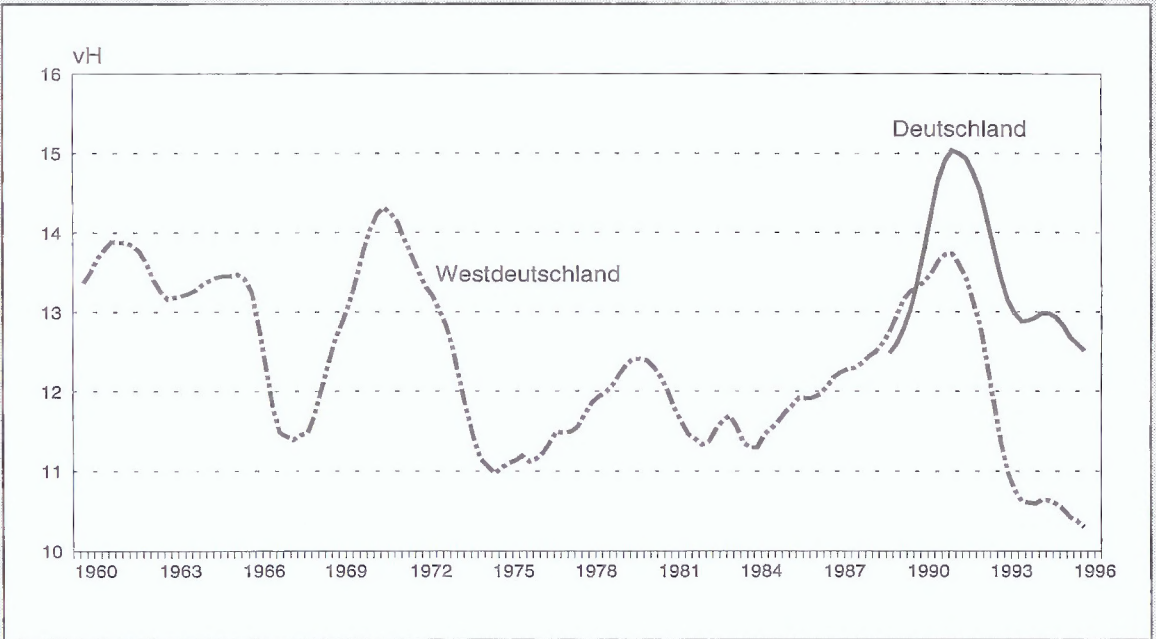
Die Erklärung der Investitionstätigkeit mit einer Renditegröße alleine aber ist, schon aus theoretischen Gründen, nicht sinnvoll. Angemessen ist vielmehr der Vergleich der erwarteten Rendite mit der Rendite einer Alternativanlage, in der Regel dem Zins auf Geld- oder Kapitalanlagen. In einer Volkswirtschaft gibt es zweifellos immer eine Reihe von Investitionsprojekten, deren erwartete Rendite so hoch ist, daß sie unabhängig von Zinsschwankungen durchgeführt werden. Darum aber geht es nicht. Für die Wachstumsdynamik einer Volkswirtschaft ist das entscheidend, was „an der Grenze passiert“, also, wieviele Investitionsprojekte zusätzlich in Angriff genommen werden und wie-

viele Arbeitsplätze damit zusätzlich geschaffen werden können. Für diese Veränderung der Investitionsdynamik ist das Verhältnis von erwarteter Rendite und Kapitalmarktzins (beides real oder nominal) ausschlaggebend. Immer gibt es Investitionsvorhaben, die bei niedrigeren Zinsen gerade noch oder bei höheren gerade nicht mehr rentabel sind.

Für die Vergangenheit läßt sich zwischen der Zins-Rendite-Relation und der Veränderung der Ausrüstungsinvestitionen in Westdeutschland auf der Ebene der Gesamtwirtschaft durchaus ein Zusammenhang beobachten (Schaubild 13). Aber auch hier zeigt sich in den neunziger Jahren eine deutliche Lockerung: Im Jahr 1993 kam es zu einem tiefen Einbruch der Investitionen, obwohl die Rendite-Zins-Relation auf dem erreichten hohen Niveau verharrte. Betrachtet man die Renditeverläufe in den wichtigsten Sektoren der Volkswirtschaft, ändert sich das Bild. Während die amtliche Statistik bei den Dienstleistungen, für die allerdings die am wenigsten belastbaren Informationen vorliegen, einen ungebrochenen Anstieg der Renditen ausweist, verzeichnet das verarbeitende Gewerbe nach 1991 einen dramatischen Einbruch seiner Sachkapitalrendite auf das tiefste Niveau seit 1960. Entscheidend dürfte dafür die europäische Investitionsschwäche in den neunziger Jahren und die Aufwertung der D-Mark in den frühen neunziger Jahren gewesen sein, die für das exportorien-

Schaubild 12

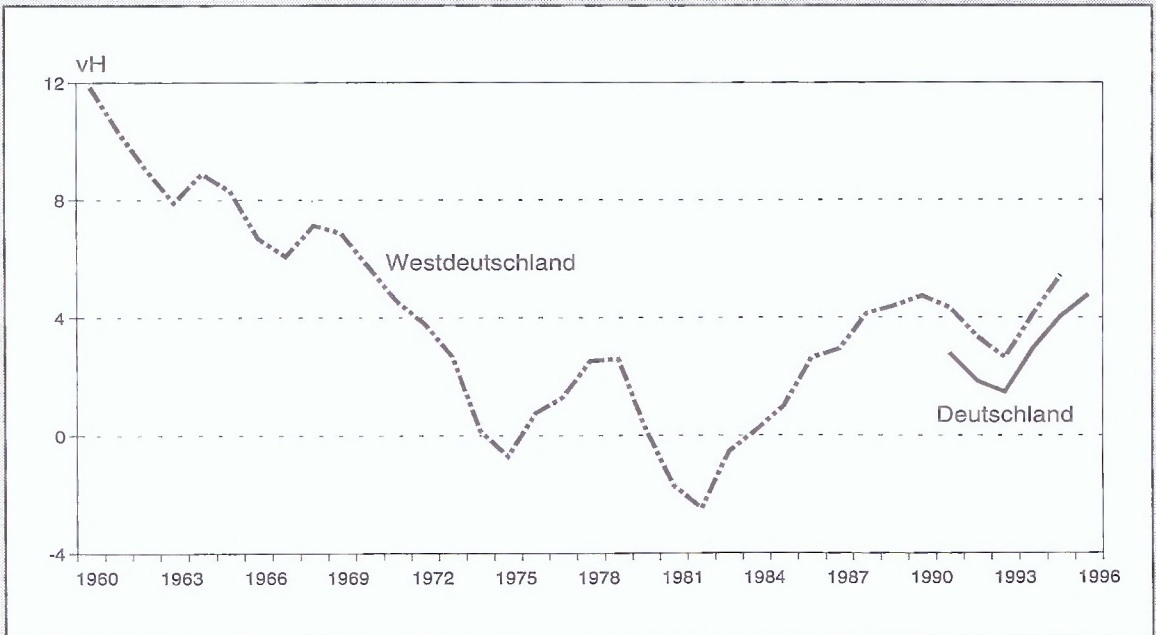
Investitionsquote¹



1) Ausrüstungsinvestitionen und Wirtschaftsbauinvestitionen in vH des BIP; in Preisen von 1991, saisonbereinigt (BV 4), gleitender Dreier.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, DIW.

Gewinn-Erlös-Relation¹

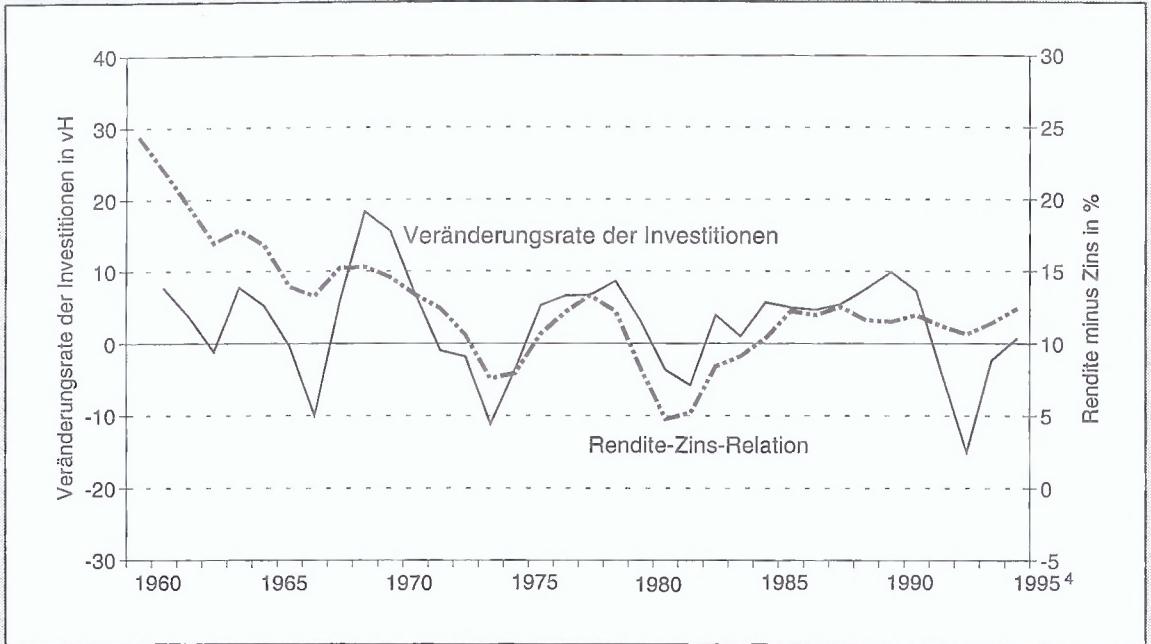


1) Gewinne in vH der Erlöse.

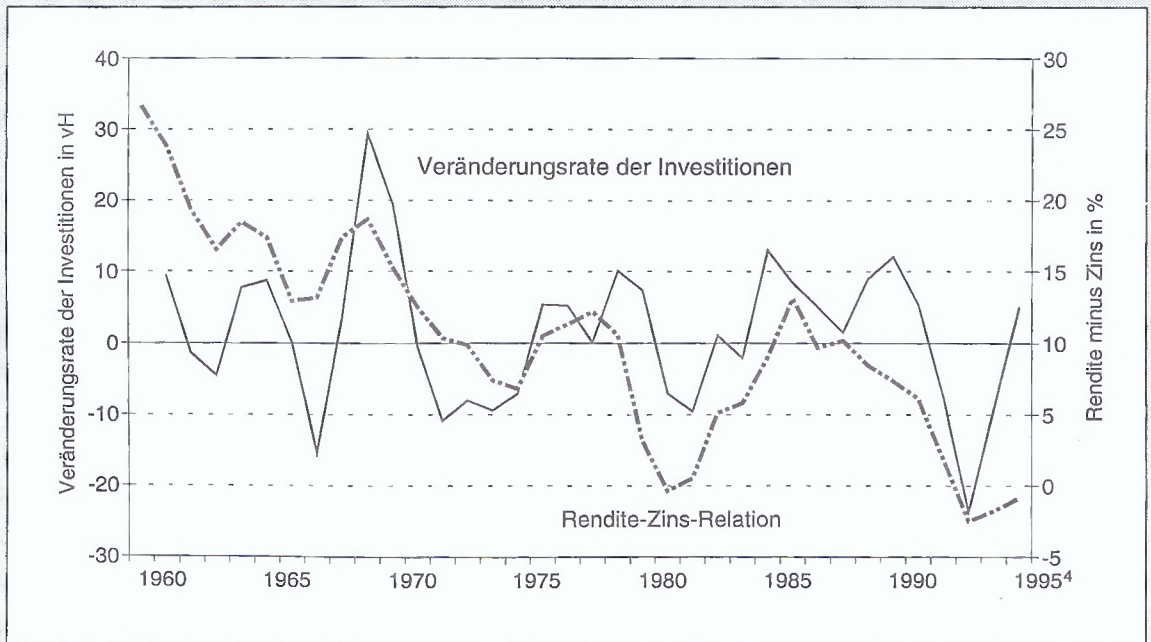
Quelle: Sachverständigenrat.

Schaubild 13

Investitionen¹ und Rendite-Zins-Relation² in Westdeutschland Unternehmen³



Verarbeitendes Gewerbe



1) Investitionen in neue Anlagen in Preisen von 1991. — 2) (Nettowertschöpfung in jeweiligen Preisen minus Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit minus kalkulatorischer Unternehmerlohn) in Relation zum Nettoanlagevermögen zu Anschaffungspreisen abzüglich Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere insgesamt. — 3) Produktionsunternehmen ohne Wohnungsvermietung, ohne Landwirtschaft. — 4) Schätzung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

tierte verarbeitende Gewerbe auch mit Hilfe der positiven Effekte der deutschen Vereinigung nicht auszugleichen waren.

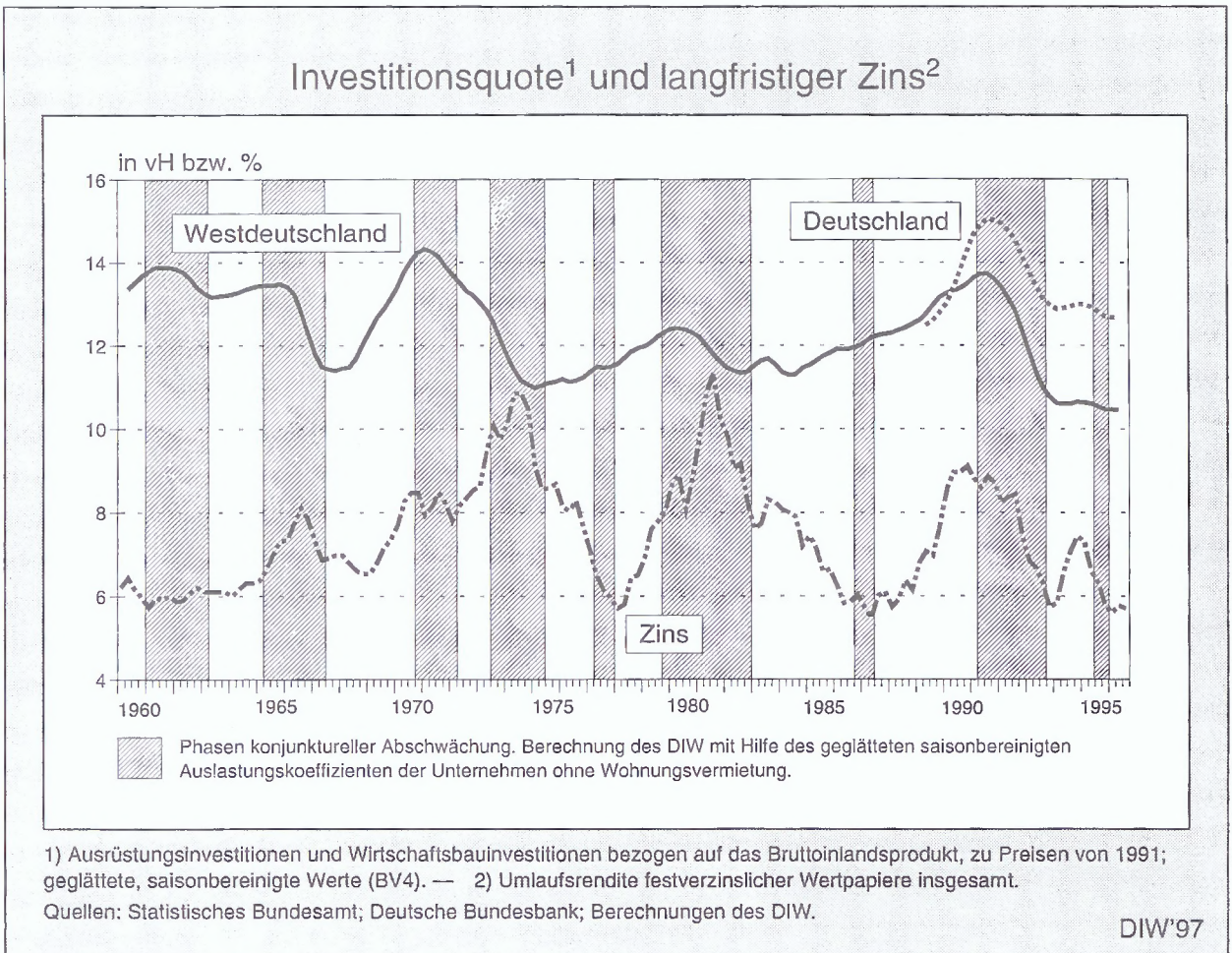
Im verarbeitenden Gewerbe brachte diese Entwicklung zusammen mit dem ihn zeitweilig noch verstärkenden Zinsanstieg einen Einbruch der Investitionstätigkeit mit sich (Schaubild 13), der von den übrigen Bereichen nicht ausgeglichen wurde. Nicht leicht zu erklären ist aber auch hier die Entwicklung in den letzten beiden Jahren: Die Investitionstätigkeit erholt sich zwar etwas, erreicht 1995 den positiven Bereich, hat sich jedoch zuletzt wieder abgeschwächt. Die Rendite-Zins-Relation bleibt auf dem gedrückten Niveau, obwohl die Zinsen — bei Betrachtung der jahresdurchschnittlichen Werte — niedrig bleiben.

Für eine prognostische Umsetzung stößt an dieser Stelle eine Analyse auf der Basis von Jahresdurchschnittswerten an Grenzen. Der kräftige Anstieg der langfristigen Zinsen im Jahre 1994 etwa, der für den jüngsten Rückschlag bei der Investitionstätigkeit in Europa verantwortlich war, verschwindet in den Jahresdurchschnitten nahezu, da er schon 1995 wieder korrigiert wurde. Der Zinsanstieg und die Aufwertung der D-Mark vom Frühjahr 1995 sind wohl

als die wichtigsten Komponenten einer Erklärung der anhaltenden Investitionsschwäche anzusehen, sie sind jedenfalls konsistent mit dem europäischen und dem amerikanischen Befund (Schaubild 14). Dafür, daß die Investitionsschwäche ein Indiz für ein deutsches „Standortproblem“ sein könnte, wie es der Sachverständigenrat vermutet, gibt es keinen Anhaltspunkt. Die Investitionsschwäche ist — bei unterschiedlichen Verläufen zwischen den Ländern — in ganz Europa seit Beginn der neunziger Jahre sehr ausgeprägt. Seit 1989 ist es lediglich in den USA gelungen, die realen Ausrüstungsinvestitionen deutlich zu erhöhen. Sie liegen dort heute um mehr als 30 vH über dem Wert von Mitte 1989; in Europa und in Deutschland wird lediglich das damalige Niveau gehalten.

Für das kommende Jahr ist wiederum nur mit einer leichten Belebung der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Infolge der Abwertung der D-Mark, der relativ niedrigen langfristigen Zinsen, sehr moderaten Lohnabschlüsse aber einer nur zögerlichen Belebung in Europa wird sich die Rendite im verarbeitenden Gewerbe zwar erhöhen, eine rasche Normalisierung der Rendite-Zins-Relation ist jedoch nicht in Sicht. Angesichts der hohen Auslastung

Schaubild 14



der Kapazitäten und geringer Arbeitslosigkeit in den USA ist dort in diesem, spätestens aber im nächsten Jahr mit einer Erhöhung der langfristigen Zinsen zu rechnen. Die europäische Geldpolitik wird sich dem — wie 1994 — wohl nicht in einem Maße entgegenstellen, wie es notwendig wäre, um den europäischen Investitionszyklus zur Reife kommen zu lassen. Zu sehr ist die europäische Geldpolitik Gefangene des verbreiteten Befundes, daß die langfristigen Zinsen in Europa, gemessen an der günstigen Gewinnsituation der Gesamtwirtschaft, ausreichend niedrig sind. Hinzu kommen in dem für die Qualifizierung für Maastricht entscheidenden Jahr die restriktiven Wirkungen der Finanzpolitik in Europa. Mit einer durchgreifenden Erholung der Investitionstätigkeit in Deutschland und Europa ist daher weder 1997 noch 1998 zu rechnen.

Zu viele Investitionen im Ausland?

Die Investitionsschwäche in Deutschland wird vielfach damit zu erklären versucht, daß wegen ungelöster Standortprobleme immer mehr deutsche Unternehmen im Ausland, nicht aber in ihre hiesigen Fertigungskapazitäten investierten und Ausländer sich nicht in ausreichendem Maße in Deutschland engagierten. In der Tat weist die Bilanz der Direktinvestitionen in den vergangenen 10 Jahren einen erheblichen Überschuß des Kapitalexports über den Import auf (Schaubild 15). Schon ein Blick auf die langanhaltende Investitionslethargie in Westeuropa und die davon besonders betroffenen Länder zeigt aber, daß es keinen Zusammenhang zwischen der Investitionsschwäche und der Bilanz der Direktinvestitionen gibt. Länder wie Frankreich, Spanien oder Schweden weisen in den neunziger Jahren zum Teil beachtliche Zuflüsse an Direktinvestitionen bei gleichzeitig äußerst schlechter eigener Investitionskonjunktur auf. Die oftmals im Zusammenhang mit der deutschen Direktinvestitionsbilanz suggerierte Vorstellung, die Direktinvestitionen in einem Land seien umso höher, je besser die Ertragsaussichten dort eingeschätzt werden, bestätigt sich jedenfalls auf Anhieb nicht.

Daß es kaum schlüssige Erklärungen für das Muster der Direktinvestitionsbilanz gibt, hat offenbar sehr viel mit der Art der Abgrenzung von Direktinvestitionen im Vergleich zu anderen Arten des Kapitalexports oder -imports zu tun. Beachtet man dies nicht und analysiert daher die Direktinvestitionen ohne den Zusammenhang mit den übrigen Posten der Zahlungsbilanz, sind Fehlschlüsse kaum zu vermeiden. Nach der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank gilt eine Finanzbeziehung als Direktinvestition, wenn der Investor mehr als 20 vH der Anteile oder Stimmrechte einer ausländischen Firma unmittelbar hält¹. Bleibt sein Engagement unterhalb dieser gesetzten Marke, gilt es als Finanzanlage. Das zeigt, was auch der Sachverständigenrat konstatiert, daß die Grenze zwischen „...Portfolioinvestitionen und Direktinvestitionen fließend...“ (Jahresgutachten 1996/1997, Tz. 67) ist. Betrachtet man die übrigen längerfristigen Anlagen in Deutschland, ergibt sich ein

gänzlich anderer Befund. Bei den Käufen von Wertpapieren² hat sich insbesondere in den neunziger Jahren ein erheblicher Zufluß von ausländischen Mitteln ergeben. Mit Ausnahme des Jahres 1994, als langfristige Anlagen in Deutschland wegen des Preisverfalls bei Langläufern in großem Maß gegen kurzfristige getauscht wurden, überstieg der Zufluß bei weitem den Abfluß. Im Jahr 1995 etwa wurden per Saldo 84 Mrd. DM von Ausländern in Deutschland angelegt, aber nur halb soviel von Deutschen im Ausland. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres sind bereits über 100 Mrd. DM zugeflossen, aber nur 45 Mrd. DM zum Kauf von ausländischen Papieren abgefloßen. Der „negative“ Saldo der Bilanz der Direktinvestitionen wird damit weit mehr als ausgeglichen (Schaubild 15).

Aber hier, ebenso wie bei den Direktinvestitionen, wäre der Schluß, Deutschland habe durch diese Zuflüsse etwas „gewonnen“, unangemessen. Selbstverständlich muß die gesamte Bilanz des längerfristigen Kapitalverkehrs im Zusammenhang mit den übrigen Komponenten der Zahlungsbilanz, dem kurzfristigen Kapitalverkehr und dem Güter- und Dienstleistungsaustausch, gesehen und gewürdigt werden. Der Kapitalzufluß der neunziger Jahre ist schlicht Ausdruck der Tatsache, daß im Zuge der Vereinigung Deutschlands vom Nettoexporteur zum Nettoimporteur von Kapital geworden ist. Das wiederum hat offensichtlich mit der hohen Absorption in Ostdeutschland und der geringen Produktion dort zu tun, nicht aber mit einem Standort- oder Wettbewerbsfähigkeitsproblem in Westdeutschland.

Daß Ausländer Portfolioinvestitionen der Direktinvestition in Deutschland vorziehen, ist ohne Zweifel auch Folge der hohen Löhne. Das ist aber völlig normal in dem Land, das an der Spitze der Lohn- und Produktivitätspyramide in der Welt steht. Man investiert in anderen Ländern oder andere Länder gewinnen im internationalen Strukturwandel, wenn die hohe Produktivität der am weitesten entwickelten Länder mit den niedrigen Löhnen der weniger entwickelten Länder kombiniert wird³. Dieses Investitionsmotiv kann offenbar für das Land an der Spitze der Pyramide nicht gelten, obwohl die Rendite auf Sach- und Finanzanlagen im Hochlohnland ebenso hoch oder höher

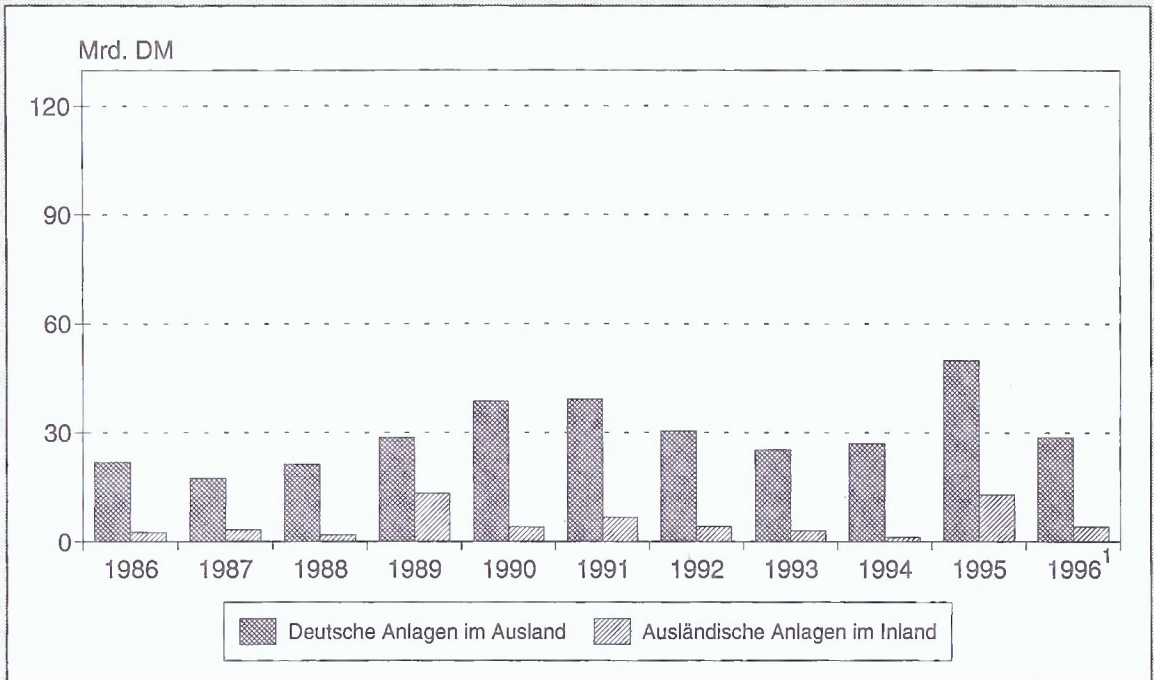
¹ Die Deutsche Bundesbank hat im Jahr 1989 diese Grenze von 25 vH auf 20 vH gesenkt. Daher sind die Werte davor und danach nicht voll vergleichbar.

² Dividendenzertifikate, Investmentzertifikate, festverzinsliche Wertpapiere, Geldmarktpapiere und Finanzderivate.

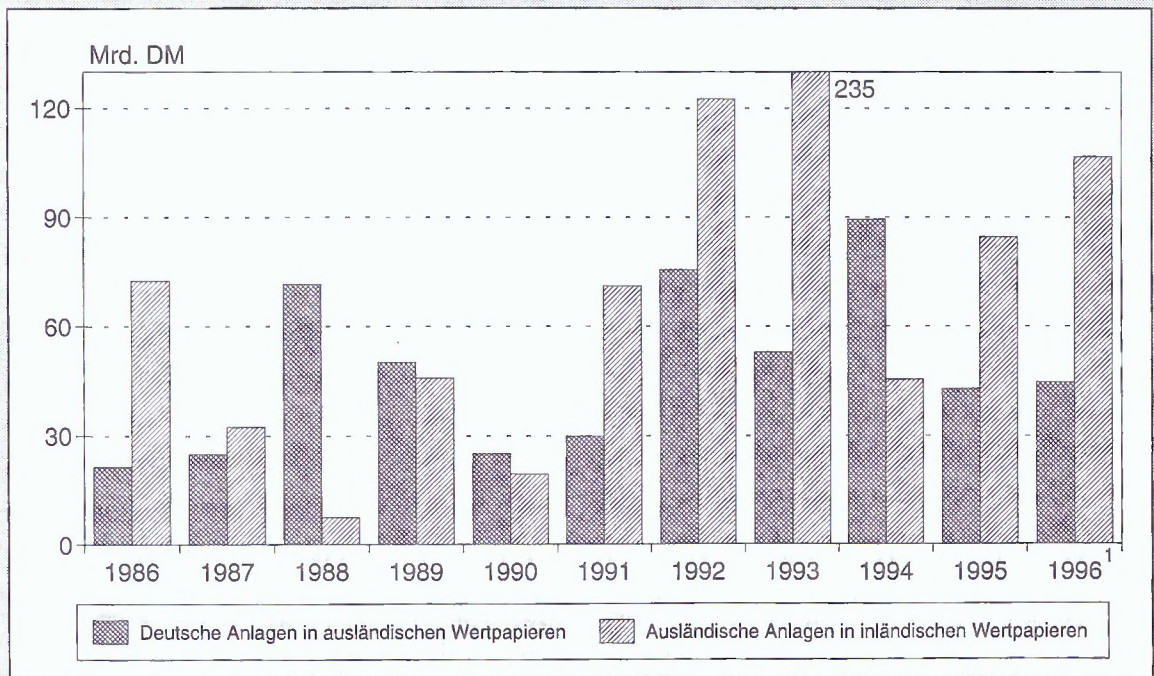
³ Die beschriebene Kombination von Löhnen und Produktivität ist Kennzeichen des internationalen Strukturwandels. Die zweite Form des Strukturwandels, die für die Länder an der Spitze viel bedeutender ist, bezeichnet man als intertemporalen Strukturwandel. Dabei wird eine durch Innovation erhöhte Produktivität von dem unternehmerischen Pionier mit den gegebenen hohen Löhnen kombiniert, um einen temporären Monopolgewinn zu realisieren. Vgl. dazu: H. Flassbeck: Die Weltwirtschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts und die Herausforderungen für den Westen, in: Burkhard Lutz, Mathias Hartmann und Hartmut Hirsch-Kreinsen (Hrsg.), Produzieren im 21. Jahrhundert — Herausforderungen für die deutsche Industrie, München 1996.

Schaubild 15

Kapitalverkehr mit dem Ausland Direktinvestitionen



Saldo der Käufe und Verkäufe von Wertpapieren



1) Nur die ersten drei Quartale des Jahres.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

als in den Niedriglohnländern sein kann. Das Hochlohnland wird folglich unter normalen Umständen per saldo „Direktinvestitionen“ exportieren. Dieser Effekt wird noch verstärkt, wenn die Währung des Landes an der Spitze aufwertet. Die Tatsache, daß Japan in weit größerem Ausmaß als Deutschland Nettoexporteur bei Direktinvestitionen ist, unterstreicht diesen Zusammenhang. Den Platz an der Spitze aufzugeben, um mehr Direktinvestitionen anzuziehen, wäre sicherlich eine absurde „Lösung“. Das wäre so, als wenn ein Läufer auf den Sieg in einem Rennen verzichtet, nur um in den Genuß des Windschattens zu kommen.

Ostdeutschland: Aufholprozeß vorzeitig beendet

Die Wirtschaft in Ostdeutschland befindet sich erneut an einem Wendepunkt. Nach drei Jahren rascher Expansion droht nun eine Krise, weil die Impulse des Neuaufbaus und der Privatisierung schwächer werden und Neues nicht an ihre Stelle tritt. Die Bauwirtschaft, deren Gewicht an der gesamten Produktion in den neuen Ländern das in den alten bei weitem übertrifft, schrumpfte schon im vergangenen Jahr wegen rückläufiger Investitionen der öffentlichen Hand und der Industrie. Sie wird in diesem Jahr ihre letzte Stütze — den privaten Wohnungsbau — verlieren und damit deutlich das Ergebnis vom Vorjahr unterschreiten.

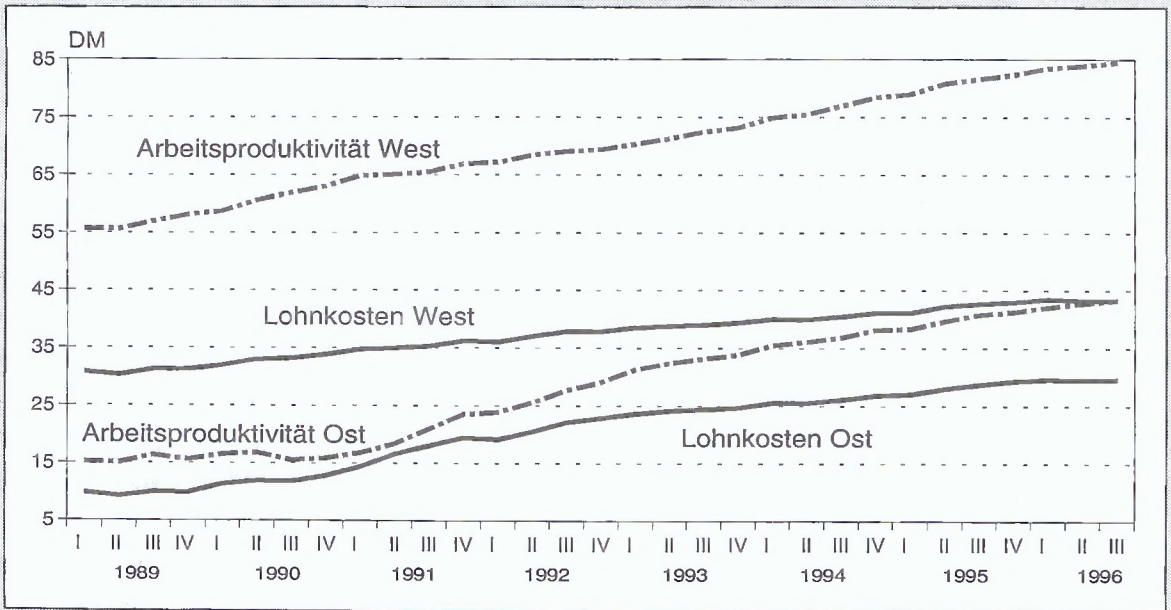
Auch in der Industrie kann von einer Fortsetzung der Aufholjagd gegenüber dem Westen nicht die Rede sein (Schaubild 10). Die Auftragseingänge aus dem In- und Ausland stagnieren seit mehr als einem Jahr. Eine Umfrage des DIW vom Herbst vergangenen Jahres zeigt, daß die Industrieunternehmen ihre Lage überwiegend weit skeptischer einschätzen als im Frühjahr 1995. Auch am Arbeitsmarkt, wo sich nach der Vereinigung die ungelösten Probleme kumuliert hatten, hinterläßt die nachlassende Dynamik ihre Spuren. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Zuge des Aufschwungs von 1994 zeitweise gesunken war, steigt seit Frühjahr 1995 wieder, zuletzt sogar beschleunigt.

Häufig wird darauf verwiesen, daß eine Normalisierung des Wachstumstempos in Ostdeutschland unvermeidlich war und daher die jetzige Verlangsamung hingenommen werden sollte. Die Anpassung an die Verhältnisse in Westdeutschland ist aber längst noch nicht so weit fortgeschritten, daß man zur Tagesordnung übergehen und eine Expansion im Tempo Westdeutschlands akzeptieren könnte. Der Rückstand bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität lag 1996 noch bei über 50 vH, und der Abstand bei den für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Lohnstückkosten beträgt etwa 35 vH und vergrößert sich seit 1995 wieder⁴. Je geleistete Beschäftigtenstunde belief

⁴ Die Berechnungen beziehen sich auf das nominale Bruttoinlandsprodukt.

Schaubild 16

Arbeitsproduktivität¹ und Lohnkosten² in Ost- und Westdeutschland



1) Nominale BIP je geleistete Beschäftigtenstunde. — 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je geleistete Beschäftigtenstunde. — Alle Werte saisonbereinigt mit dem Berliner Verfahren (BV 4).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

sich in Ostdeutschland zuletzt die Produktivität auf knapp 43 DM; die Löhne pro Stunde lagen bei 29 DM. In Westdeutschland stand dagegen Löhnen von etwa 44 DM pro Stunde eine Produktivität von über 80 DM gegenüber⁵ (Schaubild 16).

Das bedeutet, daß die Betriebe in den neuen Bundesländern im Durchschnitt viel zu geringe Gewinne erzielen, um im Wettbewerb bestehen zu können. Unmittelbarer Ausdruck dessen ist die Eigenkapitalschwäche vieler Unternehmen. Selbst in der Industrie, wo viele neue Betriebe entstanden sind und im Zuge des Privatisierungsprozesses vieles modernisiert wurde, ist der Abstand bei der Wettbewerbsfähigkeit zum Westen noch beträchtlich. Das liegt vor allem daran, daß der Kapitalstock je Erwerbstätigen auch in der Industrie bei weitem noch nicht das Niveau des Westens erreicht hat; nach Schätzungen des DIW dürfte er erst etwa $\frac{3}{4}$ des Wertes in den alten Ländern betragen. Die Kombination von Gewinnsschwäche und mangelnder Kapitalausstattung verhindert von vornherein eine Selbstheilung. Wird nicht erneut von außen interveniert, wird Ostdeutschland nicht in absehbarer Zeit zu einem selbsttragenden Aufschwung finden. Auf viele Jahre hinaus wäre die Chance eines Aufholens vertan. Später wird der Versuch, den Aufholprozeß dann wieder in Gang zu setzen, weit größere staatliche Mittel erfordern und damit politisch viel schwerer durchsetzbar sein.

Wachstum insgesamt zu schwach

Alles in allem wird die deutsche Wirtschaft nach $1\frac{1}{2}$ vH 1996⁶ in diesem Jahr um etwa 2 vH expandieren. Das Ziel eines angemessenen Wachstums wird damit verfehlt. Das Wachstumstempo ist nämlich einerseits nicht ausreichend, um Entlastung am Arbeitsmarkt zu bringen (Schaubild 17), und andererseits viel zu gering, um den noch immer bestehenden Herausforderungen aus der Deutschen Einigung gerecht zu werden. Die Arbeitslosigkeit in Ost und West wird bis weit in das nächste Jahr hinein steigen, in der Spitze werden 4,5 Millionen Menschen keine Arbeit haben. Äußerst erfolgreich ist Deutschland lediglich bei der Preisstabilität; auf der Verbraucherstufe werden die Preise kaum noch steigen, auf der Erzeugerstufe sogar weiter sinken.

Insbesondere die dramatische Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik in den neuen Bundesländern ist Anlaß zu großer Besorgnis. Hier müßten auf viele Jahre hinaus Wachstumsraten in der Größenordnung von 4 bis 5 vH erzielt werden, damit Ostdeutschland zu Westdeutschland aufschließen kann. Aber auch für Westdeutschland ist die Entwicklung enttäuschend. Seit dem Ende der Rezession im Jahre 1993 bis zum Ende des vergangenen Jahres ist die deutsche Wirtschaft insgesamt lediglich um $5\frac{1}{2}$ vH gewachsen. Das ist — trotz Vereinigung — weit weniger als das, was im bisher schwächsten Aufschwung Anfang der achtziger Jahre von Westdeutschland allein erreicht wurde. Dafür weltweite Veränderungen oder die „Globali-

sierung“ verantwortlich zu machen, ist mehr als fragwürdig. Nimmt man alles zusammen, waren die Exporte — insbesondere diejenigen in die Niedriglohnländer Asiens und Osteuropas — trotz einer erheblichen Aufwertung die einzige dynamische Komponente der Gesamtnachfrage. Während die Inlandsnachfrage seit Beginn der Aufwärtsentwicklung nur um knapp 7 vH zulegte, stieg der Export um fast 20 vH.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Sparen als Voraussetzung zum Investieren?

Das „Sparen“ ist in den vergangenen Jahren immer mehr zu einer zentralen Zielvorstellung der Wirtschaftspolitik geworden. Die Bundesregierung beschließt „Sparpakete“, um die wirtschaftlichen Herausforderungen im Gefolge der deutschen Währungsunion und im Vorfeld der europäischen Währungsunion zu meistern. In ganz Europa ist nach den Vorstellungen der Wirtschaftspolitiker staatliches Sparen gefordert, um die künftige europäische Währung stabil und die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Der gerade beim europäischen Gipfel in Dublin verabschiedete Stabilitätspakt setzt konsequent darauf, daß eine „solide“ Finanz- und Wirtschaftspolitik die wichtigste Voraussetzung für die Schaffung von ausreichend vielen Arbeitsplätzen ist.

Eng verbunden mit der Einschätzung der wirtschaftspolitischen Bedeutung des „Sparens“ ist die Überzeugung, der „Sozial- oder Wohlfahrtsstaat“ sei die eigentliche Ursache der wirtschaftlichen Probleme und insbesondere der Arbeitslosigkeit. Der Sozialstaat sei „inhärent instabil“, weil er die Leistungsfähigkeit und -willigkeit der Bürger überfordere, er müsse folglich abgespeckt oder umgebaut werden. Wenn alle den Gürtel enger schnallen, also „sparen“, so die Verheißung, werde „am Ende“ mehr Konsum möglich sein. Nur wer heute weniger ausgibt, also etwas zurücklegt, könne investieren und morgen die Früchte seiner Investition ernten.

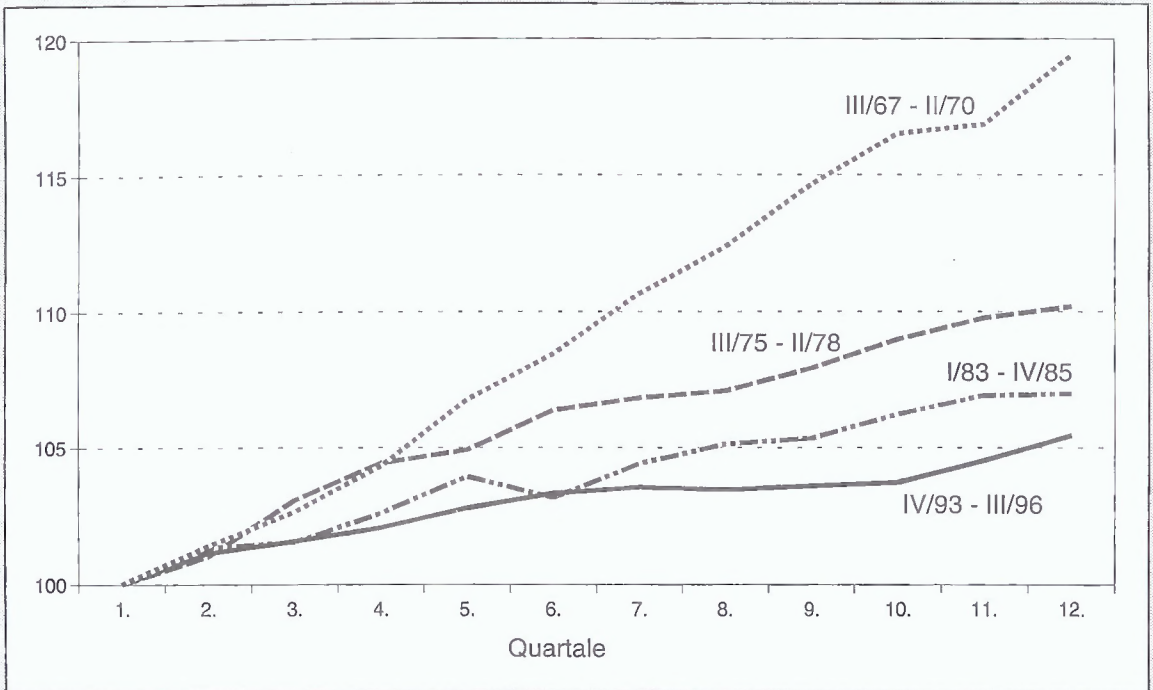
Diese Vorstellung ist nicht neu. Sie ist sogar naheliegend, beschreibt sie doch korrekt das Verhalten und die wirtschaftlichen Möglichkeiten eines einzelnen Haushaltes oder eines Unternehmens. In einer gesamtwirtschaftlichen Betrachtung aber, und das ist für die Wirtschaftspolitik die einzig relevante Sichtweise, führt die Idee des der Investition vorangehenden Sparens in die Irre. Der Kern des Mißverständnisses liegt in der immer gewährleisteten Identität von realisiertem Sparen und realisiertem Investieren. Für die Zukunft lassen sich aber daraus keine Schlüsse ziehen. Die Entscheidung eines privaten oder

⁵ Anders als in der Gemeinschaftsdiagnose der Institute vom Herbst wurde hier bei der Produktivität mit den Beschäftigtenstunden und nicht den Erwerbstätigenstunden gerechnet. Das ist sinnvoll, um die Vergleichbarkeit mit den Bruttoeinkommen je Beschäftigtenstunde zu verbessern.

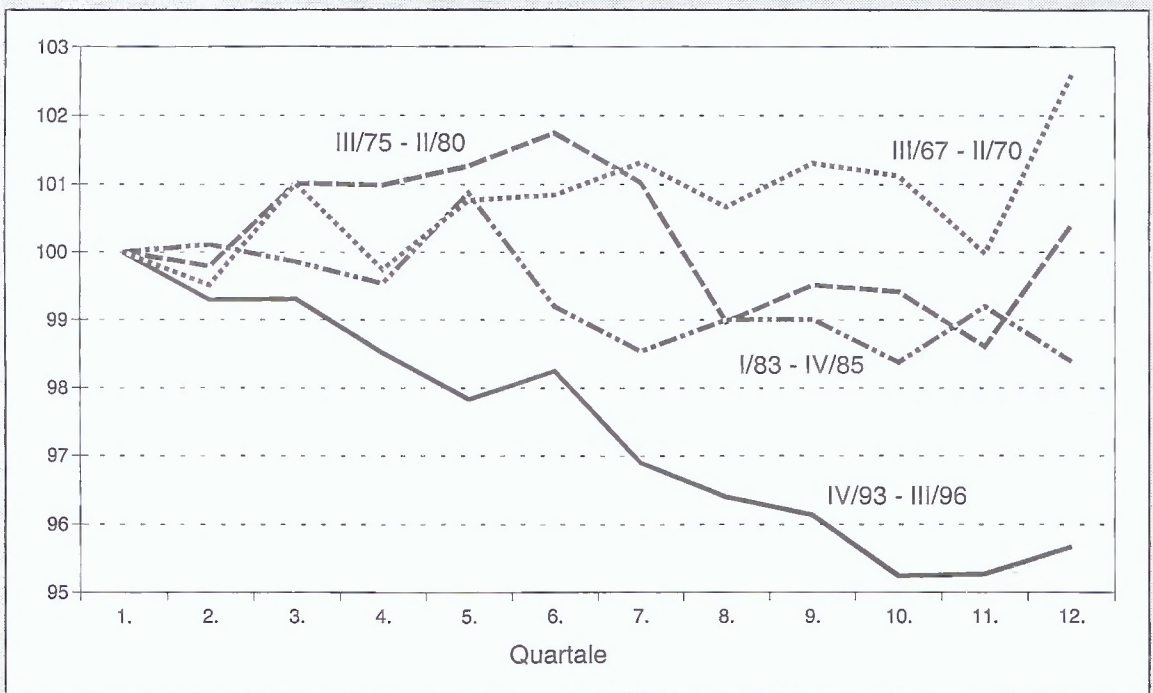
⁶ Vgl. hierzu auch Kasten auf S. 16.

Schaubild 17

Wachstum und Beschäftigung im Zyklenvergleich¹ Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1991



Gesamtwirtschaftliches Arbeitsvolumen



1) 1. Quartal des jeweiligen Aufschwungs auf 100 normiert. Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 4).

eines staatlichen Haushaltes, in der Zukunft von den ihm zufließenden Einnahmen weniger auszugeben, erhöht die Investitionstätigkeit der Volkswirtschaft insgesamt nicht ohne weiteres. Sogar das Gegenteil ist richtig: Entschließen sich die wichtigsten Gruppen einer Wirtschaft, private Haushalte, der Staat und das Ausland, in der nächsten Periode bei den unter normalen Umständen zu erwartenden Einnahmen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben zu erzielen, wird die Investitionstätigkeit, d.h., das gesamtwirtschaftliche Sparen, mit Sicherheit abnehmen. Die Unternehmen als Gruppe verzeichnen dann sinkende Einnahmen, was sie veranlassen wird, weniger zu investieren und Arbeitskräfte zu entlassen. Die privaten Haushalte und der Staat können in diesem Fall die erwarteten Einnahmen nicht erzielen und folglich den ursprünglich geplanten Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben nur zu realisieren versuchen, indem sie wiederum ihre Ausgabepläne nach unten anpassen. Doch auch darauf müssen die Unternehmen erneut mit der Verminderung ihrer Ausgaben für Arbeit und Vorleistungen reagieren.

Umgekehrt ist mehr Ausgeben häufig der Weg, bei dem am Ende am meisten investitionswirksam gespart wird. Planen alle bei einem bestimmtem erwarteten Einkommen mehr auszugeben als zuvor, so ist das für die Unternehmen Anlaß, in mehr neue Sachanlagen zu investieren und mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen. Das Einkommen ist dann höher als erwartet, und damit ist auch — selbst bei konstantem Anteil des Sparens am Einkommen des Staates und der privaten Haushalte (Defizit- oder Sparquote) — die insgesamt investierte und gesparte Summe größer.

Dieser Einnahmen-Ausgaben-Logik kann man sich nur mit Hilfe einer Argumentation bezüglich der Wirkungen des geplanten Sparens oder Nicht-Sparens auf die Kapitalmärkte entziehen. Nur wenn der Versuch der öffentlichen und privaten Haushalte, ihren Einnahmeüberschuß zu vergrößern oder den Ausgabeüberschuß abzubauen, am Kapitalmarkt zu einer so starken Zinssenkung führt, daß die negative Wirkung der geringeren Einnahmen für die Unternehmen dadurch ausgeglichen wird, ist die Investitionstätigkeit insgesamt nicht gefährdet. Es ist erstaunlich, daß gerade im Zeitalter liberalisierter und globalisierter Kapitalmärkte in der Argumentation der nationalen Wirtschaftspolitik hinsichtlich der staatlichen Verschuldung immer wieder auf diesen Zusammenhang zurückgegriffen wird. Noch niemals war die weltweite Verflechtung der Kapitalmärkte und damit der internationale Zinszusammenhang so eng wie heute, noch niemals haben die Märkte in einem Ausmaß wie heute die Reaktionen der Notenbanken in ihr Kalkül aufgenommen und noch niemals haben politische Entscheidungen so rasch die Wechselkursänderungserwartungen für eine Währung beeinflussen können, wie jüngst die Angleichung der Zinsen in Italien und Spanien an das deutsche Niveau gezeigt hat. Die Vermutung, daß gerade in dieser Welt massiver Bewegungen beim Kapitalangebot, ausgelöst durch gewaltige Umschichtungen beim Bestand an Wertpapieren, natio-

nale Einnahme- und Ausgabeentscheidungen des Staates oder der privaten Haushalte einen Einfluß auf den Zins in der nötigen Quantität und in der richtigen Richtung haben, ist durch nichts zu belegen.

Richtig ist allerdings, daß wegen der Volatilität der Märkte nationale Entwicklungen die Erwartungen der Marktteilnehmer beeinflussen können. Doch das ist ein Argument gegen die Politik des einzelwirtschaftlichen Sparens und nicht dafür. Sonst müßte man annehmen, die Märkte honorierten zum Scheitern verurteilte Versuche, das nationale Sparen mittels einzelwirtschaftlicher Sparaktionen zu erhöhen, nicht aber die Ergebnisse der Politik. Doch ob die Bewertung der Märkte in allen Fällen angemessen ist, ist eine offene Frage. So hätte man beispielsweise vermuten müssen, daß eine Politik, die eine drastische Verminderung der Sparquote der privaten Haushalte in den vergangenen fünf Jahren in Deutschland zugelassen oder gar gefördert hat, von den Anlegern auf den internationalen Kapitalmärkten mit Abwertungserwartungen und hohen langfristigen Zinsen bestraft wird.

Der Sozialstaat und die deutsche Vereinigung

Neben der Globalisierung wird das Ausufern des Sozialstaates als eine der Ursachen für die Abgabenhöhe und die hohe Arbeitslosigkeit genannt. Die Vorstellung ist weit verbreitet, daß Deutschland „über seine Verhältnisse gelebt“ oder „zu sehr aus dem Vollen geschöpft habe“. Der am häufigsten verwendete Beleg dafür ist der Anstieg der „Staatsquote“ (Relation von Staatsausgaben zu nominalem Bruttoinlandsprodukt) von 45,8 vH im Jahr 1989 auf 50,5 vH im vergangenen Jahr. Das ist in gewisser Weise richtig, hat aber ganz andere Ursachen als die, die üblicherweise dafür herangezogen werden. In der öffentlichen und politischen Diskussion wird der Eindruck erweckt, es sei gerade in den neunziger Jahren zu einer Schieflage des sozialen Systems gekommen, weil das Leistungsniveau überhöht sei und das System dazu tendiert, von denen ausgenutzt zu werden, die in den Genuß der in ihm umverteilten Mittel kommen. Dabei wird übersehen, daß der Anstieg der Staatsquote fast ausschließlich auf die wirtschaftspolitischen Grundentscheidungen im Zuge der deutschen Vereinigung und deren wirtschaftliche Folgen zurückzuführen ist. Nach Berechnungen des DIW sind mindestens zwei Drittel des Anstiegs der Staatsquote der Vereinigung zuzurechnen. Die Umverteilung von West nach Ost erreichte in den letzten Jahren eine Summe zwischen 150 und 200 Mrd. DM jährlich. Eine solche Summe, etwa 6 vH des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts oder 11 vH der gesamten staatlichen Ausgaben, muß wie alles, was der Staat verteilt, von anderen aufgebracht werden. Angesichts der politischen Entscheidungen zur Verwirklichung der deutschen Einheit auf dem gewählten Wege war eine massive Anhebung der staatlichen Abgaben und/oder der staatlichen Verschuldung unumgänglich.

Wer dafür plädiert, den Staatsanteil durch Senkung der staatlichen Ausgaben rasch auf den Wert von 1989 zurückzuführen, verlangt in der Regel ohne es auszusprechen, daß alle diejenigen, die Nutznießer staatlicher Umverteilung im weitesten Sinne sind, die Lasten der deutschen Einigung zu einem erheblichen Teil tragen sollten. Aber auch dafür gibt es keine Begründung. Wenn es Konstruktionsfehler in den Systemen der sozialen Sicherung gibt, deren Korrektur es erlaubt, die gleichen Ziele mit geringerem Aufwand zu erreichen, sollten diese Fehler beseitigt werden. Der pauschale Versuch einer Senkung der Staatsquote fügt in der Regel den alten Fehlern neue hinzu, ohne die Probleme wirklich lösen zu können.

Ein Beispiel dafür unter vielen ist die Diskussion um die Zukunft der Rentenversicherung. Vielfach wird argumentiert, man müsse die Finanzierung der Rentenversicherung grundlegend umstellen, weg von dem heute praktizierten Umlageverfahren, bei dem die jetzt Arbeitenden die Renten der vorangegangenen Generationen finanzieren, auf ein Kapitaldeckungsverfahren, bei dem der einzelne anspart, um seine Rente durch Zinsen und Entsparen von Vermögen in der Zukunft scheinbar selbst zu finanzieren. Aber ein Kapitaldeckungsverfahren hätte die Probleme der deutschen Einigung bei den gleichen politischen Grundentscheidungen ebensowenig lösen können wie das vorhandene System. In Ostdeutschland ist ja gerade kein Kapitalstock vorhanden, aus dem heraus eine Rente für die Bevölkerung dort bezahlt werden könnte. Hätte die Bevölkerung in der DDR früher angespart, hätte es auch nicht geholfen, denn der Kapitalstock wäre auch dann entwertet worden. Hätte man bei einem Kapitaldeckungsverfahren nicht auf die Rentenversicherung zur Finanzierung der Kosten der Einigung zurückgreifen können, wären die Steuern stärker erhöht worden. Der einzelne hätte dann, um seinen Rentenanspruch, also seinen Anspruch auf Konsum zu einem späteren Zeitpunkt zu erhalten, auf Konsum heute verzichten müssen. Bei einer solchen Notwendigkeit zur Umverteilung, wie sie im Zuge der Vereinigung entstanden ist, hätte ein anderes Rentensystem keine besonderen Vorteile geboten.

Das gilt übrigens auch für den Fall einer starken Überalterung der Bevölkerung, wie er zu Beginn des neuen Jahrtausends in Deutschland und Europa droht: Heute angespartes Kapital kann nur angemessen bedient werden, wenn auch später ein ausreichend großer wettbewerbsfähiger Kapitalstock zur Verfügung steht. Ist das nicht der Fall, weil die erwerbstätige Bevölkerung stark schrumpft, müssen auch die Ansprüche aus dem angesparten Kapital reduziert werden. In jeder Wirtschaftsform kann Einkommen immer nur aus der Nutzung des vorhandenen Kapitalstocks fließen. Die Anfälligkeit eines Kapitaldeckungsverfahrens gegenüber demographischen Schwankungen mag bei offenen Kapitalmärkten dadurch etwas gemildert werden, daß Ersparnisse in bevölkerungsreichen Ländern angelegt werden können. Dieser Möglichkeit sind aber enge Grenzen gesetzt. Die kapitalexportie-

renden Länder müssen — als Korrelat des Kapitalexports — Leistungsbilanzüberschüsse realisieren, deren Arbeitsmarkt- und Kapitalmarktwirkungen von den kapitalimportierenden Ländern auf Dauer hingenommen werden müssen. Das wiederum bedeutet, wie die Entwicklung in Japan und Deutschland in den achtziger Jahren gezeigt hat, daß die Überschußländer in hohem Maße Aufwertungsrisiken zu tragen haben, die zum einen die Auslandsanlagen rasch und massiv entwerten können und zum anderen die eigene Wirtschaft schwer schädigen. Eine Immunisierung des Kapitaldeckungsverfahrens gegen Veränderungen in der Altersstruktur gibt es daher nicht.

Ein weiteres Beispiel ist die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdienstleistungen. Es entspricht offenbar den Präferenzen der Bevölkerung, bei steigendem Wohlstand vermehrt Gesundheitsdienstleistungen nachzufragen. In Deutschland wird das aber durchweg als Problem empfunden, weil die Finanzierung zu einem erheblichen Teil über staatlich vorgeschriebene Zwangsabgaben erfolgt und angesichts vermutlich geringerer Produktivitätsfortschritte als in der Industrie die Preise in diesem Sektor schneller steigen als anderswo, so daß ein steigender Teil des Einkommens dafür aufgewendet wird. Im Zuge des pauschalen Versuchs, den Staatsanteil zu vermindern, wird eine Vielzahl ordnungspolitisch äußerst bedenklicher Maßnahmen eingeleitet, die die Effizienz der Gesundheitsversorgung verschlechtern und damit den Präferenzen der Bevölkerung zuwiderlaufen. Auch kann man die Einkommensentwicklung im Gesundheitssektor von der im Rest der Wirtschaft nicht generell abkoppeln. Folglich muß man Regelungen finden, die langfristig Mißbrauch auf der Seite der Anbieter und der Nachfrager von Gesundheitsdienstleistungen vermeiden helfen. Ein richtiger Schritt war sicherlich der Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen. Nicht hilfreich war aber der Versuch der Gesundheitspolitik, die Kosten kurzfristig zu „decken“ oder die Einnahmen der Kassen zu plafondieren, ohne ihnen hinreichende Möglichkeiten zu geben, ihre Mittel effizient zu verwenden.

Der Sozialstaat als solcher ist nicht instabil. Aber er kann, wie jedes System der Umverteilung, überfordert werden, wenn, wie im Zuge der deutschen Einigung geschehen, ihm zusätzliche Leistungen abverlangt werden, für die von der Politik auf lange Frist die Solidarität der gesamten Gesellschaft hätte eingefordert werden müssen. Zudem ist die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems abhängig von einer ausreichenden Dynamik der Entwicklung. Ist diese, wie vor allem in den neunziger Jahren in Westeuropa, nicht gegeben, kommt es unweigerlich zu Belastungen aus zunehmender Erwerbslosigkeit, die die staatlichen Kassen ebenso wie die Sozialversicherungen zu steigenden Abgaben zwingen. Doch der Sozialstaat ist nicht die Ursache der Arbeitslosigkeit. Löhne und Lohnnebenkosten sind in fast allen Ländern Europas in den gesamten achtziger Jahren weniger stark gestiegen als die Produktivität und die Preise, so daß sich die Gewinnsitua-

tion durchweg verbessert hat. Die Arbeitslosigkeit ist vielmehr die zentrale Ursache der Probleme des Sozialstaates. Die Arbeitslosigkeit wiederum ist aber die Folge eines ungeeigneten Politikansatzes, weil gesamtwirtschaftliches Denken an den Rand gedrängt wurde und die Wirtschaftspolitik in Europa in immer stärkerem Maße auf ungeeignete einzelwirtschaftliche Analogien baut.

Finanzpolitik

Die Finanzpolitik steckt in der Klemme. Sie konnte auch 1996 ihr Ziel, die Haushaltsdefizite zu verringern, nicht erreichen. Im Gegenteil — die Defizite waren mit 137 Mrd. DM bzw. 3,9 vH des nominalen Bruttoinlandsproduktes so hoch wie nie zuvor. Ursächlich für diese Entwick-

Tabelle 6

Nachfrageimpulse des Staates¹⁾ in Mrd. DM (+ expansiv / — kontraktiv)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Steuern								
Tatsächliches Volumen	569,5	686,8	751,5	770,4	808,0	835,1	826,0	841,0
Neutralitätslinie ²⁾	597,2	666,5	754,6	803,3	803,9	841,2	868,5	855,0
Impuls	27,7	−20,4	3,1	32,9	−4,1	6,1	42,5	14,0
Sozialbeiträge								
Tatsächliches Volumen	408,1	511,5	560,9	594,2	638,3	667,1	698,5	726,5
Neutralitätslinie ²⁾	409,2	477,6	562,0	599,5	620,0	664,6	694,0	723,5
Impuls	1,1	−33,9	1,1	5,3	−18,3	−2,4	−4,5	−3,0
Sonstige Einnahmen³⁾								
Tatsächliches Volumen	46,3	56,5	70,8	69,8	71,9	75,3	71,0	75,0
Neutralitätslinie ²⁾	44,2	54,2	62,0	75,7	72,8	74,9	78,5	73,5
Impuls	−2,1	−2,3	−8,8	5,9	0,9	−0,4	7,5	−1,5
Summe der Einnahmen								
Tatsächliches Volumen	1 023,9	1 254,8	1 383,2	1 434,3	1 518,2	1 577,4	1 595,5	1 642,5
Neutralitätslinie ²⁾	1 050,6	1 198,3	1 378,6	1 478,4	1 496,7	1 580,8	1 640,5	1 652,0
Impuls	26,7	−56,5	−4,6	44,1	−21,5	3,3	45,0	10,0
Staatsverbrauch ./ Absreibungen								
Tatsächliches Volumen	427,4	536,8	594,5	610,7	625,7	649,7	673,0	683,0
Neutralitätslinie ²⁾	431,7	500,2	589,8	635,4	637,3	651,5	675,5	697,0
Impuls	−4,2	36,6	4,7	−24,7	−11,6	−1,7	−2,5	−14,0
Bruttoinvestitionen								
Tatsächliches Volumen	55,5	75,0	87,2	87,0	89,7	86,7	81,5	78,5
Neutralitätslinie ²⁾	56,1	65,0	82,4	93,2	90,8	93,4	90,0	84,5
Impuls	−0,5	10,0	4,8	−6,2	−1,1	−6,6	−8,5	−6,0
Transfers⁴⁾								
Tatsächliches Volumen	478,9	642,6	730,9	773,8	780,9	824,1	844,5	864,0
Neutralitätslinie ²⁾	474,3	560,5	706,0	781,2	807,4	813,0	857,0	875,0
Impuls	4,7	82,1	24,9	−7,4	−26,6	11,1	−12,5	−11,0
Summe der Ausgaben								
Tatsächliches Volumen	961,9	1 254,4	1 412,6	1 471,5	1 496,2	1 560,6	1 599,0	1 626,0
Neutralitätslinie ²⁾	962,0	1 125,7	1 378,2	1 509,8	1 535,6	1 557,8	1 623,0	1 657,0
Impuls	−0,1	128,8	34,4	−38,3	−39,3	2,7	−23,5	−31,0
Nachrichtlich:								
Zinsausgaben								
Tatsächliches Volumen	50,7	63,0	82,7	77,7	83,5	106,8	113,0	119,5
Neutralitätslinie ²⁾	52,6	59,3	69,2	88,4	81,1	86,9	111,0	117,0
Impuls	−1,9	3,6	13,5	−10,7	2,4	19,9 ⁵⁾	1,5	3,0

1) Ohne Transaktionen mit der übrigen Welt. — 2) Als Neutralitätslinie sind die jeweils mit dem Zuwachs des nominalen Produktionspotentials fortgeschriebenen Einnahmen- und Ausgabenströme definiert. — 3) Ohne Bundesbankgewinn. — 4) Einschließlich Defizitübernahme von der Treuhandanstalt. — 5) Einschließlich Zinsen für Erblastentilgungsfonds.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

lung waren insbesondere die schleppende Konjunktur und in ihrem Gefolge eine weitere Verschlechterung der Arbeitsmarktlage. Einerseits blieben die Steuereinnahmen weit hinter den ursprünglichen Schätzansätzen der Bundesregierung zurück, zum anderen waren die Defizite der Bundesanstalt für Arbeit weit höher als geplant. Weitere Faktoren waren die ungebremste Ausgabendynamik im Gesundheitswesen sowie die steuerliche Freistellung des Existenzminimums und Neuregelung des Kindergeldes. Gemessen an der Entwicklung des nominalen Produktionspotentials sind die Einnahmen des Staates um 45 Mrd. DM hinter dem „Soll“ zurückgeblieben, d.h. in dieser Höhe sind stützende Impulse — teils geplant, teils bedingt durch die Wirkung der „built-in-flexibility“ — auf die Wirtschaft ausgegangen. Sie wurden auf der Ausgabenseite um 24 Mrd. DM geschmälert, denn in dieser Höhe haben die Ausgaben (ohne Berücksichtigung der Zinsausgaben) das Potentialwachstum unterschritten.

Wie in den Vorjahren war auch 1996 der Strategie, konjunkturbedingte Mindereinnahmen durch Ausgabenkürzungen auszugleichen, kein Erfolg beschieden. Dies verwundert nicht, denn restriktives Handeln in einem labilen konjunkturellen Umfeld bewirkt letztlich das Gegenteil dessen, was angestrebt ist. Anders als ein einzelnes Wirtschaftssubjekt muß der Staat die gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen seiner Politik berücksichtigen. In einer Phase rückläufiger oder stagnierender Wirtschaftsaktivitäten schlagen staatliche Ausgabekürzungen weitaus stärker zu Buche als in einer Phase, in der Investoren und Konsumenten bereit sind, wieder mehr auszugeben. Um so mehr kommt es darauf an, daß die Finanzpolitik durch eine offensivere Politik die Voraussetzungen hierfür schafft, also nicht nur bereit ist, konjunkturbedingte Defizite hinzunehmen, sondern der Wirtschaft zusätzliche Nachfrageimpulse zu vermitteln.

Doch die finanzpolitischen Überlegungen der Entscheidungsträger gehen nicht in diese Richtung. Die Politik steht ganz im Banne von Maastricht. Primäres Ziel der Planungen für 1997 ist es, die Haushaltsdefizite von Bund, Ländern, Gemeinden und der Sozialversicherungen durch eine weitere Beschneidung der Ausgaben unter die Marke von 3 vH des Bruttoinlandsproduktes zu drücken. Allerdings ist fraglich, ob ihr dies gelingt. Folgt man den Schätzungen des DIW, so wird das Staatsdefizit in diesem Jahr eine Größenordnung von 125 Mrd. DM erreichen; dies wären 3,4 vH des Bruttoinlandsproduktes. Dabei ist schon eine restriktive Ausgabenpolitik unterstellt. Der Staatsverbrauch dürfte lediglich um 1½ vH steigen; die Gesundheitsausgaben nehmen deutlich abgeschwächt zu. Auch der große Block der Transferausgaben wird voraussichtlich nur schwach expandieren (2 vH); hier wirken sich die geringen Rentenanpassungen sowie die Sparmaßnahmen beim Krankengeld und bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Weiterhin rückläufig werden sich die öffentlichen Investitionsausgaben entwickeln (–2 vH).

Insgesamt dürften die Ausgaben um 2 vH zunehmen. Dem steht bei den Einnahmen ein Zuwachs von voraus-

sichtlich knapp 3 vH gegenüber. Dabei werden sich die Steuereinnahmen unterproportional entwickeln, zum einen wegen des schleppenden Konjunkturverlaufs, zum anderen aufgrund der Steuerrechtsänderungen. Etwas stärker werden die Sozialbeiträge expandieren, vor allem wegen der Anhebung der Beitragssätze zur Rentenversicherung, aber auch aufgrund der zur Mitte des Vorjahres erhöhten Beiträge zur Pflegeversicherung. Gemessen an der voraussichtlichen Entwicklung des nominalen Produktionspotentials dürften die Einnahmen um 10 Mrd. DM hinter dem „Soll“ zurückbleiben. Doch wird diesem expansiven Impuls wohl ein restriktiver Impuls auf der Ausgabenseite in Höhe von etwa 31 Mrd. DM gegenüberstehen.

Die Fixierung auf die Maastricht-Kriterien hat nicht nur zur Folge, daß die gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen einer restriktiven Politik ausgeblendet bleiben — hierzu hat das DIW dezidiert im Sommer Stellung bezogen⁷ —, sondern treibt die Politik in eine Hektik, die das Gegenteil einer mittelfristig ausgerichteten, dem Ziel eines hohen Beschäftigungsgrades verpflichteten Politik ist. War es den finanzpolitischen Entscheidungsträgern bereits in der Vergangenheit schwer gefallen, die in das Steuer- und Transfersystem eingebauten Stabilisatoren voll zur Wirkung kommen zu lassen, so scheint sich dieses Spiel auch 1997 fortzusetzen: Infolge der Massenarbeitslosigkeit gerät die Bundesanstalt für Arbeit immer mehr in finanzielle Bedrängnis, doch ist der Bundesfinanzminister offensichtlich immer weniger bereit, das Defizit der Arbeitslosenversicherung zu decken. Die steigenden Arbeitslosengeldzahlungen entziehen Finanzmittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik und verlängern die Dauer der Arbeitslosigkeit. Dies führt wiederum zu einem Absinken der Unterstützungszahlungen (Arbeitslosenhilfe) und löst weitere Belastungen der Gemeinden (Sozialhilfe) aus. Solange die Arbeitslosigkeit nicht sinkt, wird sich die Prozedur ständig wiederholen, das Bild des Wettlaufs von Hase und Igel drängt sich auf.

Ein weiteres Beispiel dafür, daß die Politik drängende Probleme nicht löst, ist die Behandlung der „versicherungsfremden“ Leistungen im Bereich der Sozialversicherung. Dieses Problem hat mit dem deutschen Einigungsprozeß an Brisanz gewonnen: Insbesondere Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung sind im Zusammenhang mit der Finanzierung der deutschen Einheit enorme Anpassungslasten aufgebürdet worden, die nicht über Steuern, sondern über höhere Sozialbeiträge und den Abbau der finanziellen Reserven finanziert werden. Dieses Vorgehen widerspricht dem Äquivalenzprinzip, auf das sich die Finanzierung der Sozialversicherung stützt. In einer engen Abgrenzung — d.h. ohne Berücksichtigung der Mitversicherung der Familienmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung — werden für 1995 die versicherungsfremden Leistungen auf 80 Mrd. DM

⁷ Vgl. Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1996/97. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25-26/96.

geschätzt. In einer weiten Abgrenzung erhöht sich dieser Betrag auf 130 Mrd. DM. Bei Gesamtausgaben der Sozialversicherung in Höhe von 800 Mrd. DM errechnet sich also eine Spannweite von 10 bis 16 vH.

Die Beitragsfinanzierung treibt nicht nur die sog. Lohnnebenkosten, sondern auch die Abgaben der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in die Höhe. Hier ist dringend eine Revision geboten, indem der Bund seine Zuschüsse an die Sozialversicherung zur Abdeckung der versicherungsfremden Leistungen kräftig erhöht. Andernfalls wird das System der sozialen Sicherung in Frage gestellt, obwohl die Fehlentwicklungen in der sozialen Sicherung zum größeren Teil nicht systemimmanenter Natur sind, sondern einmal Konsequenz der allgemeinen Beschäftigungskrise, zum anderen auf falsche politische Weichenstellungen bei der Lösung der Vereinigungsfolgen zurückzuführen sind. Sie zu korrigieren wird letztlich nur über eine höhere Steuerbelastung aller Bürger möglich sein, die aber von einer kompensatorischen Senkung der Sozialversicherungsbeiträge begleitet ist.

In der steuerpolitischen Diskussion ist nicht erkennbar, in welche Richtung die Politik gehen will. Schon das Hickhack um den Abbau des Solidaritätszuschlags zeigte, auf welch brüchigem Fundament sich die Finanzpolitik derzeit bewegt. Um so mehr steht zu befürchten, daß mit der Diskussion um die geplante Steuerreform Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllt werden können und die Finanzpolitik neuerlich in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten läßt. Im Vordergrund der Diskussionen steht die

geplante „Netto“entlastung in Höhe von 30 Mrd. DM. Die Steuersätze sollen drastisch gesenkt werden, und zwar der Eingangssatz auf 20 vH und der Spitzensteuersatz auf 40 vH. Die damit ausgelösten Steuerausfälle dürften nach Berechnungen des DIW fast 85 Mrd. DM erreichen. Sie sollen durch den Abbau bisheriger Vergünstigungen — angefangen von den Sonderabschreibungen im Wohnungsbau bis hin zur Steuerbefreiung von Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit — teilweise gegenfinanziert werden. Bei der Bewertung des künftigen Steuertarifs und der Vorschriften zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage ist jedoch folgendes zu berücksichtigen:

— Wenig wahrscheinlich ist, daß ein Betrag von 55 Mrd. DM durch den Abbau von Steuervergünstigungen aufgebracht werden kann. Bereits die Vorschläge der „Bareis-Kommission“ in Höhe von 30 Mrd. DM sind sehr weitgehend, und es stellt sich die Frage, ob die Regierung über die politische Kraft verfügt, den darüber hinausgehenden Abbau von Steuervergünstigungen durchzusetzen. Die Erfahrungen mit dem Subventionsabbau stimmen eher skeptisch. Dennoch hält auch das DIW eine Vereinfachung des höchst komplexen Steuerrechts sowie den radikalen Abbau von Steuervergünstigungen für dringlich. Zwar verliert damit das Steuersystem einen Teil seiner Lenkungsfunction; durch die Gewährung von Zuschüssen, die auf der Ausgabenseite verbucht werden und somit die Transparenz politischen Handelns erhöhen, kann dieser Verlust aber wettgemacht werden.

Tabelle 7

Steuerschuld und Steuersätze im Tarif 1996 und im Tarif 1999 (BMF-Vorschlag)

Zu versteuerndes Einkommen	Steuerschuld		Durchschnittlicher Steuersatz		Entlastungen	
	Tarif 1996	Tarif 1999	Tarif 1996	Tarif 1999		
in DM	in DM		in vH		in DM	vH-Punkte
20 000	2 111	1 645	10,6	8,2	466	2,4
30 000	4 922	3 883	16,4	12,9	1 039	3,5
40 000	7 906	6 305	19,8	15,8	1 601	4,0
50 000	11 063	8 912	22,1	17,8	2 151	4,3
60 000	14 423	11 720	24,0	19,5	2 703	4,5
70 000	18 048	14 698	25,8	21,0	3 350	4,8
80 000	21 977	17 861	27,5	22,3	4 116	5,2
90 000	26 209	21 209	29,1	23,6	5 000	5,5
100 000	30 744	24 742	30,7	24,7	6 002	6,0
150 000	56 635	44 371	37,8	29,6	12 264	8,2
200 000	83 137	64 372	41,6	32,2	18 765	9,4
300 000	136 141	104 375	45,4	34,8	31 766	10,6
400 000	189 146	144 379	47,3	36,1	44 767	11,2
500 000	242 150	184 382	48,4	36,9	57 768	11,5
1 000 000	507 143	384 376	50,7	38,4	122 767	12,3

Quelle: Berechnungen des DIW.

- Nicht unproblematisch dürften die Verteilungswirkungen sein. Für sich genommen werden durch den geplanten Tarifverlauf die höheren Einkommen weitaus stärker begünstigt, so daß dadurch die distributive Funktion der Einkommensbesteuerung an Bedeutung verliert. Bei zu versteuernden Einkommen von 40 000 DM pro Jahr wird der durchschnittliche Steuersatz von 19,8 vH auf 15,8 vH, also um 4 vH-Punkte gesenkt, während bei einem Einkommen von 200 000 DM die durchschnittliche Belastung um fast 10 vH-Punkte zurückgeht. Für den Durchschnittsverdiener wird sich die Frage stellen, ob sich für ihn die Senkung der Steuersätze stärker bemerkbar macht als der Wegfall seiner bisherigen Freibeträge (Werbungskosten) oder Vergünstigungen (z.B. Befreiung der Nachtarbeitszuschläge). Auch ist fraglich, ob die Bezieher hoher Einkommen tatsächlich Jahr für Jahr solch hohe Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen, daß sie sich nach der Reform nicht besser stehen werden als bisher. Vermutlich wird diese Einkommensklasse ein größeres Stück des Kuchens, der zur Verteilung ansteht, erhalten.
- In engem Zusammenhang damit steht die Frage der Gegenfinanzierung und ihrer Wirkungen. Sie stellt sich spätestens dann, wenn der Abbau der Steuervergünstigungen die erhofften Mehreinnahmen nicht erbringen kann. Im Gespräch ist bereits jetzt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diskutiert wird eine Anhebung des allgemeinen Satzes um 2 vH-Punkte; jüngst wurde wieder eine höhere Mehrwertsteuer auf Energie ins Gespräch gebracht. Dieser Vorschlag ist jedoch äußerst problematisch, steht er doch im Widerspruch zum Harmonisierungsgedanken der EU, die eine weitere Differenzierung bei den Mehrwertsteuersätzen kaum genehmigen dürfte. Besser wäre es, die Mineralölsteuer zu erhöhen oder eine allgemeine Energiesteuer einzuführen. In jedem Falle wird sich die Politik mit den Verteilungseffekten konfrontiert sehen: Selbst wenn man berücksichtigt, daß eine Mehrwertsteuererhöhung die Haushalte unterschiedlicher Einkommenshöhe annähernd gleichmäßig trifft — eine höhere Mehrwertsteuer ändert nicht den bogenförmigen Verlauf der Belastungskurve, sondern hat eine weitgehend parallele Verschiebung nach oben zur Folge —, werden von der Reform per saldo die oberen Einkommensbezieher stärker begünstigt, zumal die vielen Transfereinkommensbezieher von der Senkung der Einkommensteuern nicht unmittelbar profitieren, wohl aber eine höhere Mehrwertsteuerbelastung zu tragen haben. Fast noch gewichtiger ist die Befürchtung einer negativen geldpolitischen Reaktion: Die Erfahrungen lassen den Schluß zu, daß die Bundesbank versuchen wird, den Spielraum für eine Überwälzung der höheren Mehrwertsteuer auf die Preise so gering wie möglich zu halten; dadurch würde aber die wirtschaftliche Entwicklung behindert. Generell stellt sich die Frage, ob die Bundesbank dazu gebracht werden kann, Änderungen im Steuersystem monetär zu alimentieren. Diese Frage

stellt sich auch dann, wenn die Mehrwertsteuersätze zur Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen angehoben werden sollen. In der gegenwärtigen Diskussion freilich wird die geplante Mehrwertsteuererhöhung nicht mit der Finanzierungsnotwendigkeit der versicherungsfremden Leistungen begründet.

- Obwohl nun doch 1998 der Solidaritätszuschlag von 7,5 auf 5,5 vH gesenkt werden soll, bleibt offen, wie die geplante Steuerreform und der Abbau des Solidaritätszuschlags kombiniert werden sollen. Der Abbau des Solidaritätszuschlags belastet die öffentlichen Haushalte insgesamt um 30 Mrd. DM. Geht es der Politik allein um eine Verringerung der Abgabenbelastung, hätte sich zunächst der vollständige Abbau des Solidaritätszuschlags angeboten. Hierfür sprechen vor allem konjunkturelle Gründe. Eine darüber hinausgehende Entlastung dürfte nur über weitere Einschnitte auf der Ausgabenseite, insbesondere im sozialen Sicherungssystem, realisierbar sein. Damit würde sich verstärkt die Verteilungsfrage stellen. Aber der weitere Ausbau der Infrastruktur wird immer dringlicher.

Der ständige Versuch der finanzpolitischen Entscheidungsträger, den Anstieg der Staatsdefizite zu begrenzen, hat zu einem Verfall der öffentlichen Investitionstätigkeit geführt. Allein in den beiden letzten Jahren sind die öffentlichen Investitionsausgaben um ein Zehntel gekürzt worden. Betroffen davon waren West- und Ostdeutschland gleichermaßen, doch wiegt der Rückgang in Ostdeutschland weit schwerer. Zum einen ist der Nachhol- und Modernisierungsbedarf öffentlicher Infrastruktureinrichtungen im Osten der Republik gewaltig; zum anderen ist der Ausbau der Infrastruktur dort von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Zu fordern ist daher eine kräftige Aufstockung der öffentlichen Investitionen. Zusätzlich notwendig sind mindestens 15 bis 20 Mrd. DM pro Jahr. Diese Mittel sollten vorrangig im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs, der kommunalen Ver- und Entsorgung, für Maßnahmen der Stadtentwicklung und -sanierung sowie zur Reduzierung der Umweltbelastung und Energieeinsparung und für Ausgaben im Bereich Wissenschaft und Forschung verwendet werden. Die Gemeinden als Hauptinvestor der öffentlichen Hand sind nicht in der Lage, Mittel in dieser Größenordnung aufzubringen. Deshalb sind vor allem Bund und Länder aufgerufen zu handeln und dafür Sorge zu tragen, daß die Kommunen mehr Mittel zum Investieren erhalten.

Eine expansivere Finanzpolitik bedingt zunächst noch höhere Haushaltsdefizite. Doch mit jeder kreditfinanzierten Ausgabe trägt der Staat zu mehr Nachfrage und höheren Einkommen, die ja wieder verausgabt werden, bei. Es werden Multiplikator- und Akzeleratorprozesse in Gang gesetzt, die schließlich dazu führen, daß sich die zusätzlichen Ausgaben zu einem großen Teil selbst finanzieren. Natürlich müssen potentielle Zinswirkungen höherer Staatsdefizite gegengerechnet werden. Doch ist wahrscheinlich, daß eine höhere Kapazitätsauslastung und stei-

gende Gewinne den möglichen Effekt steigender Zinsen mehr als kompensieren. Dies wird erst recht der Fall sein, wenn die Geldpolitik für einen wachstumsgerechten monetären Rahmen sorgt.

Eine wirkliche Chance, die Staatsdefizite nachhaltig zurückzuführen, besteht nur in einem Aufschwung, wenn mehr Beschäftigte mit ihren Abgaben die öffentlichen Kassen füllen und weniger Arbeitslose alimentiert werden müssen. Die Krise des Steuerstaates wie auch die Krise des Sozialstaates haben die gleiche Ursache, nämlich ein viel zu geringes Wirtschaftswachstum. Damit es zu einem selbsttragenden Aufschwung kommt, muß der Staat durch eine expansivere Politik zum Fundament beitragen. Eine expansive Finanzpolitik allein wird freilich die Wirtschaft nicht aus der Talsohle herausführen können. Vonnöten ist vielmehr ein abgestimmtes Verhalten der wirtschaftspolitischen Entscheidungsgräger.

Die Wirtschaftspolitik und die Finanzpolitik im besonderen hat aus den Augen verloren, daß es darum geht, die unvermeidlichen Lasten aus der deutschen Einigung der Leistungsfähigkeit des einzelnen entsprechend zu verteilen und daneben — wie es immer notwendig ist — die ordnungspolitische Steuerung der Wirtschaft und der sozialen Systeme mit langem Atem zu verbessern. Statt dessen jagt die deutsche Wirtschaftspolitik atemlos der Senkung der Staats- und der Defizitquote hinterher. Daß damit das Sozialprodukt, der Nenner dieser Quote, regelmäßig vermindert und damit das angestrebte Ziel in noch weitere Ferne gerückt wird, nimmt sie nicht mehr zur Kenntnis. Der Stabilitätspakt für Europa könnte eine ähnlich verfehlte Ausrichtung der Finanzpolitik für alle Länder in Europa festschreiben. Die Regel dürfte dann ein ausgeglichener Haushalt sein, weil bei einer konjunkturellen Abschwächung oder einer längeren Stagnationsphase rasch die Gefahr einer Überschreitung der 3 vH-Grenze droht. In diesem Fall können nicht einmal mehr die öffentlichen Investitionen mit Krediten finanziert werden, obwohl dies unumstritten als eine sinnvolle Allokation der Ressourcen angesehen wird.

Zur Lohn- und Geldpolitik

Die Lohnpolitik in Deutschland steht unter einem enormen Druck, zur Verbesserung der Standortbedingungen und damit, nach der herrschenden Auffassung, zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Die Vorschläge dazu reichen von mehrjährigen Lohnpausen bis hin zu einer 20prozentigen Kürzung aller Arbeitskosten. Bei solchen Vorschlägen, wie auch bei Aufrufen zur Lohnmäßigung und zur Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit im Sinne eines Zurückbleibens der Reallöhne hinter der Zunahme der Produktivität in den Lohnverhandlungen, wird in der Regel nicht gesagt, auf welchem Wege Lohnsenkungen oder geringere Lohnsteigerungen die Arbeitslosigkeit vermindern werden. Der Zusammenhang zwischen Reallohnsenkung und Beschäftigungszunahme wird als gegeben unterstellt.

Schon eine einfache Gegenüberstellung von sinkender Lohnquote und steigender Arbeitslosenquote in weiten Teilen der achtziger und in den neunziger Jahren zeigt, daß der Zusammenhang so einfach nicht sein kann. Der Rückgang des Anteils der Arbeitseinkommen am Volkseinkommen in Deutschland bedeutet, daß in dieser Zeit die Real-löhne genau dem Muster gefolgt sind, das man jetzt fordert. Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit mit Ausnahme einer kurzen Phase des weltweit geldpolitisch induzierten Aufschwungs am Ende der achtziger Jahre und im Zuge des finanzpolitisch induzierten deutschen Einigungsbooms nicht gesunken. Noch gravierender ist das Auseinanderlaufen dieser Größen in den meisten Ländern Europas; dort ist die Lohnquote ebenfalls kräftig gesunken, die Arbeitslosigkeit aber fast durchgängig gestiegen⁸. Frankreich ist dafür ein schlagendes Beispiel.

Wurde zu Anfang der achtziger Jahre zumeist die hohe Lohnquote oder die „real wage gap“ als die entscheidende Ursache der Arbeitslosigkeit angesehen, wird heute, nach dem Rückgang der Lohnquote auf einen Wert, wie er zuletzt Anfang der sechziger Jahre zu verzeichnen war, ganz anders argumentiert. Der Rückgang der Quote sei kein Beleg für zurückhaltende Lohnpolitik, weil durch überzogene Lohnzuwächse der Rationalisierungsdruck in den Unternehmen so stark zunehmen könne, daß zwar die Lohnquote sinke, die Arbeitslosigkeit aber dennoch steige. Diese Argumentation ist abwegig. Die Tarifpartner einigen sich auf Nominal-löhne. Geht von den Nominal-löhnen bei zunächst gegebenen Preisen für die Produkte der Unternehmen Druck auf die Gewinne aus, können die Unternehmen versuchen, die Preise oder die Produktivität zu erhöhen. Bleibt der Zuwachs der Nominal-löhne tatsächlich unterhalb des in den Tarifverhandlungen erwarteten Anstiegs der Preise und der Produktivität und zwingt der Wettbewerb die Unternehmen nicht, die Preise nach unten anzupassen, steigen die Gewinne. Stellt man im nachhinein fest, daß in einer offenen Volkswirtschaft die Preise über einen langen Zeitraum weniger stark als bei den Handelspartnern gestiegen sind und die Gewinnsituation der Unternehmen sich verbessert hat, kann von den Nominal-lohnabschlüssen kein übermäßiger Druck auf die Produktivität ausgegangen sein. Dies ist für Deutschland eindeutig der Fall. Wäre der Druck von den Nominal-löhnen zu groß gewesen, hätten die Unternehmen im Inland die Preise ebenso stark wie die Unternehmen im Ausland, wo der Druck offensichtlich sehr viel größer war, anheben können. Wäre der Wettbewerbsdruck groß gewesen, hätten sie ihre Preise bei unveränderten Stückgewinnen senken und Marktanteilsgewinne realisieren können.

Da die Tarifpartner lediglich den Nominallohn festlegen, ist die Wirkung der Lohnrunde auf die Gewinnsituation der Unternehmen ein reines Marktergebnis, solange der Gesamtrahmen der Zunahme von Preisen und Produktion

⁸ Vgl. Employment and Social Policies under International Constraints, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung und Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid (SZW) of the Netherlands (Hrsg.), S. 31-35, VUGA-Verlag, s'Gravenhage, 1996.

nicht mit dem von der Geldpolitik gesetzten monetären Rahmen kollidiert. Vereinbarten die Tarifpartner etwa einen Nominallohnanstieg von 4 vH für 1997, ließe sich damit eine Preissteigerungsrate von 2 vH vereinbaren und ein Produktivitätsfortschritt von ebenfalls 2 vH. Letzterer läge deutlich unter den Zuwachsraten, die in den vergangenen drei Jahren und im langfristigen Trend erzielt worden sind, und die Preissteigerungsrate entspräche exakt dem Ziel der Bundesbank. Ein solcher Abschluß käme formal den Forderungen nach einem „Abschlag“ von der aktuellen Produktivitätsentwicklung nach. Er garantiert jedoch keineswegs eine Verbesserung der Situation der Unternehmen. Diese ist allein abhängig von Anpassung oder Nicht-Anpassung anderer Akteure, namentlich der Geldpolitik, der Tarifpartner in anderen Ländern, der Devisenmärkte und auch des Staates. Passen sich alle an die Vorgabe der Tarifparteien in Deutschland an, bewirkt ein solcher Abschluß nichts außer einer Absenkung der Inflationsrate. In noch stärkerem Maße gilt das für einen Abschluß von 2 vH, wie er im Durchschnitt des Jahres 1997 zu erwarten ist. Wahrscheinlich wird dieser Abschluß die Preissteigerungsrate weiter in Richtung Null drücken, der reale Außenwert der D-Mark wird bei festen nominellen Wechselkursen sinken und die potentiellen Mitglieder der Währungsunion zur Anpassung sowie die übrigen Handelspartner zur Abwertung ihrer Währungen zwingen. Ein Wettlauf hin zu einer deflationären Situation ist dann nicht mehr auszuschließen.

Soll von lohnpolitischer Zurückhaltung ein beschäftigungspolitischer Impuls ausgehen, ist Nicht-Anpassung zumindest eines Akteurs unvermeidlich. Ohne daß es eine Konstante gibt, kann weder die Wettbewerbsfähigkeit noch die Gewinnsituation der Unternehmen verbessert werden⁹. Nach Lage der Dinge, d.h. bei der gegebenen und auch in der Europäischen Währungsunion zu erwartenden Abstinenz der Finanzpolitik sowie einem nach außen nahezu geschlossenen europäischen Binnenmarkt, kann diese Rolle — wie in den USA — nur von der Geldpolitik übernommen werden. Dagegen allerdings steht die gerade in Deutschland weit verbreitete Auffassung, die Geldpolitik habe nur für Preisstabilität zu sorgen und könne daher keine weitergehende Verantwortung übernehmen.

Die Geldpolitik muß aber auf jeden Fall auf eine sehr zurückhaltende Nominallohnpolitik, wie sie sich für Deutschland jetzt andeutet, mit Nicht-Anpassung der Geldmenge reagieren, will sie ihr eigenes Ziel, nämlich Preisstabilität bei etwa 2 vH Zuwachs des Preisindex für die Lebenshaltung realisieren. Das heißt, bei jeder Nominallohnpolitik, die zu Preissteigerungen unterhalb dieses Zieles paßt, ist Geldpolitik immer zugleich Beschäftigungspolitik. Jede Geldmengenausweitung, die potentiell höhere Preissteigerungen als die aktuell realisierten zuläßt, erlaubt genau dann eine Ausweitung der Beschäftigung, wenn die zusätzlich mögliche Nachfrage sich nicht sofort in höheren Preisen via steigenden Nominallöhnen der schon Beschäftigten oder höheren Gewinnen der

bestehenden Unternehmen niederschlägt. Wenn eine solche von der Geldpolitik ausgehende Beschäftigungspolitik früher oder später notwendig ist, kann man sie auch schon vor dem Erreichen einer Deflation durchführen.

Wer diesen Effekt, der sich aus dem Zusammenspiel von Geld- und Lohnpolitik ergibt, ausschließt, schließt eine Zunahme der Beschäftigung bei steigendem Realeinkommen überhaupt aus und reduziert die Erwartung auf eine Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte im Produktionsprozeß auf den Effekt einer Substitution von Kapital durch Arbeit, also Beschäftigungszunahme, die erkaufte werden muß mit sinkenden oder weniger als sonst möglich steigenden Realeinkommen. Ganz unabhängig von der völlig offenen Frage, ob und wie sich ein solcher Nexus in einer zeitlich und räumlich offenen Marktwirtschaft realisieren läßt, wäre im Vergleich zu diesem Fall die weitere Verkürzung der Arbeitszeit bei unverändertem Tempo des Produktivitätsfortschritts die überlegene Lösung. Sie erlaubt nämlich die vollständige Ausnutzung der Einkommenschancen aufgrund des technischen Fortschritts, wenngleich bei unter Umständen nicht optimaler Aufteilung auf Einkommen und Freizeit.

In diesem Jahr gibt es — zum ersten Mal seit über einem Jahrzehnt — im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt keine Arbeitszeitverkürzungen mehr. Die Reduzierung der effektiven Arbeitszeit je Beschäftigten, sei es über die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit, Ausweitung der Teilzeitarbeit und Abbau von Überstunden, hatte in der Vergangenheit eine wichtige Rolle als beschäftigungspolitischer Puffer. In rezessiven Phasen wurden weniger Personen entlassen, in einem günstigen konjunkturellen Klima mehr Personen als sonst eingestellt. Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird in den nächsten Jahren die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials zudem noch verstärkt. Damit wird die Hürde für einen Abbau der Arbeitslosigkeit immer höher gesetzt.

Der Stabilitätspakt: Überflüssig und falsch konstruiert

Ende vergangenen Jahres einigten sich die Regierungen der EU Mitgliedsstaaten auf einen sog. „Stabilitätspakt“, der verbindliche Normen für die zulässige Höhe der Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten nach Beginn einer europäischen Währungsunion setzen soll. Als Begründung für die Notwendigkeit solcher Vorschriften wird darauf verwiesen, daß der Vertrag von Maastricht die Eingangsbedingungen für die Zugehörigkeit zu einem einheitlichen europäischen Währungsraum überaus strikt regelt, für die Zeit danach aber wesentlich unverbindlichere Prozeduren vorsehe. Zugleich sollte die europäische Geldpolitik von ihrer konjunkturpolitischen Verantwortung entlastet werden.

⁹ Vgl. Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/96, S. 23-30.

Zum Geldmengenziel 1997

Sowohl die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute (kurz: Institute) und der Sachverständigenrat (SVR) als auch die Deutsche Bundesbank bekennen sich zu einer mittelfristigen Ausrichtung der Geldmengensteuerung. Nicht unerheblich differieren aber ihre Vorstellungen über das Geldmengenziel 1997, also die vom vierten Quartal 1996 zum vierten Quartal 1997 (stetig) „laufende“ Jahresrate und den entsprechenden Zielkorridor. Die Institute präferieren eine laufende (mittlere) Rate von 7 vH¹⁰, der Sachverständigenrat eine von 4,5 vH¹¹, und die Deutsche Bundesbank entschied sich für eine mittlere Rate von 5 vH und einen Korridor von 3,5 bis 6,5 vH¹² (vgl. Tabelle 8, zweite Spalte und die letzten drei Zeilen). Es gibt mindestens zwei Gründe für diese Differenzen. Erstens ist man sich nicht einig über die Komponenten des Geldmengenziels, das sind die Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Potentialwachstum), der mittelfristig vertretbare, „normative“ Preisanstieg und der Trend der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Zweitens ist umstritten, ob das Geldmengenziel stets am aktuellen Rande angesetzt werden sollte.

Hinsichtlich der Komponenten des Geldmengenziels ist man sich nur über die Komponente „Trend der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“ einig: Sie wird mit einem Prozentpunkt berücksichtigt. Umstritten sind aber die beiden anderen Komponenten. Nach Ansicht der Institute gehört zur mittelfristigen Ausrichtung der Geldmengenpolitik nicht das aktuelle, von zyklischen Schwankungen beeinflusste Potentialwachstum, sondern das „potentielle“, d.h. mittelfristig mögliche. Es wurde von den Instituten für das vergangene Jahr fünf auf 3 vH veranschlagt, aber angesichts des desolaten Zustands des ostdeutschen Produktionspotentials für 1997 auf 2,5 vH heruntergestuft. Im Gegensatz zu den Instituten legen der SVR und die Bundesbank das aktuelle Potentialwachstum zugrunde. Der SVR kommt angesichts der niedrigen Investitionstätigkeit in *beiden* Teilen Deutschlands in den vergangenen drei Jahren für 1997 nur auf eine Rate von 2 vH. Ähnlich dürfte die Einschätzung durch die Bundesbank sein. Seit kurzem ist auch die „Preisnorm“ von 2 vH kein einigendes Band mehr. Jetzt hält der SVR „bei der inzwischen so niedrigen Preissteigerungsrate“ für den Deflator des Bruttoinlandsprodukts eine Rate von 1,5 vH für „vertretbar und geboten“. So kommen bei der Zielableitung die Institute auf eine Rate von 5,5 vH und der SVR auf eine von 4,5 vH. Mit diesen Unterschieden kann aber nicht hinreichend erklärt werden, warum die mittlere „lau-

Tabelle 8

Zum Geldmengenziel 1997

	Geldmenge M3 ¹⁾	
	Saisonbereinigte Werte	Zuwachs gegenüber Vorjahr
	Mrd. DM	vH
Realisierte Werte: Jahresdurchschnitte		
1991	1 476	
1992	1 598	8,2
1993	1 724	7,9
1994	1 879	9,0
1995	1 878	0,0
1996	2 014	7,3
Realisierte Werte: Vierteljahrsdurchschnitte		
4. Vierteljahr 1993	1 782	
4. Vierteljahr 1994	1 883	5,7
4. Vierteljahr 1995	1 907	1,3
4. Vierteljahr 1996	2 066	8,3
Zielwerte ²⁾ : Jahresdurchschnitte ³⁾		
Sachverständigenrat ⁴⁾	2 124	5,4
Forschungsinstitute ⁵⁾	2 156	7
Deutsche Bundesbank ⁶⁾	2 130	5,7
Zielwerte ²⁾ : Durchschnitt 4. Vierteljahr 1997		
Sachverständigenrat ⁴⁾	2 159	4,5
Forschungsinstitute ⁵⁾	2 211	7
Deutsche Bundesbank ⁶⁾	2 169	5

1) November und Dezember 1996 geschätzt. — 2) Bei Zielkorridor: Mittlerer Wert. — 3) Aus: Zielwerte, Durchschnitt 4. Vierteljahr 1997 abgeleitet. — 4) Jahresgutachten 1996/97, Tz.347. — 5) Herbstgutachten 1996: Bei Rückkehr zum mittelfristigen Zielpfad der Institute. — 6) Pressenotiz vom 19.12.1996.

Quellen: Deutsche Bundesbank und Berechnungen des DIW.

fende“ Rate zwar beim SVR mit der aus der Zielableitung gewonnenen Rate von 4,5 vH identisch ist, aber bei den Instituten 7 vH lautet.

¹⁰ Im Herbstgutachten taucht diese Rate insoweit auf, als unterstellt wurde, die Bundesbank werde einen Zielkorridor von 4 bis 7 vH wählen — wobei „Ende 1997 der obere Rand dieses Korridors sehr nahe bei dem von den Instituten empfohlenen Zielpfad“ läge.

¹¹ Jahresgutachten 1996/97, Tz.347.

¹² Pressenotiz vom 19.12.1996.

Eine Erklärung hierfür ist, daß es die Institute für verfehlt halten, das Geldmengenziel auch dann vom aktuellen Rande aus — d.h. vom realisierten Wert im vierten Quartal — für das jeweils folgende Jahr zu setzen, wenn aus „rein finanziellen“ Gründen, die mit der realen Entwicklung (Produktion und realisierte Inflationsrate) wenig zu tun haben, die Geldmenge am aktuellen Rande erheblich vom mittelfristig „optimalen“ Pfad abgewichen ist. Dies war 1995 der Fall. Nachdem im Jahre 1994 die Geldmenge durch steuerpolitische Sonderfaktoren und eine zyklisch bedingte inverse Zinsstruktur aufgebläht worden war, nahm sie nach dem Wegfall dieser Faktoren im Laufe von 1995 beträchtlich ab und lag im vierten Quartal 1995 erheblich unter dem von der Bundesbank vorgegebenen Zielkorridor (Vgl. Schaubild 19). Sowohl der Geldmengenbuckel im Jahre 1994 als auch die „Delle“ im Jahre 1995 waren von den Instituten schon von vornherein als temporäre Erscheinungen gewertet worden. Die Institute hielten es deshalb für gerechtfertigt, das von ihnen für stabilitäts- und wachstumsgerecht gehaltene Geldmengenziel für 1996 — eine laufende Rate von 6 vH — nicht am aktuellen Rande anzusetzen, sondern an der Mitte des für 1995 vorgegebenen Zielkorridors, also dem „normativen“ Wert im vierten Quartal 1995.

Die Institute haben bis jetzt an diesem Prinzip festgehalten. Nach wie vor hielten sie es für konsequent, den — aus den oben genannten Gründen etwas weniger steilen — Zielpfad 1997 von 5,5 vH am Ende des von ihnen für 1996 empfohlenen Zielpfades anzusetzen. Die Institute äußerten sich allerdings pragmatisch: Inzwischen hatte sich die Geldmenge diesem Pfad erheblich genähert (Sie kam übrigens auch dem in

Schaubild 18 präsentierten, vom DIW für stabilitäts- und wachstumskonform angesehenen *mittelfristigen* Zielpfad erheblich näher). Deshalb hätte es auch dann den Intentionen der Institute entsprochen, wenn die Bundesbank, so wie es die Institute unterstellten, sich auf der Basis des im vierten Quartal 1996 erreichten Niveaus der Geldmenge für einen Zielkorridor von 4 bis 7 vH entschieden hätte: Eine sich am oberen Rand dieses Zielkorridors bewegende Geldmenge würde dem von den Instituten gewiesenen Zielpfad sehr nahe kommen. Damit ist eine weitere Frage beantwortet: Von dem im vierten Quartals 1996 realisierten Durchschnittswert der Geldmenge aus muß eine „laufende“ Rate von 7 vH durchgehalten werden, damit bis zum vierten Quartal 1997 der mittelfristige Zielpfad von 5,5 vH erreicht wird.

Eine solche Ausweitung der Geldmenge wird allerdings nur dann zustandekommen, wenn die Bundesbank die kurzfristigen Zinsen weiter fühlbar ermäßigt: Eine im Vergleich zum Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts kräftige monetäre Expansion — d.h. eine über den Trend hinausgehende Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes — bedingt in der Regel Zinssenkungen.

Die Bundesbank hat ein niedrigeres Ziel vorgegeben. Sie hält es „für angemessen, daß sich die Geldmenge M3 im Verlauf der Jahre 1997 und 1998 mit einer Rate von jeweils etwa 5 % ausweitet“. Doch selbst diese Rate der monetären Expansion — sie würde im Jahresdurchschnitt 5,7 vH betragen — wäre mit einer überdurchschnittlichen Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verbunden. Dies impliziert, daß auch zur Erreichung des offiziellen Ziels Zinssenkungen der Bundesbank erforderlich sind.

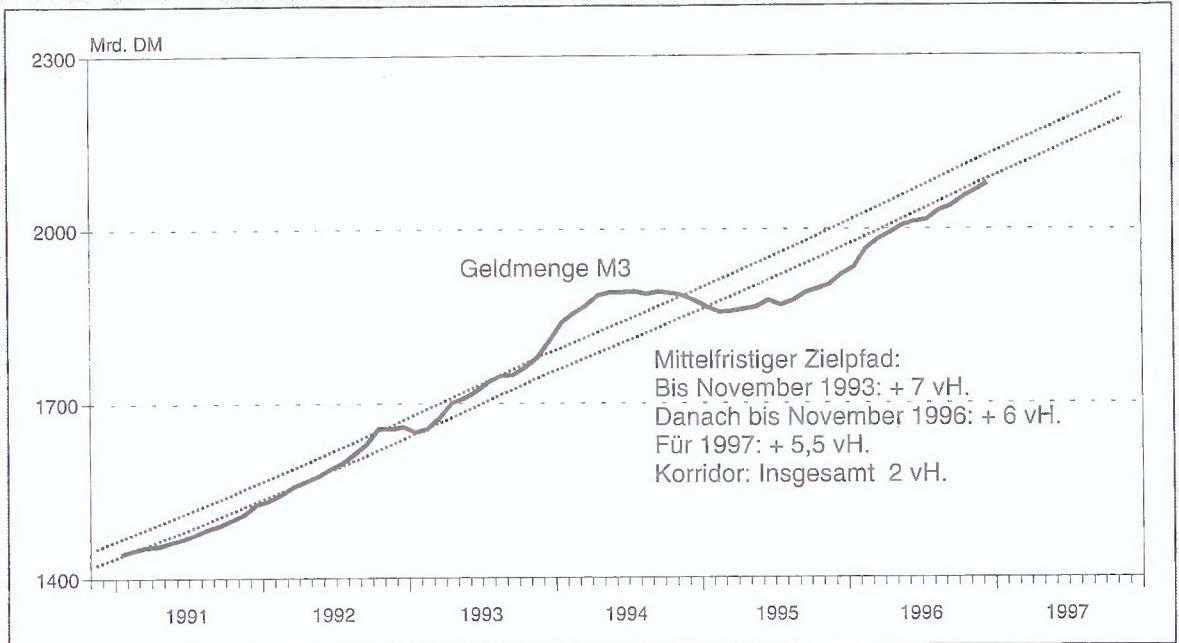
Es zeigt sich allerdings, daß die im Stabilitäts- und Wachstumspakt von Dublin beschlossenen Regelungen kaum über die im Vertrag von Maastricht getroffenen Vereinbarungen für die Zeit nach Beginn der Währungsunion hinausgehen. Auch dort ist bereits ein Referenzwert für die Haushaltsfehlbeträge von 3 vH des BIP und darüber hinaus ein Verfahren zu dessen Einhaltung festgelegt. Im Stabilitätspakt von Dublin finden sich lediglich einige Präzisierungen. Dabei geht es einmal um die Höhe der potentiell zu verhängenden Geldbußen und ferner um die quantitative Definition einer „schweren Rezession“, bei der ein zeitweiliges Überschreiten des Referenzwertes zulässig wäre. Nicht aufgehoben durch den Stabilitätspakt ist die diskretionäre, d.h. auf Einzelfallentscheidungen des Ministerrats beruhende Verhängung der Sanktionen. Damit wurde einem Automatismus — wie schon im Vertrag von Maastricht erneut eine Absage erteilt, auch wenn die Bundesregierung in den Beschlüssen von Dublin eine „Quasi-Auto-

matik“ zu erkennen glaubt. Allenfalls wird das Verfahren beschleunigt, da der Ministerrat nunmehr unter Verzicht auf weitere Konsultationen Geldbußen verhängen kann, wenn der Referenzwert überschritten wurde, ohne daß ein schwerer Wachstumseinbruch eingetreten wäre.

Der entscheidende Nachteil der Übereinkunft von Dublin ist das Versäumnis, eine einheitliche und sinnvolle Interpretation der fiskalischen Konvergenzkriterien des Vertrages von Maastricht festzuschreiben. Wäre es gelungen, die eigentlich im Vertrag von Maastricht angelegten Spielräume bei der Interpretation des Referenzwertes hinsichtlich der Bedeutung konjunktureller und struktureller Defizite zu präzisieren, hätten die Gefahren für Wachstum und Beschäftigung in Europa, die von einer rigorosen Auslegung des Vertrages ausgehen, vermieden werden können. Mit den Beschlüssen von Dublin wird aber einer europaweit prozyklischen Finanzpolitik Vorschub geleistet.

Schaubild 18

Geldmenge M3 und mittelfristiger Zielpfad¹⁾



1) Abgeleitet aus den Herbstgutachten 1992 und 1996 der Forschungsinstitute; Zahlen für November und Dezember 1996 geschätzt.

Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW.

DIW'97

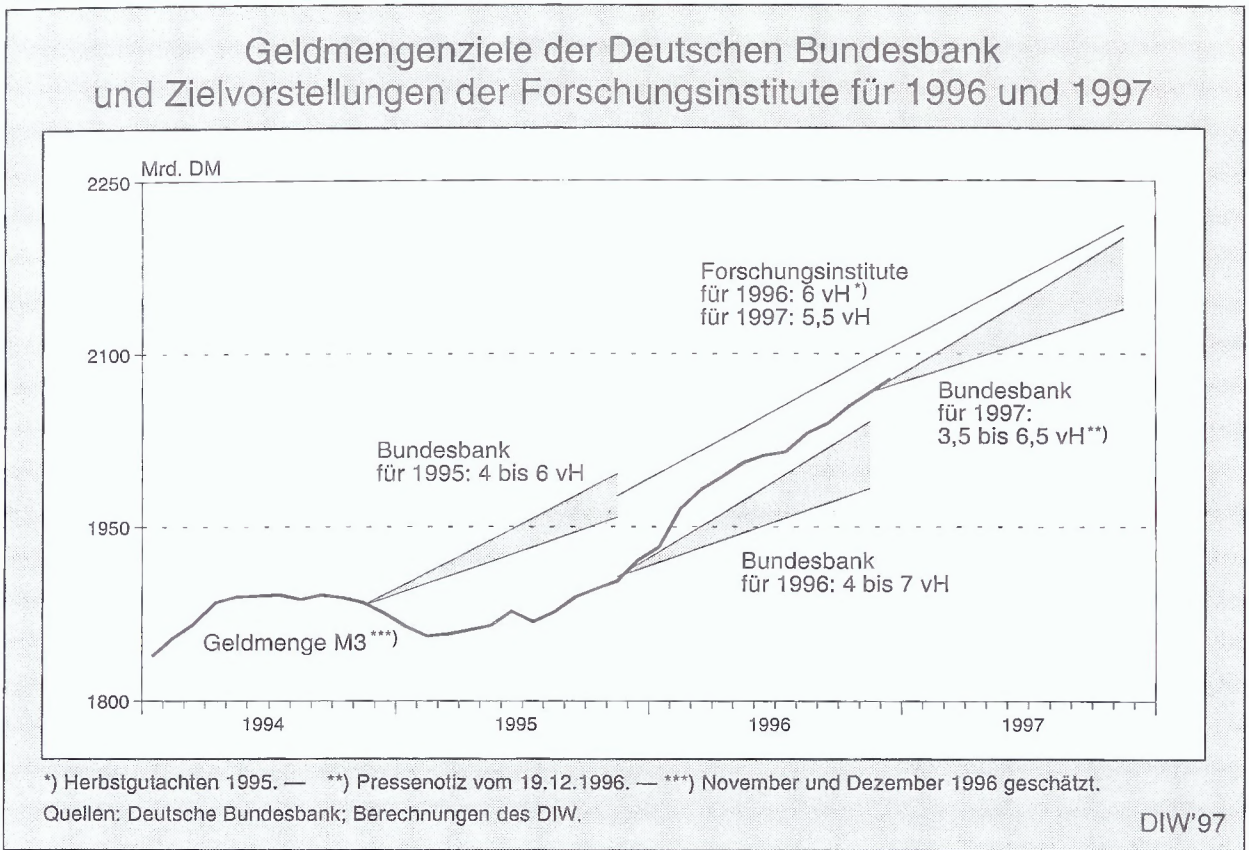
Die Gefahr ergibt sich aus den engen Grenzen für die zulässigen Defizite. In fast allen Rezessionen, selbst wenn sie mit geringeren Rückgängen des BIP als den im Pakt für eine „schwere Rezession“ genannten 2 vH pro Jahr einhergingen, stiegen die Haushaltsfehlbeträge in der Regel um mehr als 2 Prozentpunkte vom Bruttoinlandsprodukt. Das liegt auch an der Dauer einer Phase schwacher Rezession oder Stagnation. Diese bleibt im Pakt jedoch unberücksichtigt. Mehr noch, selbst bei Stagnation oder schwachem Wachstum, weiteten sich unter den bisher geltenden Bedingungen die Haushaltsdefizite rasch aus. Das ist erwünscht, weil bei prozyklischem Verhalten der privaten Akteure der Staat die wirtschaftliche Entwicklung auf diese Weise stabilisiert. Die Konsequenz der Dubliner Beschlüsse ist unter diesen Rahmenbedingungen, daß die Mitgliedstaaten nicht nur kurzfristig das Niveau ihrer Ausgaben zurückführen, sondern auch die Konjunkturreakibilität der öffentlichen Haushalte generell verringern müßten. Dies ist bei unveränderter Aufgabenteilung zwischen Geld- und Finanzpolitik in nennenswertem Umfang nur möglich, wenn in den kommenden Jahren besonders konjunktursensible staatliche Leistungen, also Arbeitslosen- oder Sozialhilfe, abgebaut werden.

Wird auf diese Weise die Stabilisierungsfähigkeit des Staates in zukünftigen konjunkturellen Krisensituationen

beeinträchtigt, muß dessen Rolle weitgehend von der Geldpolitik übernommen werden. Deren Entlastung war aber eines der Ziele des Stabilitätspaktes. Ein solches Vorgehen impliziert eine Fortdauer der konjunkturellen Belastung Europas mit sich immer wieder erneuernden Defizitproblemen. Ausgehend von dem derzeitigen Niveau der öffentlichen Defizite in den potentiellen Teilnehmerländern an der Währungsunion von etwa 3,5 vH vom BIP ist somit der fiskalische Mantel insbesondere auf kurze Sicht zu eng gestrickt, um ein konjunkturelles „Durchatmen“ der europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen.

Zwar hat der Ministerrat auch im Rahmen des Paktes die Möglichkeit, trotz Überschreitens des Referenzwertes von Sanktionen abzusehen. Dann aber verfehlte er die eigenen Ziele und minderte so seine Glaubwürdigkeit. Dieses selbst erzeugte Dilemma resultiert aus einem fundamentalen Konstruktionsfehler bereits im Vertrag von Maastricht. Denn nicht die übergroße Ausweitung der Haushaltsdefizite in konjunkturellen Schwächephasen ist die Quelle der zunehmenden öffentlichen Verschuldung, sondern ihre ungenügende Rückführung in Zeiten guter Konjunktur. Mit hin hätten im Rahmen eines Stabilitätspaktes die Anreize (Geldbußen) so gestaltet werden müssen, daß die Regierungen zwar mehr finanzpolitischen Spielraum in Phasen wirtschaftlicher Schwäche haben, bei nachhaltigem Über-

Schaubild 19



schreiten einer bestimmten Wachstumsschwelle aber zur deutlichen Verminderung ihrer Fehlbeträge veranlaßt würden. Ein solches Vorgehen liefe auf eine Erhöhung der

Konjunkturreagibilität hinaus und nicht — wie jetzt beschlossen — auf deren Verminderung. Damit würde auch die Geldpolitik konjunkturpolitisch entlastet.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	−0,3	−1,0	−0,5	−1,1	−1,0	−0,5	−0,5
Arbeitszeit	−1,3	−0,5	0,0	−1,4	0,5	−0,5	0,0
Arbeitsvolumen	−1,6	−1,5	−0,5	−2,5	−0,5	−1,0	0,0
Produktivität ¹⁾	3,6	3,0	2,5	3,2	3,0	3,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,9	1,5	2,0	0,7	2,5	2,0	2,0
Nachrichtlich: in Mrd. DM	3 023,4	3 068,0	3 128,5	1 495,8	1 572,0	1 528,5	1 600,0
WESTDEUTSCHLAND							
Erwerbstätige (im Inland)	−0,6	−1,0	−0,5	−0,9	−1,0	−0,5	0,0
Arbeitszeit	−1,1	−0,5	0,0	−1,4	0,5	−0,5	0,0
Arbeitsvolumen	−1,8	−1,5	−0,5	−2,3	−0,5	−1,0	0,0
Produktivität ¹⁾	3,4	3,0	2,5	3,0	2,5	3,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	1,6	1,5	2,0	0,6	2,0	2,0	2,0
Nachrichtlich: in Mrd. DM	2 743,5	2 780,5	2 838,0	1 359,8	1 421,0	1 389,0	1 449,0
OSTDEUTSCHLAND							
Erwerbstätige (im Inland)	1,1	−1,5	−0,5	−1,7	−1,0	−0,5	−1,0
Arbeitszeit	−2,0	−0,5	−0,5	−1,3	1,0	−0,5	0,0
Arbeitsvolumen	−0,9	−1,5	−1,0	−3,0	0,0	−1,0	−1,5
Produktivität ¹⁾	6,3	4,5	2,0	4,2	4,0	3,5	1,0
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991	5,3	2,5	1,0	1,1	4,0	2,5	0,0
Nachrichtlich: in Mrd. DM	279,9	287,5	290,5	136,0	151,5	139,5	151,0

2. Lohnstückkosten (Inlandskonzept)
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 877,0	1 903,5	1 931,0	892,1	1 011,5	905,0	1 026,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 514,3	1 529,0	1 543,0	717,4	811,5	723,0	820,0
Lohnstückkosten ²⁾	110,2	110,0	109,5	105,8	114,0	105,0	114,0
WESTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 608,1	1 628,0	1 646,5	763,2	865,0	770,5	876,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	1 289,3	1 299,0	1 306,5	609,8	689,5	610,5	696,0
Lohnstückkosten ²⁾	108,5	108,5	107,5	103,9	112,5	102,5	112,0
OSTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	269,0	275,5	284,5	128,9	146,5	134,5	150,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	225,0	229,5	236,5	107,6	122,0	112,5	124,0
Lohnstückkosten ²⁾	111,3	111,0	113,5	109,7	112,5	112,0	115,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,1	1,5	1,5	1,6	1,0	1,5	1,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	3,0	1,0	1,0	1,4	0,5	1,0	1,0
Lohnstückkosten ²⁾	1,1	0,0	−0,5	1,0	−1,0	−0,5	−0,5
WESTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,5	1,0	1,0	1,4	1,0	1,0	1,5
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	2,3	1,0	0,5	1,2	0,5	0,0	1,0
Lohnstückkosten ²⁾	0,9	0,0	−1,0	0,8	−1,0	−1,0	−0,5
OSTDEUTSCHLAND							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,0	2,5	3,5	2,9	2,0	4,5	2,0
Bruttolohn- u. -gehaltsumme	7,1	2,0	3,0	2,4	1,5	4,5	2,0
Lohnstückkosten ²⁾	1,6	0,0	2,0	1,7	−2,0	2,0	2,5

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

3. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 974,7	2 044,0	2 111,5	995,3	1 048,5	1 028,0	1 083,5
Staatsverbrauch	675,4	696,5	707,0	324,1	372,0	330,0	377,0
Anlageinvestitionen	750,7	745,0	751,0	349,3	395,5	358,0	393,0
Ausrüstungen	262,7	269,5	280,0	125,3	144,0	130,0	150,0
Bauten	488,0	475,5	471,0	224,0	251,5	228,0	243,0
Vorratsveränderung	27,7	20,0	31,0	28,1	-8,0	28,0	3,0
Inlandsnachfrage	3 428,4	3 505,0	3 600,5	1 696,8	1 808,5	1 744,5	1 856,5
Außenbeitrag	29,0	42,0	52,0	19,1	23,0	27,5	24,5
Ausfuhr	817,2	851,5	905,5	416,6	435,0	440,0	465,5
Einfuhr	788,2	809,5	853,5	397,5	412,0	412,5	441,0
Bruttoinlandsprodukt	3 457,4	3 547,0	3 653,0	1 715,9	1 831,5	1 772,0	1 880,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	3,8	3,5	3,5	3,3	3,5	3,5	3,5
Staatsverbrauch	3,9	3,0	1,5	4,6	2,0	2,0	1,5
Anlageinvestitionen	2,9	-1,0	1,0	-3,9	2,0	2,5	-0,5
Ausrüstungen	1,9	2,5	4,0	1,1	4,0	3,5	4,0
Bauten	3,5	-2,5	-1,0	-6,5	1,0	2,0	-3,5
Inlandsnachfrage	3,9	2,0	2,5	2,0	2,5	3,0	2,5
Ausfuhr	7,7	4,0	6,5	3,4	5,0	5,5	7,0
Einfuhr	6,9	2,5	5,5	2,6	3,0	3,5	7,0
Bruttoinlandsprodukt	4,1	2,5	3,0	2,2	3,0	3,5	2,5

4. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1 728,8	1 757,0	1 785,5	857,2	900,0	870,5	914,5
Staatsverbrauch	600,0	615,0	623,0	297,6	317,5	303,0	320,5
Anlageinvestitionen	677,8	673,5	679,0	314,9	358,5	323,5	355,5
Ausrüstungen	256,6	262,5	272,0	121,9	140,5	126,0	146,0
Bauten	421,2	411,0	407,5	193,0	218,0	197,5	210,0
Vorratsveränderung	31,7	24,0	32,5	28,6	-4,5	25,0	7,0
Inlandsnachfrage	3 038,3	3 069,5	3 120,0	1 498,3	1 571,5	1 522,0	1 597,5
Außenbeitrag	-14,9	-1,5	8,5	-2,5	1,0	6,0	2,5
Ausfuhr	788,5	818,5	862,5	400,4	418,0	420,5	442,5
Einfuhr	803,4	820,5	854,0	403,0	417,5	414,0	440,0
Bruttoinlandsprodukt	3 023,4	3 068,0	3 128,5	1 495,8	1 572,0	1 528,5	1 600,0
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	3 012,4	3 045,0	3 106,0	1 489,2	1 556,0	1 518,5	1 587,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,8	1,5	1,5	1,4	2,0	1,5	1,5
Staatsverbrauch	2,0	2,5	1,5	2,9	2,0	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	1,5	-0,5	1,0	-3,9	2,5	2,5	-1,0
Ausrüstungen	2,0	2,0	3,5	0,9	3,5	3,5	4,0
Bauten	1,2	-2,5	-1,0	-6,7	2,0	2,5	-3,5
Inlandsnachfrage	2,1	1,0	1,5	0,6	1,5	1,5	1,5
Ausfuhr	5,9	4,0	5,5	2,7	5,0	5,0	6,0
Einfuhr	6,4	2,0	4,0	2,4	2,0	3,0	5,5
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,5	2,0	0,7	2,5	2,0	2,0
Nachrichtlich: Bruttosozialprodukt	1,8	1,0	2,0	0,4	2,0	2,0	2,0

5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1991 = 100)

Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,9	2,0	1,5	1,9	2,0	1,5	1,5
Staatsverbrauch	1,8	0,5	0,0	1,7	-0,5	0,0	0,5
Anlageinvestitionen	1,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausrüstungen	-0,1	0,5	0,0	0,2	0,5	0,0	0,0
Bauten	2,2	0,0	0,0	0,3	-0,5	-0,5	0,5
Ausfuhr	1,7	0,5	1,0	0,7	0,0	0,5	1,0
Einfuhr	0,5	0,5	1,5	0,2	1,0	1,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,0	1,0	1,5	0,5	1,0	1,0

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

6. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 875,7	1 901,5	1 929,0	891,6	1 010,0	904,5	1 025,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1 513,4	1 527,5	1 541,5	717,1	810,5	722,5	819,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	973,4	997,5	997,0	471,6	526,0	468,5	528,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	744,3	774,0	836,0	396,2	378,0	433,5	402,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	663,6	686,5	741,0	353,8	332,5	385,5	355,0
Entnahmen ³⁾⁴⁾	614,4	644,5	692,0	333,6	311,0	352,5	339,5
Nichtentnommene Gewinne	49,2	42,0	49,0	20,2	21,5	33,0	16,0
Volkseinkommen	2 620,0	2 676,0	2 765,0	1 287,8	1 388,0	1 337,5	1 427,5
Abschreibungen	453,0	466,0	478,5	231,5	234,5	237,5	241,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	371,8	379,5	383,5	189,0	190,5	186,0	198,0
Bruttosozialprodukt	3 444,8	3 521,0	3 627,0	1 708,3	1 813,0	1 761,0	1 866,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,0	1,5	1,5	1,6	1,0	1,5	1,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	2,9	1,0	1,0	1,4	0,5	1,0	1,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,1	2,5	0,0	3,0	2,0	-0,5	0,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,4	2,0	1,5	2,7	1,5	1,5	1,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	0,6	4,0	0,5	4,4	3,0	0,0	1,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	9,4	4,0	8,0	1,9	6,5	9,5	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,4	3,5	8,0	1,8	5,5	9,0	7,0
Entnahmen ³⁾⁴⁾	3,2	5,0	7,5	5,8	4,0	5,5	9,0
Volkseinkommen	4,7	2,0	3,5	1,7	2,5	4,0	3,0
Abschreibungen	3,9	3,0	2,5	2,9	3,0	2,5	3,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-1,1	2,0	1,0	1,7	2,5	-1,5	4,0
Bruttosozialprodukt	4,0	2,0	3,0	1,8	2,5	3,0	3,0

7. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	973,4	997,5	997,0	471,6	526,0	468,5	528,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	620,4	636,5	648,0	315,9	320,5	322,5	325,5
Entnahmen ³⁾	741,9	781,5	839,5	394,5	387,0	420,5	419,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	39,5	38,0	38,5	18,9	19,0	19,0	19,5
Geleistete Übertragungen ⁶⁾	62,9	67,0	66,5	34,6	32,5	33,0	33,5
Verfügbares Einkommen	2 233,2	2 310,5	2 380,0	1 128,4	1 182,0	1 159,5	1 220,5
Privater Verbrauch	1 974,7	2 044,0	2 111,5	995,3	1 048,5	1 028,0	1 083,5
Ersparnis	258,6	266,5	268,5	133,1	133,5	131,5	137,0
Sparquote (vH) ⁷⁾	11,6	11,5	11,3	11,8	11,3	11,3	11,2

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	0,1	2,5	0,0	3,0	2,0	-0,5	0,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	5,6	2,5	2,0	2,9	2,0	2,0	1,5
Entnahmen ³⁾	7,0	5,5	7,5	5,3	5,5	6,5	8,0
Verfügbares Einkommen	3,6	3,5	3,0	3,7	3,0	3,0	3,0
Privater Verbrauch	3,8	3,5	3,5	3,3	3,5	3,5	3,5
Ersparnis	2,6	3,0	0,5	6,9	-0,5	-1,5	2,5

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1996 und 1997

	1995	1996	1997	1996		1997	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

8. Einnahmen und Ausgaben des Staates
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	838,6	830,0	844,5	391,2	438,5	400,0	444,5
Sozialbeiträge	669,6	701,5	729,0	332,9	368,5	347,0	382,0
Erwerbseinkünfte	41,6	37,5	36,5	22,5	15,0	21,5	15,0
Sonstige Einnahmen	39,9	42,5	44,5	17,6	25,0	19,5	25,5
Vermögensübertragungen ⁹⁾ , Abschreibungen	44,4	42,0	47,0	20,9	21,5	22,0	25,0
Einnahmen insgesamt	1 634,1	1 653,5	1 702,0	785,1	868,5	810,0	892,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	675,4	696,5	707,0	324,1	372,0	330,0	377,0
Zinsen	129,6	137,0	145,5	64,4	72,5	70,5	75,0
Laufende Übertragungen	807,5	829,0	849,0	405,4	423,5	417,5	431,0
Private Haushalte	669,7	691,5	708,5	344,4	347,0	354,0	354,5
Unternehmen	78,3	77,5	78,0	28,6	49,0	33,5	45,0
Übrige Welt	59,5	60,0	62,0	32,5	27,5	30,5	32,0
Vermögensübertragungen ¹⁰⁾	286,5	46,5	47,5	16,0	30,5	17,0	30,5
Bruttoinvestitionen	86,7	81,5	78,5	34,5	47,0	34,0	44,0
Ausgaben insgesamt	1 985,7	1 790,0	1 827,0	844,4	946,0	869,0	958,0
Finanzierungssaldo	-351,6	-137,0	-125,0	-59,3	-77,5	-59,0	-66,0

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,4	-1,0	2,0	-1,9	-0,5	2,5	1,5
Sozialbeiträge	4,5	4,5	4,0	4,5	5,0	4,5	3,5
Erwerbseinkünfte	-21,6	-9,5	-3,5	-6,8	-13,5	-4,5	-2,5
Sonstige Einnahmen	2,9	6,5	5,0	3,3	9,5	10,0	1,5
Vermögensübertragungen ⁹⁾ , Abschreibungen	17,0	-5,0	12,0	-13,3	4,5	6,0	18,0
Einnahmen insgesamt	3,3	1,0	3,0	0,3	2,0	3,0	2,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,9	3,0	1,5	4,6	2,0	2,0	1,5
Zinsen	14,6	5,5	6,0	1,6	9,5	9,0	3,5
Laufende Übertragungen	5,8	2,5	2,5	3,1	2,0	3,0	2,0
Private Haushalte	6,2	3,5	2,5	3,5	3,0	3,0	2,0
Unternehmen	10,4	-1,5	1,0	-8,1	3,0	17,0	-8,0
Übrige Welt	-2,9	1,0	4,0	11,0	-9,0	-6,5	16,0
Vermögensübertragungen ¹⁰⁾	—	—	—	—	—	—	—
Bruttoinvestitionen	-3,3	-6,0	-4,0	-11,7	-1,0	-1,0	-6,0
Ausgaben insgesamt	19,5	-10,0	2,0	-18,0	-1,0	3,0	1,5

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde. — ²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 (1991 = 100). — ³⁾ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — ⁴⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — ⁵⁾ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale Übertragungen. — ⁶⁾ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen. — ⁷⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — ⁸⁾ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung; einschließlich Bundeseisenbahnvermögen und Erblastentilgungsfonds. — ⁹⁾ 1995 einschließlich der Einnahmen wegen der Übernahme des Kapitals der Deutschen Kreditbank in Höhe von 5,6 Mrd. DM. — ¹⁰⁾ 1995 mit Berücksichtigung der auf den Erblastentilgungsfonds übertragenen Schulden der Treuhandanstalt in Höhe von 204,6 Mrd. DM und der Schulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft in Höhe von 30 Mrd. DM.

Quellen: 1995 und 1. Halbjahr 1996 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, sowie eigene Berechnungen. 2. Halbjahr 1996 und 1997 Prognose des DIW. Angaben gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3-428-05800-3). DM 19,80 / öS 145,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3-428-06201-9). DM 56,— / öS 409,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3-428-06311-2). DM 54,— / öS 394,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3-428-06387-2). DM 82,60 / öS 603,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 453,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 526,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 642,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 555,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 613,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 467,— / sFr 64,—.
- Nr. 156 **Demonstrationszentren für Faserverbundkunststoffe.** Von Friederike Behringer, Heike Belitz, Kurt Hornschild und Hans Wessels. 246 S. 1995. (3-428-08577-9). DM 86,— / öS 628,— / sFr 86,—.
- Nr. 157 **Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.** Von Martin Gornig, Bernhard Seidel, Dieter Vesper, Christian Weise (DIW) in Zusammenarbeit mit Hans-Jürgen Ewers, Carl Friedrich Eckhardt, Rainer Magnan (GIB). 152 S. 1996. (3-428-08715-1). DM 74,— / öS 540,— / sFr 74,—.
- Nr. 158 **Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union.** Von Fritz Franzmeyer und Christian Weise. 201 S. 1996. (3-428-08768-2). DM 82,— / öS 599,— / sFr 82,—.
- Nr. 159 **Zwischenbilanz der Strukturfondsinterventionen und anderer EU-Programme in den neuen Bundesländern — Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Von Kathleen ToepeI. 71 S. 1996. (3-428-08870-0). DM 64,— / öS 467,— / sFr 58,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Eckhard Kutter, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep, Wolfram Schrettli, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Ulrich Weißenburger.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

Dr. Peter Mitzscherling

ist unerwartet im Alter von 68 Jahren gestorben. Obwohl er schon vor über 20 Jahren das DIW verließ, ist sein Andenken im Institut höchst lebendig.

Peter Mitzscherling wurde in Löbau/Sachsen geboren. Nach dem Studium der Volkswirtschaft und Betriebswirtschaft sowie einer mehr als zehnjährigen Tätigkeit in der öffentlichen Krankenversicherung begann er seine Tätigkeit im DIW im Jahre 1961, noch unter der Präsidentschaft von Ferdinand Friedensburg.

Belegschaft wie Institutsleitung schätzten an ihm seine Zivilcourage und Durchsetzungskraft, die doch stets mit dem Bemühen um Kooperation und Ausgleich gepaart blieben. Fairneß und Interesse für seine Mitmenschen wirkten ebenso motivierend wie sein Arbeitseinsatz und seine umfassende Fachkenntnis. Als Vorsitzender des Betriebsrates trug er wesentlich dazu bei, daß für die Mitarbeiter des DIW bedeutende Elemente der sozialen Sicherung des öffentlichen Dienstes übernommen wurden.

Im September 1967 übernahm Peter Mitzscherling die Leitung der Abteilung „DDR und östliche Industrieländer“. Er wurde bald durch zahlreiche Veröffentlichungen zu einem der führenden Spezialisten in Fragen der DDR-Wirtschaft. Unter seiner Leitung erstellte die Abteilung weithin beachtete Analysen, die zur wissenschaftlichen Untermauerung der neuen Ostpolitik der Bundesregierung beitrugen.

Peter Mitzscherling hat es wie wenige verstanden, sein persönliches Wirken für das Gemeinwohl im gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang zu sehen. Für das DIW war es ein großer Verlust, als er 1974 zum Senatsdirektor für Arbeit und Soziales berufen wurde, eine Position, die für ihn den Beginn einer neuen, politischen Karriere bedeutete.

Wir trauern um Peter Mitzscherling.
Seiner Familie gilt unser tiefes Mitgefühl.

**Für das Kuratorium, den Vorstand, die Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter sowie die Freunde
des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung**

Prof. Dr. Lutz Hoffmann